



Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention

Prozessevaluation der Fachstelle PREvent!on

– Prävention von religiös begründetem Extremismus

Marcus Kober

Nr. 1 | 2020

Prozessevaluation der Fachstelle PREvent!on

– Prävention von religiös begründetem Extremismus

Marcus Kober

Impressum

Herausgeber

Nationales Zentrum Kriminalprävention
c/o Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Mail: nzk@bmi.bund.de
www.nzkrim.de

Redaktion

Marcus Kober

Titelbild

Bild: unbekannt. Lizenz: Adobe Stock

Verlagsort

Bonn, Deutschland

ISSN (Print): 2627-6143

ISSN (Online): 2627-6151

Erscheinungsjahr: 2020



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons 4.0 International Lizenz
(CC BY-NC-ND): Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung.

Das NZK ist eine Arbeitsstelle am Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK).

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Inhalt

Kurzfassung	7
1. Einleitung.....	9
Hintergrund.....	9
Die Fachstelle PREvent!on.....	10
Ansiedlung.....	10
Ziele und Aufgaben.....	12
Konzeptionelle Grundlagen	14
2. Untersuchungsdesign.....	19
Gegenstand und Evaluationskonzept.....	19
Methodik.....	20
3. Kontextanalyse	21
Bedarfe kommunaler Berater/-innen	21
Schulungen	22
Qualifizierungsangebote	23
Fortbildung im Modul-System.....	23
Voraussetzungen für die Teilnahme an Qualifizierungen.....	24
Bedarfe Regionaler Demokratiezentren.....	26
4. Aktivitäten	28
5. Prozessevaluation.....	30
Kommunale Berater/-innen.....	31
Gewinnung.....	31
Bewertung der Qualifizierungsmaßnahmen.....	34
Regionale Demokratiezentren	39
Vernetzung.....	41
Kooperationspartner.....	43
Ressourcen.....	45
Bewertung des Bewerbungsverfahrens.....	45
Bewertung der Qualifikationsmaßnahmen	46
Aufgaben und Ziele des RDZ.....	47

Angebote in der Gemeinde	51
Unterstützung durch die Fachstelle	52
Vernetzung der RDZ untereinander	54
Kommunale Berater in der Kommune	55
Wünsche und Potentiale	57
6. Fazit und Ausblick	67
Literatur	73

Kurzfassung

Bei der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus hat der lokale, sozial-räumliche Kontext sich potentiell radikaliserender Personen eine besondere Bedeutung. Radikalisierungsprozesse können im Umfeld der Familie, in Schulen und Glaubensgemeinschaften oder im Rahmen sozialer Arbeit am ehesten wahrgenommen werden. Extremen Botschaften kann dort frühzeitig entgegen getreten werden und konkrete Präventionsmaßnahmen können vor allem im direkten Umfeld sich radikaliserender Menschen Wirkung entfalten. Für die Einbindung und Stärkung von Akteuren auf lokaler Ebene gilt es daher Strukturen und Unterstützungsangebote zu schaffen.

Im November 2015 hat die Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus (PREvent!on) ihre Arbeit im Demokratiezentrum Baden-Württemberg aufgenommen. Übergeordnetes Ziel der Fachstelle ist Präventionsarbeit gegen die Radikalisierung junger Menschen im Bereich des religiös begründeten Extremismus. Mit einem Netz von regionalen Demokratiezentren und kommunalen Beraterinnen und Beratern entwickelt PREvent!on gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren vor Ort Präventionsstrategien. Diese sollen eine langfristige Etablierung präventiv wirksamer Strukturen und Maßnahmen in den Städten und Gemeinden unterstützen.

Die Fachstelle PREvent!on wurde zwischen Oktober 2018 und Oktober 2019 vom Nationalen Zentrum für Kriminalprävention evaluativ begleitet. Gegenstand der Untersuchung waren formative bzw. prozessorientierte Evaluationsaspekte. Im Mittelpunkt der Evaluation standen Fragen, die sich auf die internen Dynamiken sowie die aktuelle Umsetzung des Projekts konzentrieren und durch die dessen Stärken und Schwächen ermittelt wurden. Methodisch basiert die Untersuchung in erster Linie auf Einschätzungen der maßgeblichen Stakeholder des Projektes. Es wurden leitfadengestützte Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern der involvierten Landesministerien, Verantwortlichen der neu geschaffenen regionalen Demokratiezentren, kommunalen Beratern und Beraterinnen, sowie Mitarbeitenden des Demokratiezentrums Baden-Württemberg geführt.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass der Fachstelle PREvent!on eine schnelle Umsetzung der Regionalisierungsstrategie des Demokratiezentrums gelungen ist. Es sind acht Regionale Demokratiezentren implementiert sowie Mitarbeitende für die Arbeit dort qualifiziert worden. Parallel konnte ein wachsender Kreis kommunaler Beraterinnen und Berater akquiriert und qualifiziert werden. Damit sind die strukturellen Voraussetzungen für eine lokale und regionale Extremismusprävention sowie die Dissemination der Angebote des Landesdemokratiezentrums in der Fläche geschaffen worden. Zudem wurde ein umfangreiches Aus- und Fortbildungscurriculum entwickelt und umgesetzt, durch das sich die Teilnehmenden gut auf ihre Aufgaben vorbereitet sehen. Zu den Aufgaben kommunaler Beraterinnen und Berater zählen die Sensibilisierung und Aufklärung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Jugendlichen und Fachleuten in den Kommunen, die Ersteinschätzung potentieller Radikalisierungsprozesse, die Bekanntmachung von Präventionsangeboten, die Vernetzung von Präventionsakteuren und Konzeption kommunaler Präventionsstrategien sowie ihre Funktion als Ansprechpartner. Die

Fachstelle hat in den letzten Jahren mit ihren Veranstaltungen etwa 4.500 Fachkräfte und Multiplikatoren (aus der Schule, der sozialen Arbeit etc.) sowie knapp 20.000 Schülerinnen und Schüler in den Gemeinden Baden-Württembergs mit ihren Sensibilisierungs- und Informationsangeboten erreicht.

Unter Abwägung der jeweiligen Stärken und Schwächen sprechen aus Sicht kommunaler Berater/-innen bei der Prävention von religiös motiviertem Extremismus im Vergleich zur Mobilen Beratung die gewichtigeren Argumente für den Regionalisierungsansatz des Demokratiezentnums.

Es wird empfohlen, mittelfristig etwa 20 Regionale Demokratiezentren zu etablieren, um im regionalen Umfeld ein flächendeckendes Angebot zu etablieren. Voraussetzung für eine vergleichsweise schnelle Umsetzung der Regionalisierungsstrategie war, dass die Jugendstiftung Baden-Württemberg als Trägerin der Fachstelle über langjährige und vielfältige Beziehungen in die Regelstrukturen verfügt. Diese konnten für die Bearbeitung des neuen Themenfeldes erfolgreich genutzt werden.

1. Einleitung

Hintergrund

Islamistischer Extremismus stellt in den letzten Jahren eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft dar. Das Attentat vom Breitscheidplatz in Berlin und eine anhaltend hohe Anschlaggefahr, eine große Anzahl radikalierter Personen, die zur Unterstützung des sogenannten Kalifats ausgereist sind und nach dessen Scheitern nach Deutschland zurückzukehren drohen, sowie eine schwer abzuschätzende Anziehungskraft islamistischer Ideologie auf Teile der Bevölkerung markieren dabei besondere Probleme.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen wurde früh eine nationale Strategie gefordert, um staatliche und zivilgesellschaftliche Ressourcen zu bündeln, zu aktivieren und auf einander abzustimmen (Steffen 2015, 12, 55, Baier 2017, 67). Bis heute ist diese nur in Ansätzen zu erkennen. Im 2017 beschlossenen „Nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“ (NPP) sind ressortübergreifende Aktivitäten auf Bundesebene zusammengestellt. Unumstritten ist, dass es eines umfassenden Engagements staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, Ressorts und Professionen bedarf (Lützing & Gruber 2017, 24). Als essentiell gilt zudem die Bedeutung vertikal vernetzter Handlungsansätze auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene. Auf Bundesebene ist dies beispielsweise die Einrichtung des gemeinsamen Terrorismuszentrums (GTAZ) als gemeinsame Koordinierungsstelle der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes. Das GTAZ hat das Ziel, die operative Arbeit zur Terrorismusbekämpfung zu verbessern. Dort arbeiten insgesamt 40 Behörden aus Polizei und Nachrichtendiensten zusammen und tauschen sich u. a. in täglichen Lagebesprechungen über neueste Entwicklungen im Phänomenbereich islamistischer Terrorismus aus. Vor zehn Jahren wurde die Arbeitsgemeinschaft Deradikalisierung beim GTAZ gegründet, deren Geschäftsführung seit 2019 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angesiedelt ist. Sie ist eine Austausch- und Kooperationsplattform für Expertinnen und Experten der im Bereich der Deradikalisierung zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Im Rahmen dieser AG werden Trends und Herausforderungen im Bereich der Deradikalisierung islamistisch-radikalierter Personen thematisiert. Neben dieser strategischen Ausrichtung der AG Deradikalisierung findet zudem ein praxisorientierter Erfahrungsaustausch zur Entwicklung und Anpassung von Deradikalisierungsmaßnahmen statt.

Daneben werden auf Bundesebene verschiedene Förderprogramme wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder das Bundesprogramm „Demokratie durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) aufgelegt. Sie sollen eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Potentiale der Extremismusprävention bewirken. In den Bundesländern sind Landesdemokratiezentren aufgebaut worden, durch die u.a. landesweite Expertise gebündelt, Präventionsaktivitäten vernetzt und kommunale Akteure unterstützt werden. Eine besondere Bedeutung schließlich kommt der lokalen Ebene zu. Dort sind potentielle Zielgruppen erreichbar, lassen sich Radikalisierungsprozesse am ehesten erkennen und sind die meisten Präventionsangebote verortet. Akteure auf lokaler Ebene können jene in Frage stellen, die andere zu radikalisieren versuchen, und sie können betroffene Angehörige unterstützen. In vielen Fällen übt das

unmittelbare soziale Umfeld einen maßgeblichen Einfluss auf die Radikalisierung von Menschen aus. Zugleich können Radikalisierungsprozesse zuerst in sozialen Nahfeldern von Familie, Schule oder religiösen Gemeinschaften wahrgenommen werden. Die lokale Ebene und ihre Akteure sind daher im Kampf gegen Extremismus von staatlicher Seite zu fördern und zu unterstützen.

Im Bereich der Prävention sind daher eine Vielzahl von Ansätzen realisiert worden, die eine Stärkung oder Einbindung lokaler Akteure zum Ziel haben. Dazu zählen etwa (RAN 2019, 5):

- Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zur Bedrohung durch Extremismus und Radikalisierung,
- der Aufbau von Resilienz gegen Extremismus,
- die Bereitstellung von Unterstützungssystemen für Nachbarn, Familien oder Eltern (z.B. zur Förderung von Erziehungskompetenzen) gefährdeter Personen, oder
- die Identifikation gefährdeter Personen oder Gruppen sowie von Schlüsselpersonen durch lokale Akteure.

Wie die verschiedenen Akteursebenen vertikal (Bund, Land und Kommune) und horizontal (Kommunen untereinander) möglichst effektiv mit einander vernetzt und auf einander abgestimmt werden können, stellt eine Frage von aktuell hoher praktischer und wissenschaftlicher Relevanz dar.

Die Fachstelle PREvent!on

In den Bundesländern sind unterschiedliche Strukturen entstanden, weshalb im Folgenden zunächst der strukturelle Aufbau der Prävention von religiös motiviertem Extremismus in Baden-Württemberg und die Verortung der Fachstelle PREvent!on vorgestellt werden.

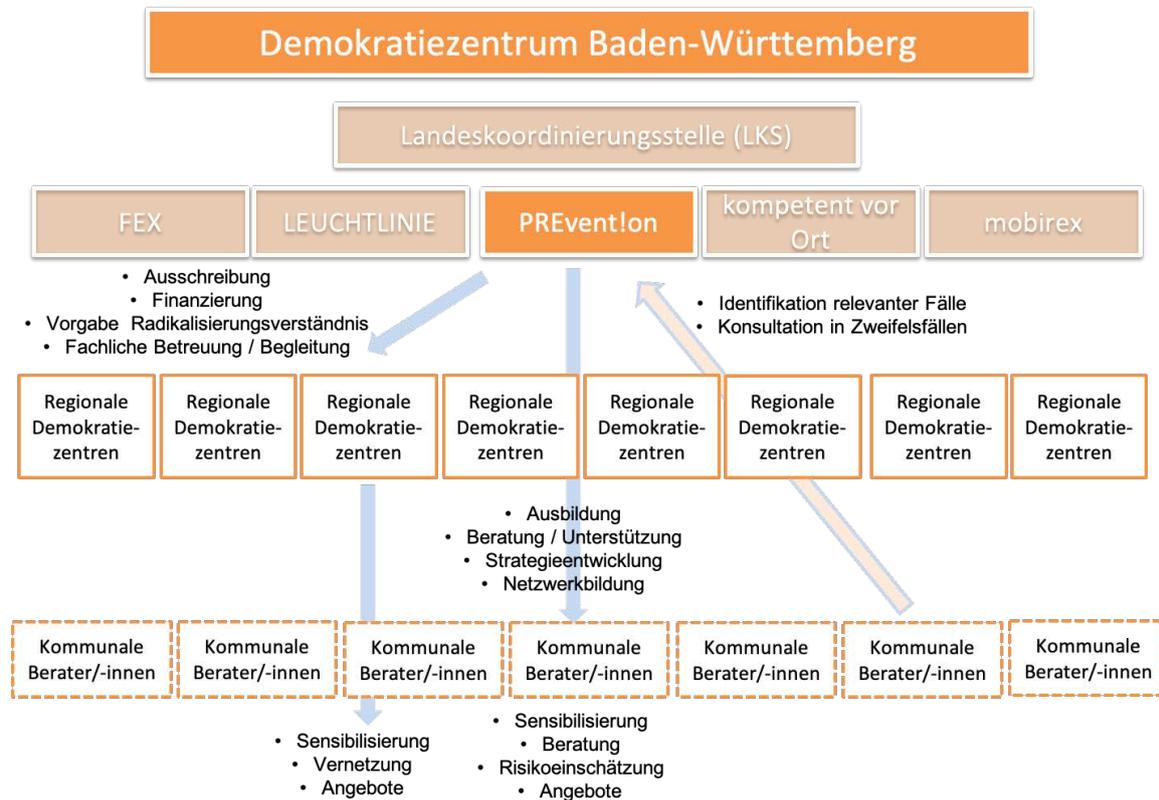
Ansiedlung

Die Prävention von religiös begründetem Extremismus erfolgt in Baden-Württemberg mehrstufig auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene (vgl. Abbildung 1). Das BMBFSJ hat seit 2007 den Aufbau von landesweiten Beratungsnetzwerken gefördert. Sie verknüpften die vor Ort vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote. Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden sie zu Landes-Demokratiezentren weiterentwickelt. Demokratiezentren in den Ländern sind u.a. mit folgenden Aufgaben betraut:

- Bündelung aller im jeweiligen Land von Bund, Land und Kommunen durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt sowie Vernetzung aller relevanten Akteurinnen und Akteure;
- Gewährleistung von Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den lokalen Partnerschaften für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“;
- Sichtbarmachung der im Land geleisteten Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt;
- Als fachliche Ansprechpartner für Akteurinnen und Akteure innerhalb und außerhalb des Bundesprogramms dienen;

- Koordinierung der verschiedenen Beratungsangebote zu demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen, insbesondere der Mobilen Beratung, der Opferberatung und der Distanzierungs- bzw. Ausstiegsberatung.

Abbildung 1: Strukturmodell Extremismusprävention in Baden-Württemberg

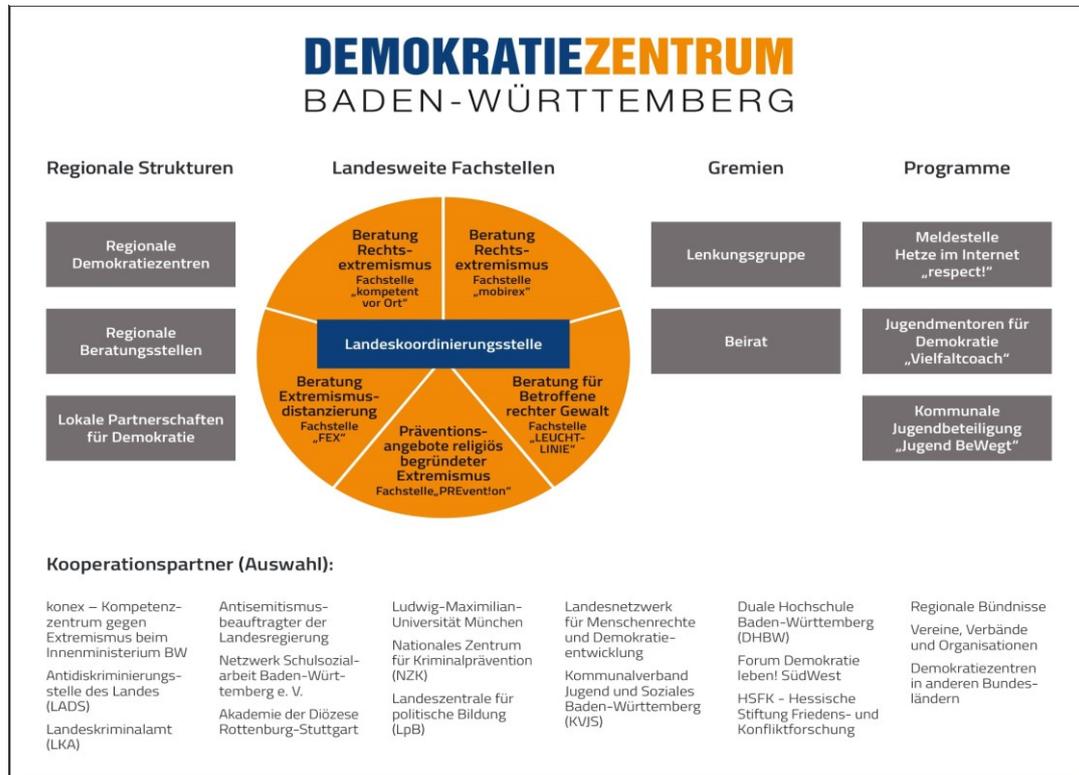


Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg (koordiniert von der Jugendstiftung Baden-Württemberg) versteht sich als ein Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismus, Menschenrechtsbildung und Demokratieförderung. Mit Beratung, Angeboten und Programmen unterstützt das Landes-Demokratiezentrum all diejenigen, die Rechtsextremismus, religiös motiviertem Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten.

Die Landeskoordinierungsstelle bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg setzt das Demokratiezentrum im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg um. Sie koordiniert die Arbeit der Fachstellen, organisiert das Netzwerk „Demokratie leben! Baden-Württemberg“ und steuert die strategischen Kooperationen des Demokratiezentrums (vgl. Abbildung 2). Aktuell sind neben der Fachstelle PREvent!on vier weitere Fachstellen mit unterschiedlichen thematischen Spezialisierungen beim Demokratiezentrum angesiedelt. Beratung bei rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Vorfällen bieten die Fachstellen „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ und „mobirex – mobile Beratung gegen Rechts“ an. Die Fachstelle „LEUCHTLINIE“ richtet sich an Betroffene von rech-

ter Gewalt. Pädagogische Ansätze zur Distanzierungshilfe für Jugendliche gegenüber extremistischen Milieus verfolgt die Fachstelle „FEX“. Alle Fachstellen arbeiten durch einen ständigen fachlichen Austausch Phänomen übergreifend zusammen (Bressau 2019, S.2)

Abbildung 2: Struktur und Organisation des Demokratiezentrum Baden-Württemberg



Ziele und Aufgaben

Die jüngste dieser Fachstellen mit dem Themenschwerpunkt der Prävention von religiös begründetem Extremismus ist die Fachstelle PREvent!on.

Im November 2015 hat die Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus ihre Arbeit im Demokratiezentrum aufgenommen. Übergeordnetes Ziel der Fachstelle ist Präventionsarbeit gegen die Radikalisierung junger Menschen im Bereich des religiös begründeten Extremismus. Islamistischer Extremismus stellt dabei aktuell die größte Herausforderung dar. Die präventive Arbeit der Fachstelle PREvent!on richtet sich jedoch gegen jegliche Form von religiös begründetem Extremismus.

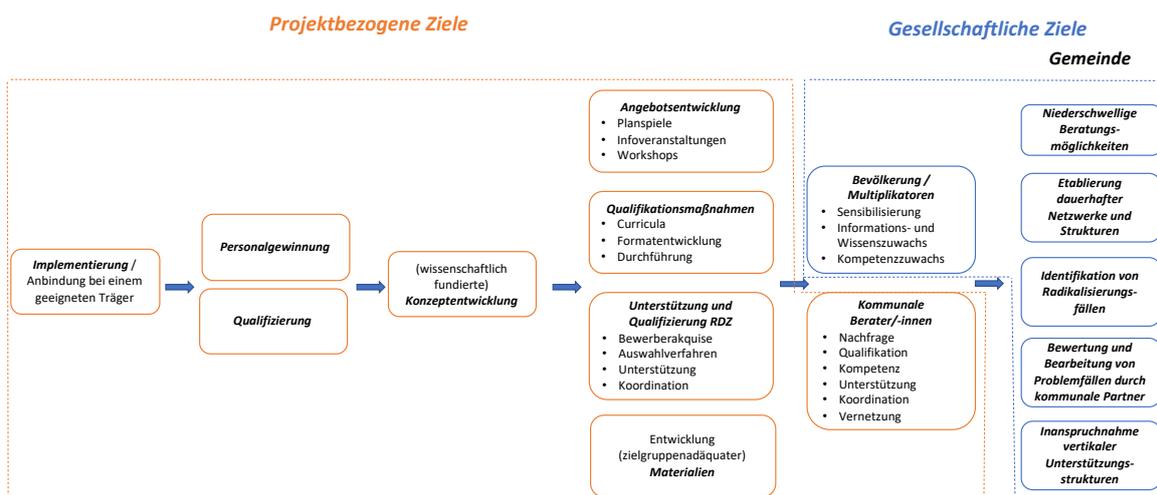
Ziel ist es, ein landesweites Präventionsnetzwerk aufzubauen, das pädagogische Fachkräfte im Phänomenbereich des religiös begründeten Extremismus weiterbildet und sensibilisiert, Einrichtungen bei der Umsetzung präventiver Maßnahmen zur Seite steht, interessierten Menschen Informationen zugänglich macht und die Akteure im Bereich der Extremismus- und der Radikalisierungsprävention in Baden-Württemberg vernetzt.

Mit einem Netz von regionalen Demokratiezentren und kommunalen Berater/-innen entwickelt PREvent!on gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren vor Ort Präventionsstrategien. Diese sollen eine langfristige Etablierung präventiv wirksamer Strukturen und Maßnahmen in den Städten und Gemeinden unterstützen.

Die Fachstelle PREvent!on des Demokratiezentrums Baden-Württemberg bildet Berater/-innen aus, die die kommunalen Akteure bei der Umsetzung einzelner präventiver Maßnahmen oder einer Gesamtstrategie unterstützen. Bei Fällen von religiös begründeter Radikalisierung sind diese Berater/-innen dazu ausgebildet, eine Ersteinschätzung vorzunehmen und im Bedarfsfall Expert/-innen hinzuzuziehen. Hierzu ist PREvent!on landesweit vernetzt. Die Fachstelle kooperiert bundesweit mit Projekten im Feld der Prävention von religiös begründetem Extremismus und bietet Workshop- und Seminarangebote in diesem Themenfeld an.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Fachstelle zählt daher die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte und Mitarbeiter in kommunalen Einrichtungen, um innerhalb dieser Regelstrukturen Ansprechpartner zu etablieren (sog. kommunale Berater/-innen). Diese sollen durch modulare Qualifizierungen grundlegende Kompetenzen in der Umsetzung von Präventionsangeboten und in der Einschätzung von Radikalisierung erwerben. Baden-Württemberg ist geprägt durch gewachsene Strukturen der Jugendsozialarbeit auf kommunaler und Kreisebene, eine aktive Zivilgesellschaft mit einem hohen Grad an freiwilligem Engagement und einem Bewusstsein für kommunalpolitische Verantwortung (Bressau 2019, S. 2). Diese Potentiale für die Prävention von religiös motiviertem Extremismus zu erschließen, ist eines der zentralen Ziele der Vernetzungsarbeit der Fachstelle PREvent!on.

Abbildung 3: Ziele der Fachstelle PREvent!on



Kommunale Akteure werden auf regionaler Ebene durch regionale Demokratiezentren (RDZ) vernetzt. Diese fungieren als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentren. Sie bringen Präventionsangebote in die jeweiligen Landkreise und bieten interessierten Personen Informationen sowie unterstützende Materialien. Über die regionalen Demokratiezentren sind Fachvorträge, Workshops und Planspiele zu verschiedenen Themen abrufbar. Zudem nehmen sie alle

Anfragen zur Extremismusprävention und Demokratiebildung an und bearbeiten diese unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen. Bei Bedarf werden die zentralen Fachstellen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg zur fachlichen Unterstützung miteinbezogen.

Innerhalb dieser Strukturen zählen zu den Hauptaufgaben der Fachstelle PREvent!on insbesondere

- die Erarbeitung eines Aus- und Fortbildungskonzeptes zur Prävention von religiös motiviertem Extremismus,
- die Durchführung entsprechender Schulungs- und Qualifikationsmaßnahmen,
- die Ausschreibung, Auswahl und Begleitung regionaler Demokratiezentren gemeinsam mit den weiteren Fachstellen und der Landeskoordinierungsstelle des Demokratiezentrum, sowie
- die Durchführung von Schulungen für Mitarbeitende der regionalen Demokratiezentren, kommunale Berater/-innen und sonstige Multiplikatoren.
- die Durchführung von Workshops und Planspielen für Jugendgruppen und Schulklassen.

Konzeptionelle Grundlagen

Für die Entwicklung, Korrektur und Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen ist von maßgeblicher Bedeutung, wie angestrebte Ziele erreicht werden sollen und warum ein bestimmtes Vorgehen sinnvoll und erfolversprechend erscheint (Leimbach et. al. 2017, 418). Daher ist es erforderlich, die konzeptionellen Grundlagen eines Präventionsprojektes zu klären und transparent zu machen. Konzeptionell sind für die Fachstelle PREvent!on verschiedene Prämissen maßgeblich, die zum einen die strukturelle Zielrichtung des Projektes und zum anderen dessen theoretischen Grundannahmen über Radikalisierung betreffen.

Eine wesentliche Erfahrung der internationalen Extremismusforschung ist, dass Präventionsarbeit vor allem dann (langfristig) erfolgreich ist, wenn sie die jeweiligen strukturellen Voraussetzungen vor Ort berücksichtigt und den multifaktoriellen Einflussfaktoren bei der Entstehung von Radikalisierung durch eine Kooperation mit Partnern verschiedener Professionen Rechnung trägt (Ostwaldt 2018, 218). Ein weiterer wichtiger Grund für die Bedeutung der kommunalen Ebene in der Extremismusprävention resultiert aus einem Problem, das in der Wissenschaft als „critical disconnect“ (Williams et. al. 2015, 46) diskutiert wird. Anzeichen eines Radikalisierungsprozesses können am ehesten im nahen sozialen Umfeld eines Betroffenen (vor allem in der Familie, aber auch in der Schule oder in einem Verein) wahrgenommen werden. Doch bestehen gerade bei nahestehenden Personen Hemmungen, sich mit entsprechenden Wahrnehmungen an eine Sicherheitsbehörde oder weit entfernte Beratungsstelle zu wenden. Bedenken wegen der schwer absehbaren Konsequenzen einer solchen Kontaktaufnahme, die Angst vor der Gefährdung eines Vertrauensverhältnisses zu der sich radikalisierenden Person oder die Unsicherheit in der Bewertung eigener Wahrnehmungen führen dazu, dass eine Kontaktaufnahme zu professionellen Ansprechpartnern häufig unterbleibt (Ostwaldt 2018, 219).

Mithilfe kommunaler Berater/-innen vor Ort wird im Rahmen des Projektes versucht, diese Hemmungen durch ein niederschwelliges Angebot abzubauen. Qualifizierte Personen aus dem

örtlichen Umfeld dienen als Ansprechstellen für besorgte oder ratsuchende Menschen aus dem sozialen Nahraum sich möglicherweise radikalisierender Jugendlicher. Aufgrund ihrer räumlichen Nähe, ihrer beruflichen Anbindung (z.B. Schulsozialarbeit, allgemeine soziale Arbeit o.ä.) und ihres persönlichen Bekanntheitsgrades in der Kommune erleichtern diese kommunalen Beraterinnen und Berater eine Kontaktaufnahme. Zugleich können sie durch ihre fachliche Qualifikation und professionelle Distanz mögliche Anzeichen eines Radikalisierungsprozesses objektiver einschätzen.

Mit der Ausschreibung und Einrichtung regionaler Demokratiezentren vollzieht das Landesdemokratiezentrum einen Paradigmenwechsel von einer Komm- zu einer Bring-Struktur. Seit 2017 ist das Demokratiezentrum auch im Themenfeld religiös begründetem Extremismus damit zusätzlich zur Landesebene an regionalen Standorten in Baden-Württemberg präsent. Deren Mitarbeitende verfolgen einen sozialraumorientierten Arbeitsansatz und gehen aktiv auf Zielgruppen wie Kommunalverwaltungen, Multiplikatoren, Schulen, Beratungsstellen und andere zu. Sie sensibilisieren und informieren im Hinblick auf Extremismusphänomene, machen sich als Ansprechpartner sowie die Angebotsformate des Landesdemokratiezentrums bekannt und vernetzen sich mit Akteuren vor Ort. Sie bieten in ihren Stadt- oder Landkreisen ein Portfolio an Workshops, Vorträgen, Theaterstücken und Planspielen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an. Dabei greifen die Träger auf das Angebot des Demokratiezentrums Baden-Württemberg zurück, entwickeln aber auch bedarfsspezifische Projekte vor Ort (Djadi 2019, 2). Ziele dieses Ansatzes bestehen darin, die regionalen Ressourcen und Potentiale vor Ort zu bündeln und gemeinsam Veränderungen im gesellschaftlichen Miteinander anzustoßen. Dabei bauen die Mitarbeitenden auf den Ressourcen in ihrem Umfeld auf, um deren Entwicklung zu stärken. Durch kontinuierliche Ansprache lassen sich Bedarfe erkennen und zielgerichtete Projekte initiieren und umsetzen. Regionalen Akteuren werden zudem die Qualifizierungsmöglichkeiten des Demokratiezentrums Baden-Württemberg angeboten, damit sie ihre Fachlichkeit und Professionalität in den Themenfeldern der Extremismusprävention stärken können. Lokale Fachtage haben zum Ziel, die lokale Öffentlichkeit über Präventionsthemen zu informieren, Problembewusstsein zu schaffen und die Akteure des Demokratiezentrums als vertrauensvolle und sachkundige Ansprechpartner in ihrer Region zu etablieren (Djadi 2019, 3).

Neben strukturellen und konzeptionellen Annahmen kommt der theoretischen Verortung des Beratungsansatzes der Fachstelle PREvent!on eine große Bedeutung zu. Theoretisch fußt das Konzept der Fachstelle PREvent!on auf verschiedenen Modellen zur Erklärung von Radikalisierung. Von den Projektverantwortlichen wird großer Wert darauf gelegt, das eigene Angebot sowie die praktische Präventionsarbeit aus wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen abzuleiten. Dabei profitiert die Fachstelle insbesondere von einem intensiven Kontakt und Austausch mit dem beim Innenministerium angesiedelten Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex), das über einen eigenen wissenschaftlichen Fachdienst verfügt. Ein etablierter kollegialer Austausch sowie regelmäßige gemeinsame Fortbildungen mit den Mitarbeitenden von konex gewährleisten die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Konzeption von Präventionsangeboten, Fort- und Ausbildungen sowie bei der Erstellung von Materialien.

Der Begriff Radikalisierung ist weder im medialen Gebrauch und der öffentlichen Diskussion noch in der Wissenschaft präzise definiert und unumstritten. Vielmehr gibt es eine Bandbreite verschiedener Merkmale, Einfluss- und Entstehungsfaktoren sowie von Modellen, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Akzenten versuchen, Radikalisierung zu erklären. Was von einer Mehrheit der Gesellschaft bzw. von einzelnen Individuen als „radikal“ erachtet wird, hängt zudem vom Zeitpunkt sowie vom historischen, politischen und sozialen Kontext ab. Die Kennzeichnung als „extremistisch“ oder „radikal“ hängt somit in einem hohen Maße davon ab, was in einer bestimmten Gesellschaft oder zu einem bestimmten Zeitpunkt als gemäßigt gilt (Neumann 2016, 29).

In besonderem Maße besteht hier die Notwendigkeit zur Reflexion und Präzisierung des Radikalisierungsbegriffes in der Präventionsarbeit. Bevor Präventionsmaßnahmen zielgerichtet und begründet entwickelt werden können, muss geklärt werden, was verhindert werden soll und wann eine Einstellung oder ein Verhalten als problematisch angesehen wird (Ostwaldt 2018, 222). Es ist jedoch zu konstatieren, dass eine solche konzeptionelle, begriffliche Klärung in der Präventionspraxis vielfach nicht erfolgt (Leimbach et. al. 2017, 418; Gruber & Lützing 2017, 36; Trautmann & Zick 2016, 68; Kober 2017, 236). Positiv ist deshalb hervorzuheben, dass die Projektverantwortlichen von PREvent!on konzeptionelle Grundannahmen und die theoretische Verortung des Projektes in mehreren Fachpublikationen hergeleitet und vorgestellt haben (Ostwaldt 2018, Ostwaldt & Coquelin 2018b, Ostwaldt & Coquelin 2018a). Mit Verweis auf diese Veröffentlichungen wird hier auf eine detaillierte Darstellung theoretischer Grundlagen verzichtet. Stattdessen werden nur wesentliche Grundannahmen skizziert.

Der Vergleich unterschiedlicher disziplinärer Zugänge zum Thema Radikalisierung zeigt, wie sehr in der Forschung nicht nur Dissens darüber herrscht, was Radikalisierung überhaupt ist und wann sie beginnt, sondern auch über die wesentlichen Einflussfaktoren, die zu einer Radikalisierung von Individuen führen können. Bei der Erklärung von individuellen Radikalisierungsprozessen müssen daher mehrere Analyseebenen in Betracht genommen und miteinander verschränkt werden: Das soziale Handeln von Individuen oder Kleingruppen in Interaktion mit anderen (Mikroebene), die Wechselwirkung zwischen dem Individuum und sozialen Gruppen, Organisationen oder Institutionen (Meso-Ebene) sowie die gesellschaftlichen, strukturellen und kulturellen Einflüsse (Makro-Ebene) (Srowig et. al. 2018).

Die Arbeit der Fachstelle PREvent!on fußt auf theoretischen Annahmen, die einerseits Hinwendungsmotive erklären und andererseits Anknüpfungspunkte für die pädagogische Arbeit bieten. Auf individueller Ebene ist dies die Theorie der relativen Deprivation nach Gurr (1970), die erweitert wird durch die Theorie der sozialen Desintegration von Heitmeyer. Diese beiden Theorien werden auf der Meso-Ebene ergänzt durch das Modell der kognitiven Öffnung von Wiktorowicz (Ostwaldt 2018, 228).

Relative Deprivation wird hier verstanden als eine Diskrepanz zwischen den Statuserwartungen, die eine Person subjektiv auf Grund verschiedener Selbst- und Fremdzuweisungen an ihr Leben richtet, und der Realisierung dieser Erwartungen, die durch bestimmte Faktoren und Diskriminierungen objektiv oder subjektiv eingeschränkt wird. Dieser Annahme zufolge entwickeln Menschen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (in

Deutschland geboren, Akademiker, ökonomische Situation etc.) eine Erwartungshaltung im Hinblick auf ihren gesellschaftlichen Status und persönlichen Werdegang. Können diese Erwartungen auf Grund bestimmter Eigenschaften oder Zugehörigkeiten (Religionszugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht etc.) nicht oder nur mit großer Mühe erreicht werden, entsteht eine Diskrepanz, die als relative Deprivation bezeichnet wird.

Ergänzend dazu führt die Theorie sozialer Desintegration die Hinwendung zu religiös-extremistischen Handlungsmustern auf Erfahrungen mit fremdenfeindlicher Gewalt, die Verweigerung der Anerkennung einer kollektiven Identität durch die Mehrheitsgesellschaft, persönlich erlebte Diskriminierungen im privaten Bereich sowie negative Folgen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse zurück (Nordbruch 2016, 26).

Auswirkungen einer solchen relativen Deprivation und sozialen Desintegration können, sofern sie nicht durch individuelle Resilienzen oder das persönliche Umfeld der Betroffenen aufgefangen werden, zu einer kognitiven Öffnung führen (Ostwaldt 2018, 229). Damit wird eine, etwa durch individuelle Sinnkrisen oder traumatische Erlebnisse und Schicksalsschläge hervorgerufene, Bereitschaft insbesondere junger Menschen bezeichnet, bisher akzeptierte Werte und Normen in Frage zu stellen und nach alternativen Sinnangeboten und Deutungen zu suchen. An diesen Deprivationserfahrungen und ihren Folgen, setzt gezielt extremistische Propaganda und Rekrutierung an. Die Zuwendung zu extremistischen Ideologien dient diesen Annahmen zufolge dazu, Identität zu stiften und Anerkennung zu erfahren.

Ein sich an eine solche kognitive Öffnung anschließender Radikalisierungsprozess lässt sich als zunehmende Depluralisierung beschreiben. Radikalisierung lässt sich diesem Verständnis nach als ein Prozess der individuellen Depluralisierung politischer Konzepte und Werte (z.B. Gerechtigkeit, Freiheit, Ehre, Gewalt, Demokratie) zugunsten spezifisch ideologisch geprägter Konzepte verstehen (Köhler 2017, 74). Somit werden wahrgenommene Probleme in Folge einer zunehmenden Ideologisierung von den sich radikalisierenden Personen in immer stärkerem Maße nur noch auf Grundlage einer spezifischen Ideologie gedeutet. Alternative Interpretations- und Deutungsmöglichkeiten werden ideologisch verdrängt.¹

Für die Prävention ergeben sich aus diesen theoretischen Annahmen Ansatzmöglichkeiten der Hilfe und Unterstützung für sich radikalisierende Jugendliche. Präventions- und Deradikalisierungsarbeit können diesem Verständnis nach als Repluralisierung verstanden werden. Ein Ziel präventiven Handelns besteht demzufolge darin, den Radikalisierten alternative Problemdeutungs- und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ziel ist es, eine Umkehr der Perspektivverengung herbeizuführen und den Betroffenen multiperspektivische Lösungsmöglichkeiten für Probleme zu veranschaulichen (Ostwaldt & Coquelin 2018b, 5).

Insbesondere muss Prävention dort ansetzen, wo junge Menschen Mechanismen von Deprivation erleben und sich in ihrer Selbstwirksamkeit eingeschränkt sehen (Ostwaldt 2018, 230). Damit

¹ Kritik an einer Konzeption von Radikalisierung als Depluralisierung äußert Michail Logvinov (2018) und fordert deren kritische Prüfung. Einen Vorschlag für die Verwendung eines alternativen praxistauglichen Theorieansatzes bleibt er jedoch schuldig.

rückt der lokale Kontext als Handlungsrahmen in den Blick, denn hier kann im Sozialraum der Jugendlichen Deprivationserfahrungen entgegengewirkt und es können konkrete Alternativen zu den Angeboten radikalisierender Akteure geboten werden. Es lassen sich mit Blick auf Erfahrungen aus dem In- und Ausland Ansatzpunkte für kommunale Radikalisierungsprävention identifizieren (Biene 2018, Baaken et.al. 2018). Anzeichen von Radikalisierung fallen in der Regel am ehesten im lokalen Sozialraum der Betroffenen (Schule, Familie, Verein etc.) auf. Daher sind es in erster Linie Eltern, Freunde, Lehrerinnen und Lehrer oder Akteure der sozialen Arbeit, die frühzeitig Radikalisierung erkennen und auf lokaler Ebene Ansprechpersonen suchen können. Große Bedeutung hat daher die Weiterbildung und Qualifikation von Mitarbeitenden in Regelstrukturen, wie Schulen, Kindergärten, Jugendhilfe oder Strafvollzug im Hinblick auf das Erkennen von und den Umgang mit Radikalisierung und radikalisierungsgefährdeten Menschen (Baaken 2018, 24). Zudem brauchen diese Personengruppen eine Anlaufstelle in der Kommune, die Expertise und Erfahrungen vorhält, in Verdachtsfällen von Radikalisierung eine erste Beratung anbietet und im Bedarfsfall an zuständige zivilgesellschaftliche Beratungsstellen oder die Sicherheitsbehörden vermittelt (Biene 2018, 3).

An diesen Bedarfen setzt die Regionalisierungsstrategie von PREvent!on mit ihren Aus- und Weiterbildungsangeboten für Fachkräfte sowie der Etablierung von Regionalen Demokratienzentren und kommunalen Beraterinnen und Beratern an.

2. Untersuchungsdesign

Die Fachstelle PREvent!on wurde zwischen Oktober 2018 und Oktober 2019 vom Nationalen Zentrum für Kriminalprävention evaluativ begleitet.

Gegenstand und Evaluationskonzept

Gegenstand der Untersuchung waren formative bzw. prozessorientierte Evaluationsaspekte. Es handelt sich damit um eine Evaluation, die sich auf die internen Dynamiken sowie die aktuelle Umsetzung des Projekts konzentriert und seine Stärken und Schwächen analysiert. Es wird gefragt: Was passiert und warum? Wie passen die konkreten Projektelemente zueinander? Wie nehmen die Zielgruppen das Projekt wahr? Die vorgesehene Evaluation schaut insbesondere auf Aktivitäten und Interventionen, Verfahren, Praktiken und Organisationsformen, nicht auf die Wirkungen des Projektes auf gesellschaftlicher Ebene. Letztere würden im Rahmen einer summativen Evaluation in den Blick genommen.

Angelehnt an das CIPP-Modell von Stufflebeam (2007) werden im Rahmen der Evaluation Kontextbedingungen (C), Inputs (I), Prozesse (P) sowie Produkte (P) des Projektes PREvent!on untersucht (Stufflebeam und Shinkfield 2007, S. 335ff.). Eine Stärke des CIPP-Modells besteht im vorliegenden Fall darin, dass es zum einen die zeitlichen Abläufe eines Projektes und zum anderen unterschiedliche Ziele und Perspektiven berücksichtigt. Das CIPP-Modell hat sich in verschiedenen Handlungsfeldern bewährt und es existieren Checklisten für dessen Anwendung.² Pointiert lauten die Leitfragen einer Evaluation nach dem CIPP-Modell: Was soll ein Projekt leisten? Wie soll es umgesetzt werden? Ist das Projekt entsprechend dieser Planung realisiert worden? Führt das Projekt zum Erfolg? In methodischer Hinsicht kann bei der Klärung dieser Leitfragen das gesamte quantitative und qualitative Methodenspektrum der empirischen Sozialforschung je nach Eignung zur Anwendung kommen. Besondere Stärken des CIPP-Modells liegen darin, dass es formative wie summative Aspekte der Evaluation umfasst und dabei möglichst viele tangierte und involvierte Stakeholder angesprochen und berücksichtigt werden.

Bei der Evaluation der Fachstelle PREvent!on liegen Schwerpunkte auf formativen Aspekten, die insbesondere die Analyse des Kontextes, der Inputs sowie der Prozesse des Projektes umfassen. Die Fachstelle PREvent!on hat drei Jahre vor Evaluationsbeginn ihre Arbeit aufgenommen und wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ seit 2015 finanziell gefördert. Im Mittelpunkt der Arbeit standen in den ersten zwei Jahren der Projektförderung die Einrichtung der Fachstelle in der Jugendstiftung Baden-Württemberg, die Entwicklung eines Konzeptes für die Umsetzung der Ziele, die Entwicklung von Schulungsformaten und entspre-

² https://www.univation.org/download/01checkliste_cipp.pdf sowie https://wmich.edu/sites/default/files/attachments/u1158/2019/cippmodelstufflebeam_2019_04_17.pdf

chenden Curricula und deren Durchführung sowie die Ausschreibung und Einrichtung regionaler Demokratiezentren. Die Evaluation hat daher in erster Linie eine Reflexion und Bewertung dieser im Projektverlauf früheren Realisierungsschritte zum Gegenstand.

Methodik

Die Bewertung der Untersuchungsgegenstände basiert in erster Linie auf Einschätzungen der maßgeblichen Stakeholder des Projektes. Methodisch stand daher die Durchführung leitfadengestützter Experteninterviews mit relevanten Akteuren im Mittelpunkt der Untersuchung. Themen und Inhalte der Interviews waren mit der Projektleitung der Fachstelle PREvent!on insbesondere im Hinblick auf deren praktische Relevanz abgestimmt.

Als Experten wurden die folgenden Akteursgruppen in die Untersuchung einbezogen:

- Vertreterinnen und Vertreter der maßgeblich involvierten Landesministerien (Sozial- und Innenministerium) (2)³
- Verantwortliche der neu geschaffenen regionalen Demokratiezentren (8),
- Kommunale Berater/-innen (15), sowie
- Mitarbeitende des Demokratiezentrums Baden-Württemberg (1).

Die Befragung der kommunalen Berater/-innen erfolgte in Form standardisierter offener Fragen und wurde schriftlich durchgeführt. Alle anderen Experteninterviews sind als Interviews anhand von Leitfragen von Mitarbeitern des NZK durchgeführt und aufgezeichnet worden. Die Aufzeichnungen wurden im Anschluss transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Die Auswertung der Experteninterviews erlaubt einen Soll-Ist-Vergleich von Erwartungen und Intentionen mit Erfahrungen und Bewertungen der Projektpraxis. Formative Inhalte der Evaluation betreffen in erster Linie Rahmenbedingungen des Projektes, seine institutionelle Einbettung in der Jugendstiftung Baden-Württemberg sowie seine Ressourcenausstattung. Im Einzelnen sind u.a. folgende Aspekte in den Blick genommen worden:

- Angebotsstruktur
- Ausstattung
- Zielgruppenzugang
- Kapazität
- Mitarbeitende und deren Qualifikation
- Interne Vernetzung
- Externe Vernetzung
- Finanzierung

Prozessorientiert wurden Fragen der Implementierung und Umsetzung der Fachstelle untersucht. Dazu gehörten u.a. die folgenden Aspekte der Projektarbeit:

- Zielformulierung

³ Zahlen in Klammern = Anzahl der durchgeführten Experteninterviews

- Interventionsplanung und Konzeptentwicklung
- Erreichung der Zielgruppen
- Umsetzung der geplanten Maßnahmen
- Prozesszufriedenheit bei den regionale Demokratiezentren und Berater/-innen

Die Untersuchung umfasst ein breites Spektrum evaluativer Fragestellungen, die für die Projektgestaltung und etwaige -optimierung nutzbar gemacht werden können. Im Ergebnis wurden Antworten auf folgende Fragen ermöglicht:

- Sehen zentrale Stakeholder des Projektes ihre Erwartungen an das Projekt als erfüllt an und/oder werden auch Entwicklungspotentiale erkennbar?
- Wo liegen Stärken und Schwächen des realisierten Ansatzes der Institutionalisierung, Qualifizierung und Vernetzung von Präventionsakteuren?
- Lassen sich zum Zeitpunkt der Untersuchung Optimierungsmöglichkeiten identifizieren, die für den weiteren Projektbetrieb nutzbar gemacht werden können?
- Lassen sich die realisierten Strukturen, Angebote oder die Erfahrungen aus dem Projekt auf andere Bundesländer übertragen und welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein?

3. Kontextanalyse

Zentraler Gegenstand einer Kontextanalyse nach dem CIPP-Modell ist die Frage, was mit einem Projekt bzw. einer Maßnahme erreicht werden soll. Zudem dient dieser Evaluationsschritt dazu herauszufinden, unter welchen Rahmenbedingungen ein Projekt implementiert wird. Aufgabe einer begleitenden Evaluation ist daher die Ermittlung der von dem Projekt adressierten Bedürfnisse der Zielgruppen. Rückschlüsse auf die Bedürfnisse wesentlicher Zielgruppen (kommunale Berater/-innen, Mitarbeitende regionaler Demokratiezentren) und Stakeholder (Ministerien) lassen sich aus den Interviews ziehen.

Bedarfe kommunaler Berater/-innen

Damit Praktikerinnen und Praktiker in den Kommunen präventiv arbeiten können, müssen sie angemessen und zielgruppengerecht qualifiziert werden (Steffen 2015, 52). Kommunale Berater/-innen sollen vor Ort als Ansprechpartner bei Verdacht auf Radikalisierung (junger) Menschen fungieren und Multiplikatoren für Radikalisierungsphänomene sensibilisieren. Aufgabe der Fachstelle PREvent!on ist es daher, ein entsprechendes Qualifizierungskonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Bei dessen Entwicklung sind ambivalente Anforderungen zu berücksichtigen. Es ist der Komplexität des Phänomens Rechnung zu tragen, die sich auch im Umfang der Qualifizierung niederschlagen muss. Ausbildungsinhalte sollten zudem sowohl auf Erfahrungswissen aus dem Bereich der Radikalisierungsprävention als auch auf Erkenntnissen der einschlägigen Forschung beruhen. Zugleich sind die Fortbildungsmaßnahmen für die angehenden kommunalen Berater/-innen berufsbegleitend zu absolvieren und dürfen daher nicht unzumutbar umfangreich sein.

Für die Aus- und Fortbildung in der Radikalisierungsprävention gibt es in Deutschland keine etablierten fachlichen Standards. Vielmehr ist in der Präventionspraxis oftmals intransparent, über welche Kompetenzen und Qualifikationen Mitarbeitende verfügen und inwieweit diese den spezifischen Anforderungen der Radikalisierungsprävention genügen. Die Formulierung von Mindeststandards für die Qualifikation und Präventionsarbeit wird u.a. durch die mangelnde konzeptionelle und theoretische Klarheit von Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen sowie das Fehlen empirischer Studien zur Wirksamkeit von Programmen erschwert (Köhler & Fiebig 2018, 521).

Schulungen

Basierend auf internationalen Forschungsergebnissen lassen sich eine Vielzahl von Qualifizierungsanforderungen und Kompetenzen identifizieren, die insbesondere für Präventionspraktiker Relevanz besitzen, die in der tertiären Prävention mit der Deradikalisierung befasst sind (Koebler & Fiebig 2019, 51⁴, Köhler & Fiebig 2018, 523). Erforderlich sind demzufolge Kenntnisse

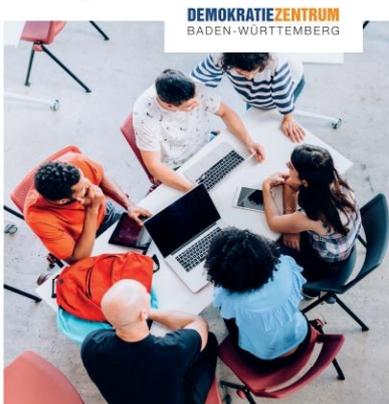
- über ideologische Inhalte und die Genese der jeweiligen Extremismusformen,
- zentraler Einflussfaktoren von Radikalisierung und Deradikalisierung zur Fallanamnese,
- der psychologischen Prozesse bei Radikalisierung und Deradikalisierung auf individueller und kollektiver Ebene,
- im Umgang mit verschiedenen Konstellationen von Psychotraumata und/oder Persönlichkeitsstörungen,
- über Fallmanagement, Risikoanalyse, Gefährdungs- und Gefahrenmanagement,
- verschiedener Kommunikationsstrategien, Argumentationsleitfäden und Deeskalationsmaßnahmen,
- über das Erzeugen kognitiver Öffnung zur Vorbereitung und Ermöglichung von Repluralisierungsprozessen,
- über Beratungsmethoden, wie zum Beispiel die systemische Beratung,
- zu Regelstrukturen der sozialen Arbeit,
- von Angeboten im Bereich kreative Künste, Sport usw., sowie über
- grundlegende Rechtsfragen (z. B. Strafjustiz, Strafverfahren, Bewährungshilfe).

Auf der Grundlage einer vergleichenden Analyse von zwölf internationalen Trainingskursen für die Fortbildung von Deradikalisierungspraktikern ermittelten Köhler & Fiebig (2019) einen durchschnittlichen Umfang von 8,2 Tagen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den untersuchten Trainings um Curricula für Fachkräfte handelt, die mit bereits radikalisierten Personen arbeiten. An die Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte sind in diesem Handlungsfeld daher deutlich höhere Anforderungen zu stellen, als dies im Bereich der Primär- und Sekundärprävention der Fall ist.

⁴ Original in Englisch.

Eine adäquate, an wissenschaftlichen und praxisbasierten Erkenntnissen orientierte Aus- und Fortbildung des Fachpersonals stellt mithin eine zentrale Erfolgsvoraussetzung im Bereich der Radikalisierungsprävention dar.

Abbildung 4: Informationsflyer für die Ausbildung zum „kommunalen Berater“



**Fortbildungen
im Demokratiezentrum 2019**
Ausbildung zum „kommunalen Berater“, zur „kommunalen
Beraterin Extremismusprävention“

www.demokratiezentrum-bw.de

Neben einer fundierten Qualifizierung der kommunalen Berater/-innen bedürfen diese einer stets erreichbaren Ansprechperson in Verdachtsfällen von Radikalisierung oder bei Unsicherheit in der Bewertung von Einzelfällen. Schließlich ist ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen den kommunalen Beratern/-innen herzustellen. In diesem Rahmen sollten Fragen und Erfahrungen ausgetauscht, Erfolgsbeispiele und Problemfälle diskutiert sowie persönliche Kontakte geknüpft werden können.

Qualifizierungsangebote

Für Fachpersonen aus der Jugendarbeit und -bildung in Baden-Württemberg bietet das Demokratiezentrum Weiterbildungsmodule zur Qualifizierung als „kommunale Beraterin bzw. Berater“ an. Mit diesem Qualifizierungskonzept sollen den komplexen Anforderungen an Beratungskompetenz

und Fachwissen in der Extremismusprävention Rechnung getragen werden. Bestehende konzeptionelle Grundsätze wie die Stärkung lokaler und regionaler Regelstrukturen sowie die Förderung lokaler oder regionaler Netzwerkarbeit werden dabei berücksichtigt.

Zielgruppen dieser Qualifizierungsangebote sind u.a. pädagogische Fachkräfte jeglicher Professionen, Multiplikatoren/-innen der Jugendarbeit, Lehrkräfte, aktive Beraterinnen und Berater, Menschen, die sich in gesellschaftlichen Gruppen engagieren und Fachpersonal aus Jugendämtern, Sozialdiensten, Anti-Diskriminierungsstellen sowie aus Krisen- und Notfallberatungen.

Fortbildung im Modul-System

Das Qualifizierungskonzept des Demokratiezentrums folgt einem „Baukasten“-Prinzip. Interessierte können an einzelnen Modulen teilnehmen, angehende „kommunale Berater/-innen“ müssen eine bestimmte Anzahl dieser Module und manche Themenbereiche verpflichtend absolvieren. Für die im Demokratiezentrum bereits tätigen „kommunalen Beraterinnen“ und „kommunalen Berater“ besteht die Möglichkeit zur themenbezogenen Erweiterung und Auffrischung ihrer Kenntnisse. Die Qualifizierung vermittelt Wissen in den Themenfeldern Islam, Neo-Salafismus, Radikalisierung, Prävention und Deradikalisierung. Die Teilnehmenden sollen dazu befähigt werden, im Kontext ihres Arbeitsalltags präventiv gegen Radikalisierungstendenzen vorzugehen und entsprechende Anzeichen zu deuten. Die Qualifizierung kann mit der Zertifizierung als Berater/-in durch das Demokratiezentrum Baden-Württemberg abgeschlossen werden

und bildet die Grundlage dafür, als Referent oder Referentin Workshops und Planspiele umzusetzen.

Voraussetzungen für die Teilnahme an Qualifizierungen

Eine Teilnahme an den Qualifizierungsmaßnahmen des Demokratiezentrams ist an Voraussetzungen gebunden. Grundsätzlich wird die Anerkennung der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland, eine demokratische und werteorientierte Grundhaltung sowie die Akzeptanz der Beratungsleitlinien des Demokratiezentrams gefordert. Weitere Voraussetzungen sind eine einschlägige, themenaffine abgeschlossene Berufsausbildung⁵ und eine mindestens drei jährige Berufserfahrung sowie die aktive Teilnahme an mindestens vier Modulen innerhalb von zwei Jahren, die durch Teilnahmebescheinigungen nachzuweisen ist. Interessenten müssen vor der Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme einen tabellarischen Lebenslauf, ein Motivationsschreiben, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis sowie eine Selbstauskunft des Demokratiezentrams beibringen. Die Qualifizierung als Berater/-in setzt die Teilnahme an allen der folgenden Module voraus:

Modul DZ: „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (Eintägiges Seminar)

- Vorstellung des Demokratiezentrams mit den zugehörigen Fachstellen, seinen Aufgaben und Angeboten
- Fachvortrag in den Themenfeldern „Extremismus und Demokratie“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“
- weitere Vertiefungsangebote im Themenfeld und positive Praxisbeispiele

Modul P1: Einführung in die Prävention von religiös begründetem Extremismus (Zweitägiges Seminar)

- Einführung in das Themenfeld „Islam“
- Religion und Ideologie: Abgrenzung von Islam, Islamismus, Salafismus
- Radikalisierungsprozesse und Rekrutierungspraktiken
- Die islamistische und salafistische Szene in Deutschland

Modul P2: Vertiefung Prävention von religiös begründetem Extremismus (Zweitägiges Seminar)

- Geschlechterbilder in salafistischen Milieus
- Prävention und Deradikalisierung

⁵ Dazu zählen etwa Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Jugendarbeit, Lehrkräfte, Personen aus Jugendämtern, Sozialdiensten, Anti-Diskriminierungsstellen, Krisen- und Notfallberatungen, aktive Beraterinnen und Berater und andere mehr.

- Fachliche Vertiefung des Einführungsmoduls

Modul P3: Schulung zur „Kontaktperson Deradikalisierung“ (Eintägiges Seminar)

- Einführung in die Tätigkeit als „Kontaktperson Deradikalisierung“ an der Schnittstelle von Prävention und Deradikalisierung.
- Voraussetzung: Teilnahme an den Seminaren DZ, P1, P2 und „Das Einmaleins der Systemischen Beratung“.

Modul SB1: Das Einmaleins der Systemischen Beratung (Dreitägiges Seminar)

- Systemisch orientierte Konzepte, lösungs- und ressourcenorientierte Formen der Beratung und Begleitung gehören zu den Standards der Arbeitsweisen in psychosozialen Kontexten. Nachhaltige und wirkungsvolle Beratung basiert auf einer Grundhaltung der Wertschätzung, Anerkennung, der Klarheit und der Transparenz. Die Fortbildung ist geprägt durch einen hohen Anteil praktischen Übens. Die Teilnehmenden sollten Beratungssituationen kennen und Beispiele einbringen können.
- Das Seminar ist nur von Personen buchbar, die sich zum Berater oder zur Beraterin für Extremismusprävention ausbilden lassen.

Netzwerktreffen

- Das Netzwerktreffen der Teilnehmenden an den Qualifizierungen im Demokratiezentrum, aktiven Beraterinnen und Beratern und aktiven Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dient dem fachlichen und landesweiten Austausch sowie der kollegialen Fallberatung. Ein Fachvortrag dient dazu, die Kenntnisse der Teilnehmenden zu vertiefen bzw. aufzufrischen. Voraussetzung für die Teilnahme an den jährlich stattfindenden Netzwerktreffen ist die bereits erfolgte Teilnahme an den Seminaren DZ und P1.

Re-Zertifizierung

- Eine dauerhafte Re-Zertifizierung als Berater/-in setzt voraus, dass diese im Zeitraum von zwei Jahren an mindestens einer zweitägigen Fortbildungsveranstaltung (oder zwei eintägigen Veranstaltungen) teilnehmen, nach Möglichkeit das jährliche Netzwerktreffen besuchen, in einem Zeitraum von zwei Jahren mindestens vier Angebote umsetzen und sich darüber hinaus eigenverantwortlich auf Grundlage der von der Fachstelle herausgegebenen Handouts im Themenfeld weiterbilden.

Es ist festzustellen, dass der Qualifizierung der kommunalen Beraterinnen und Berater mit neun Schulungstagen ein umfangreicheres Curriculum zugrunde liegt, als dies Köhler & Fiebig (2019) mit einem durchschnittlichen Umfang von 8,2 Tagen für Qualifizierungen von Personal im Bereich der Deradikalisierung ermitteln. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass die Arbeit mit bereits radikalisierten Personen (tertiäre Prävention) eine umfassendere Qualifizierung voraussetzt, als dies in den Bereichen der primären und sekundären Prävention der Fall ist. Aber nicht

nur in quantitativer Hinsicht geht die Qualifikation der kommunalen Berater/-innen über den in diesem Arbeitsfeld üblichen Durchschnitt hinaus. Bei der inhaltlichen Entwicklung, Ausgestaltung und Fortschreibung der Qualifikations- und Fortbildungsangebote wird großer Wert auf eine kontinuierliche Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse gelegt. Radikalisierung unterschiedlicher Ausprägung (rechts, links oder religiös motiviert) und deren Prävention stellen einen dynamischen Forschungsbereich dar. National wie international wurden in den letzten Jahren deutliche Bemühungen unternommen, ein vertieftes Verständnis der Entstehungs- und Einflussfaktoren insbesondere islamistischer Radikalisierung zu erlangen. Von großer Bedeutung für die Prävention von Extremismus ist es, aktuelle Forschungsergebnisse in diesem Feld zur Kenntnis zu nehmen und deren Relevanz für die konzeptionelle Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen kontinuierlich zu prüfen. Wichtig ist daher die Einbindung der Fachstelle in ein landesweit koordiniertes Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot. Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) verfügt über einen wissenschaftlichen Fachdienst, der u.a. diese Transferarbeit leistet, die praktische Relevanz von Forschungsergebnissen im Blick behält und u.a. das Fachpersonal des Landesdemokratiezentriums entsprechend schult und weiterbildet (Fiebig & Köhler 2018, 523). In dieser Struktur kann ein hohes fachliches Niveau sowie eine hohe Aktualität der theoretischen und konzeptionellen Grundlagen der Präventionsarbeit sichergestellt werden.

Bedarfe Regionaler Demokratiezentren

Vergleichbare Bedarfe wie sie für kommunale Berater/-innen bestehen, gelten auch für die Mitarbeitenden der regionalen Demokratiezentren. Auch diese Zielgruppe muss für ihre Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit fachlich qualifiziert werden. Im Sinne des Paradigmenwechsels von einer Komm- zu einer Bring-Struktur, der durch die Regionalen Demokratiezentren realisiert werden soll, müssen Angebote und Materialien entwickelt, produziert, vorgehalten, disponiert und bereitgestellt werden, die den Mitarbeitenden ihre Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit ermöglichen.

Die Fachstelle PREvent!on hat dazu gemeinsam mit der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung des Demokratiezentriums Baden-Württemberg verschiedene Formate entwickelt, die Interessierten von den Regionalen Demokratiezentren vor Ort bedarfsgerecht angeboten werden können. Dazu zählen im Themenfeld religiöse Radikalisierung:

- Der Vortrag „Radikal verstehen! Religion, Radikalisierung, Ideologie?!“ Abhängig von konkreten Wünschen vor Ort zielt der Vortrag darauf ab, dass die Teilnehmenden Religion und Ideologie unterscheiden können, einen Überblick über die Anzeichen von Radikalisierung und Rekrutierungsaktivitäten sowie über Attraktivitätsmomente radikaler Ideologien für Jugendliche erhalten.
- Das Planspiel zu Radikalisierungsprozessen „Straight ahead“, indem die Teilnehmenden sensibilisiert werden, Radikalisierungsprozesse früh zu erkennen und Unterstützungsangebote einzuholen.

- Im Workshop „Gesellschaft unter Strom“ werden die Teilnehmenden für aktuell relevante Akteure und deren Propaganda sensibilisiert. Damit können sie Radikalisierung und Rekrutierung erkennen, die Attraktivitätsmomente radikaler Ideologien verstehen und auf entsprechende Äußerungen von Jugendlichen eingehen.
- Ein mobiles Theaterstück „Jungfrau ohne Paradies“, in dem die jugendlichen Teilnehmenden direkt und emotional den Prozess der Radikalisierung erfahren, zur Reflexion über eigene Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten angeregt werden und den Unterschied zwischen Religion und Ideologie kennenlernen.
- Der Workshop und ergänzende Vortrag „Allah und ich – Facetten des Islams“. Teilnehmenden wird hier ein vertieftes und alltagsrelevantes Wissen über die Grundlagen des Islams sowie wählbare Schwerpunktthemen vermittelt.

Abbildung 5: Informationsflyer zu Workshop- Vortrags- und Planspielangeboten



Außer einer adäquaten Qualifikation sowie der Bereitstellung von Angebotsformaten bedürfen die regionalen Demokratiezentren der horizontalen und vertikalen Vernetzung. Gerade in der Aufbau- und Implementierungsphase kommt dem Erfahrungsaustausch und der kollegialen Beratung eine große Bedeutung zu. Die Mitarbeitenden der RDZ können sich gegenseitig mit spezieller Expertise in verschiedenen Themenbereichen unterstützen, gemeinsame Maßnahmen abstimmen und durchführen oder über Probleme und Erfolgsbeispiele austauschen.

Daher sollte die Fachstelle PREvent!on förderliche Rahmenbedingungen für einen solchen Austausch schaffen. Jährlich veranstaltet die Fachstelle unter anderem zu diesem Zweck ein Netzwerktreffen. Hier besteht die Gelegenheit, fachliche Impulse zu erhalten, neue Kollegen und Kolleginnen kennen zu lernen und sich miteinander zu vernetzen.

Vertikal sind die Mitarbeitenden der RDZ zum einen mit den kommunalen Berater/-innen vor Ort vernetzt. Zugleich sollte es im Bedarfsfall die Möglichkeit der Rückversicherung, der Konsultation und des Verweises an spezialisierte Experten geben. Dafür stehen erstens die Mitarbeitenden der Fachstelle zur Verfügung, die organisatorisch und fachlich unterstützen. In als kritisch erachteten Fällen, etwa bei Annahme eines fortgeschrittenen Stadiums der Radikalisierung, stehen zweitens die Mitarbeitenden von konex mit Rat zur Seite und übernehmen ggf. die Bearbeitung eines Falles.

Es sind damit Formate und Strukturen geschaffen worden, die es den Regionalen Demokratiezentren erlauben, ihre Aufgaben wahrzunehmen und das Demokratiezentrum regional zu repräsentieren. Ob und wie weit sich die Mitarbeitenden dadurch gut für ihre Arbeit gewappnet sehen, wird weiter unten erörtert.

4. Aktivitäten

Nach der Vorstellung von Strukturen, Bedarfen von Zielgruppen und Angeboten der Fachstelle wird im Folgenden skizziert, welche Leistungen unter Einsatz welcher Ressourcen in den letzten Jahren erbracht wurden und welche Zielgruppen damit erreicht werden konnten.

Die Fachstelle PREvent!on hat sich seit ihrer Gründung dynamisch entwickelt. Nach Einrichtung des Landesdemokratiezentrum Baden-Württemberg im Jahr 2015 hat die Fachstelle 2016 ihre inhaltliche Arbeit aufgenommen. Ausgestattet mit einer Projektleitung (100% Stellenäquivalent) und einer Teilzeitstelle (40%) für das Organisationsmanagement, entwickelte sie zum Anfang der inhaltlichen Arbeit (2015 / 2016) ein Curriculum für die Qualifizierung von kommunalen Beratern der Extremismusprävention. Dies erfolgte in fachlicher und inhaltlicher Abstimmung mit der Vorläuferinstitution von konex, dem Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen den (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW). Bereits im Jahr 2016 konnten mit einer unveränderten Personal- und Budgetausstattung in einem ersten Durchlauf zwei Module des modularen Qualifizierungsangebotes mit 20 Teilnehmenden umgesetzt werden. Des Weiteren wurden im gleichen Jahr zwei abrufbare Workshopformate für Jugendliche und Fachkräfte entwickelt und in der Praxis umgesetzt. Mit dem Fachkräfte-Workshop konnten in 15 Veranstaltungen 500 Personen und mit dem Angebot für Jugendliche 425 Personen in 17 Veranstaltungen erreicht werden. Gemeinsam mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart sowie dem Modellprojekt „Inside Out“ wurde zudem ein erster Fachtag konzipiert und durchgeführt.

Im Jahr 2017 wurden zwei zusätzliche Mitarbeitende jeweils in Teilzeit mit der Koordination der Regionalen Demokratiezentren (50%⁶) sowie der fachlichen Mitarbeit (20%) betraut. Das Qualifizierungsangebot wurde neben dem DZ-Modul (Aufgaben und Arbeit des Demokratiezentrum) sowie dem Einführungsmodul um ein Vertiefungsmodul erweitert, womit in diesem Jahr 115 Teilnehmende erreicht wurden. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) die Entwicklung eines Abschlussmoduls „Kontaktperson Deradikalisierung“ begonnen. Es nahmen erste Multiplikatoren an der Schulung teil, die seitdem u.a. als Honorarkräfte für die Fachstelle arbeiten. Einen Arbeitsschwerpunkt bildete in diesem Jahr zudem die Ausschreibung und Einrichtung der ersten fünf Regionalen Demokratiezentren in Baden-Württemberg. Daneben wurden landesweit vier Fachtage durchgeführt und unterstützt. Das Angebotsportfolio wurde auf acht abrufbare Workshops, Planspiele und Vorträge erweitert. Insbesondere wurde das Theaterstück „Jungfrau ohne Paradies“ in das Angebot aufgenommen, dessen Nachbereitung die Fachstelle in Form von Workshops übernimmt. Um das Angebotsspektrum bekannter zu machen, wurde eine Broschüre in gedruckter und digitaler Form erstellt, wodurch sich die landesweite Nachfrage deutlich erhöhte. Die Fachkräfteangebote nahmen in diesem Jahr 1.145 Teilnehmende in 30 Veranstaltungen in Anspruch. Bei den 85 Angeboten für Jugendliche nahmen 2.985 Personen teil.

⁶ Prozentangaben bezeichnen die jeweiligen Vollzeitstellenäquivalente.

Eine dynamische Entwicklung kennzeichnete auch das Jahr 2018. Die Anzahl an Regionalen Demokratiezentren wuchs um weitere drei, deren Auswahl und Einrichtung die Fachstelle begleitete. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg verfügt somit landesweit über acht Regionalen Demokratiezentren. Das Netzwerk von Honorarkräften, die für die Fachstelle landesweit Angebote für Jugendliche umsetzen und in die Fläche bringen, wuchs auf ca. 50 Personen. Mit der Akademie der Diözese der Rottenburg-Stuttgart, dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg und der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg wurde ein landesweiter Fachtag durchgeführt. Auf Grund der hohen Nachfrage wurden im Rahmen des modularen Qualifizierungsangebots zwei Einführungsmodule mit 110 Teilnehmenden durchgeführt. Die Anzahl der mit Workshops, Vorträgen und Planspielen erreichten Jugendlichen lag bei 6.442 (in 260 umgesetzten Angeboten). Bei den Fachkräften betrug die Zahl der Teilnehmenden 1.685.

Aufgrund der hohen Angebotsnachfrage und eines damit verbundenen deutlich gestiegenen Administrationsaufwandes erfolgte Jahr 2019 eine Umstrukturierung der Fachstelle. Erstens wurde die Koordination der acht Regionalen Demokratiezentren ausgegliedert und mit einem eigenen Budget ausgestattet. Zweitens wurde das Angebotsmanagement durch die Einführung eines online-basierten Anfrage- und Administrationstools und durch eine geänderte personelle Aufgabenverteilung professionalisiert. Bei unverändertem Budget verteilten sich die personellen Ressourcen auf die Bereiche Projektleitung (100%), Organisationsmanagement (40%) und Angebotsmanagement (70%). An den vier in diesem Jahr durchgeführten Qualifizierungsmodulen, darunter zwei Einführungsmodule, nahmen 135 Personen teil. Inhaltlich begann die Entwicklung und Realisierung eines Qualitätssicherungskonzeptes für die landesweite Umsetzung von Angeboten. In 33 von 44 baden-württembergischen Landkreisen hat die Fachstelle in 2019 25 Angebote für Fachkräfte und 390 Maßnahmen für Jugendliche umgesetzt.

Seit Einrichtung der Fachstelle PREvent!on ist von Jahr zu Jahr eine stetige und starke Zunahme der Nachfrage von Angeboten zu verzeichnen. Ein wesentlicher Motor dieser Entwicklung sind die Regionalen Demokratiezentren und der mit ihnen vollzogene Paradigmenwechsel von einer Hol- zu einer Bringstruktur. In dem Maße, in dem sich die Regionalen Demokratiezentren in den Regionen vernetzen, Bedarfe identifizieren und Angebote der Fachstelle offerieren, steigt die Nachfrage in den Zielgruppen. Als förderlich erweist sich dabei die themenbezogene und stetige Vernetzung der Regionalen Demokratiezentren in den jeweiligen Regionen. Organisatorisch steht die Fachstelle vor der Herausforderung, die steigende Nachfrage zu bedienen. Dabei profitiert die Fachstelle von bestehenden Strukturen und einer langjährigen Erfahrung der Jugendstiftung sowie anderer dort angesiedelter Fachstellen.

Aus Perspektive der Jugendstiftung hat die Fachstelle die in sie gesetzten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern die Projektverantwortlichen bewerten deren Arbeit als Fundament für eine strategisch sehr wichtige Weiterentwicklung im Bereich der Extremismusprävention. In der Retrospektive hat es sich als sehr zielführend erwiesen, zunächst zielgruppenadäquate Angebote zu entwickeln und auf diesem fachlichen Fundament dann entsprechende Strukturen für deren Dissemination aufzubauen. Ohne die Fachstelle PREvent!on wäre die Entwicklung, Etablierung und Koordination von regionalen Kompetenznetzwerken vor Ort, wie sie die Regionalen Demo-

kratiezentren darstellen, nicht möglich gewesen. Nach einer Phase der sehr dynamischen Entwicklung und des Wachstums wird aktuell der Konsolidierung besondere Bedeutung beigemessen.

Die Vernetzung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure, wie sie die Fachstelle PREvent!on und das Demokratiezentrum leisten, ist auch aus Sicht des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) unverzichtbar, u.a. um Anzeichen von Radikalisierung rechtzeitig erkennen zu können. Dabei ermögliche der landesweite Aufbau von Beratungsstrukturen insbesondere die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Als vielversprechender Ansatz wird die bürgernahe Ausrichtung mit niederschweligen Beratern/-innen vor Ort und mit speziellen, kostenlosen und den lokalen Bedürfnissen anpassbaren Angeboten für Fachkräfte und Interessenten angesehen.

Im Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg liegt die Zuständigkeit für das Demokratiezentrum beim Referat für Interkulturelle Angelegenheiten und Antidiskriminierung. Die Arbeit des Demokratiezentrums im Allgemeinen und der Fachstelle PREvent!on im Speziellen werden als wichtige Teilbereiche der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Teilhabe angesehen. Die mit den Regionalen Demokratiezentren verfolgte Strategie der Stärkung von Regelstrukturen gilt dabei als ein wichtiger Ansatz. Der Aufbau lokaler und regionaler Netzwerke ermögliche die Stärkung der Beziehungen zwischen den Akteuren und die Berücksichtigung konkreter Bedarfe vor Ort. Zudem würden mit dem Ansatz eine große Breitenwirkung erzielt und Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit im Aufbau lokaler Kompetenzen und Strukturen geschaffen. Eine besondere Stärke des zivilgesellschaftlichen Trägers wird im Zielgruppenzugang gesehen, der für staatliche Akteure vielfach nicht gegeben sei.

Auf Landesebene bestehe zudem ein guter Kontakt zwischen den Akteuren, sodass die Angebote etwa von konex, des Demokratiezentrums oder der Landeszentrale für politische Bildung den anderen Institutionen jeweils bekannt seien und je nach Bedarf vor Ort passgenau vermittelt werden können.

5. Prozessevaluation

Wie im vorherigen Abschnitt dargestellt, hat die Fachstelle in den letzten Jahren eine stetig gestiegene Anzahl von Jugendlichen und Fachkräften erreicht, ihr modulares Qualifizierungsangebot ausgebaut und Teilnehmende gewonnen. Über diesen Aspekt der Zielgruppenerreichung hinausgehend stellt sich die Frage, wie diese Adressaten die jeweiligen Leistungen und Angebote einschätzen und bewerten. Direkte Zielgruppen der Fachstelle PREvent!on sind Mitarbeitende regionaler Demokratiezentren sowie kommunale Berater/-innen. Diese sollen für ihre jeweiligen Aufgaben gewonnen und qualifiziert werden. Es stellt sich daher die Frage, ob und wie diese Zielgruppen erreicht werden, inwieweit sie an den vorgesehenen Maßnahmen

teilgenommen haben und wie sie diese mit Blick auf die ihnen zugedachten Aufgaben und Funktionen bewerten.

Ergebnisse der leitfadengestützten Interviews mit Mitarbeitenden regionaler Demokratiezentren und der schriftlichen Befragungen kommunaler Berater/-innen lassen Rückschlüsse auf Leistungen der Fachstelle PREvent!on für die Zielgruppen und auf deren Bewertungen dieser Leistungen zu.

Kommunale Berater/-innen

Zunächst erscheint fraglich, wie es gelingt, geeignete Interessierte für die Aufgaben als Berater/-in zu rekrutieren. Mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe sind Belastungen verbunden, denen auf den ersten Blick keine Vorteile dieser ehrenamtlichen Tätigkeit gegenüberstehen. Diese Belastungen entstehen u.a. durch die Ausbildung und die Ansprechbarkeit der Berater/-innen in der Kommune.

Gewinnung

Im Folgenden wird dargestellt, wie kommunale Berater/-innen auf diese Funktion aufmerksam geworden sind, welche Motive sie hatten, entsprechende Qualifikationsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und wie sie die Angebote und Maßnahmen der Fachstelle einschätzen.

Kennzeichnend für die beruflichen Hintergründe der kommunalen Berater/-innen sowie deren institutionelle Anbindung sind verschiedene Themenbezüge, die Vernetzung der Berater/-innen vor Ort sowie in vielen Fällen eine berufliche Tätigkeit aus dem Bereich der Jugendbildung oder Jugendsozialarbeit. Das Spektrum der beruflichen Hintergründe umfasst Tätigkeiten im Jugend- und Sozialamt, als Bildungsreferentin beim Kreisjugendring, als Integrationsmanagerin in der Stadtverwaltung, im Jugendmigrationsdienst, in der Jugendsozialarbeit an Schulen, in der Sozialbetreuung geflüchteter Menschen beim Amt für Migration und Flüchtlinge, als Integrationsmanager bei der Stadtverwaltung, im Verein für Jugendhilfe, bei der Koordinierungs- und Fachstelle einer kommunalen Partnerschaft für Demokratie sowie in der freiberuflichen Arbeit als Psychologin.

Auf die Tätigkeit der Berater/-in wurden die Befragten durch Fortbildungsveranstaltungen, durch Empfehlung Dritter (Kollegen etc.) sowie auf Grund eigener Recherchen aufmerksam. In mehreren Fällen war die Qualifizierung auch Voraussetzung im Bewerbungsverfahren für das Regionale Demokratiezentrum.

Bei der Motivation, eine Qualifizierung als Berater/-in zu erwerben, dominierte der Wunsch, sich Fachwissen zum Thema religiös motivierte Radikalisierung für die eigenen beruflichen Tätigkeiten anzueignen.

Erweitertes Wissen bzgl. religiös begründeter Extremismus, für meine berufliche Praxis. Wie kann ich in meinem Arbeitsalltag präventiv agieren, wenn ich Radikalisierungstendenzen erkenne? Welche Netzwerkpartner gibt es? (BP⁷ 7)

Unwissenheit in dem Feld und meiner Klientel. (BP 9)

Das Interesse an diesem Themenfeld ist durch die langjährige Arbeit mit Kindern – und Jugendlichen mit verschiedenster kultureller Ausprägung auf meiner Seite sehr groß!! Zudem wurde es in den letzten Jahren immer deutlicher, dass Kinder – und Jugendliche durch das Netz ungefiltert Zugang haben zu den extremsten Positionen und in diesem Themengebiet ein größeres präventives Angebot an Schulen, in der Jugendarbeit etc. umgesetzt werden sollte. (BP 4)

Ich erhoffte mir Fachwissen und Handlungswissen. Das neu erworbene Wissen wollte ich sowohl als Multiplikatorin in mein Team der Jugendsozialarbeit an Schulen als auch in die Schulen transportieren. Ich sehe gerade an Schulen einen hohen Bedarf für Sensibilisierung durch Präventionsangebote für SuS aber auch für Lehrkräfte. (BP 11)

Kenntnisse bzgl. religiös begründeter Extremismus, für meine berufliche Praxis. Das ich beispielsweise besser erkenne, wann und wie sich jemand radikalisiert und wie ich hier agieren kann bzw. auch präventiv wirksam sein kann. (BP 8)

Großes persönliches Interesse am Thema. Überzeugung, dass das Thema große Relevanz in der nahen Zukunft hat. (BP 1)

Es ist mir ein Anliegen die jungen Menschen mit ihren Erfahrungen in ihrer Identitätsentwicklung nicht alleine zu lassen. Denn gerade in dieser Phase sind sie auf der Suche nach Sinn und Zugehörigkeit. Es bedarf innerschulischer und außerschulischer Räume, in denen ihre Erfahrungen thematisiert werden. Diese gilt es zu schaffen bzw. auszubauen. (BP 5)

Ich finde das Konzept sehr überzeugend und möchte gern dazu beitragen, es zu erproben und weiterzuentwickeln. (BP 10)

Die Motive der Befragten für die Ausbildung als Berater/-in zeigen deutlich, dass in verschiedenen Professionen (Schule, Schulsozialarbeit, Kommunalverwaltungen, soziale Arbeit etc.) ein hoher Informationsbedarf zum Thema der religiös motivierten Radikalisierung besteht. In unterschiedlichen Berufsfeldern stehen Menschen vor dem Problem, konservative religiöse Ansichten von Anzeichen einer religiösen Radikalisierung unterscheiden zu müssen. Ebenso schwer ist bestimmtes alterstypisches Abgrenzungs- und Protestverhalten adoleszenter Jugendlicher von beginnenden Radikalisierungsprozessen zu differenzieren. Gerade in Bezug auf islamistische Radikalisierung bestehen weitverbreitet Informationsdefizite und Verunsicherung. Bedarfe

⁷ Zitate aus den Befragungen und Interviews sind mit einem Hinweis auf die jeweilige Quelle versehen (BP = Befragte Person).

in der Zielgruppe müssen insofern nicht erst geweckt werden, sondern sind verbreitet vorhanden. Sensibilisierungs-, Informations- und Qualifikationsangebote der Fachstelle PREvent!on bedienen das Bedürfnis nach Kompetenzerwerb in den Zielgruppen. Diese intrinsische Motivation von Menschen aus der Berufspraxis erleichtert aus Sicht der Fachstelle die Akquise von Personen, die sich als Berater/-in qualifizieren möchten.

In vielen Fällen haben die Schulungsteilnehmenden vor ihrer Qualifikation als Berater/-in oder parallel dazu an weiteren Aus- und Fortbildungen mit Themenbezug zum Extremismus teilgenommen. Mit Bezug zum religiös motivierten Extremismus waren dies z.B. folgende Angebote:

Interne Schulungen / Vorträge im Rahmen meiner Arbeit durch meinen Arbeitgeber. Workshops von ufuq (aus Berlin) und Islamwissenschaftler. (BP 3)

Diverse Fachtage des DZBW. (BP 6)

Kommunale Islamberatung mit Dr. Hussein Hamdan, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Geplant: Fortbildung „KISSES: Instrument der pädagogischen Diagnostik“ des Violence Prevention Networks. (BP 10)

Antimuslimischer Rassismus und Prävention religiös begründeter Extremismus-wie positioniert sich die Jugendsozialarbeit, Trainer für interkulturelle Kompetenz; Islam im Plural (3 Tage). (BP 1)

Haltung stärken! Gemeinsam gegen Extremismus-Radikalismus-Rassismus“, „Islamistischer Extremismus. (BP 11)

Weitere Fortbildungsmaßnahmen hatten schwerpunktmäßig das Thema Rechtsextremismus in verschiedenen Facetten zum Gegenstand:

Digital2020: die Attraktion des Extremen – Radikalisierungsprävention im Netz, Umgang mit Rassismus an der Schule, Umgang mit Antisemitismus an der Schule, Know Hate Crime, Empowerment und Bewältigung von Opfererfahrungen, Systemisches Konfliktmanagement an Schulen, Umgang mit demokratiefeindlichen Heimat- und Identitätskonstruktionen. (BP 11)

Die extreme Rechte heute. (BP3)

Demokratie stärken und leben, Argumentationstraining gegen Rechts, Schulung zum Mentorenprogramm Vielfaltcoach, Multischulung für die Workshops „Mein.Dein.unser“, „Die sind anders als wir! Rassismus im Alltag“, „Straight Ahead“, Argumentationstraining gegen Rechts. (BP 4)

Einführung in die extreme Rechte heute, Vertiefung zur extrem Rechten heute. (BP 9)

Einführung in die extreme Rechte heute. (BP 11)

Diese neben der Weiterbildung als Berater/-in erworbenen Qualifikationen zeugen von einer hohen Motivation der Teilnehmenden, sich mit dem Thema des religiös motivierten Extremismus sowie anderen Formen von Extremismus auseinanderzusetzen. Auf Basis solcher ergän-

zenden Fortbildungsmaßnahmen können kommunale Kontaktpersonen in einigen Fällen bereits jetzt oder in mittelfristiger Perspektive in noch höherem Maße ihre Aufgaben der Sensibilisierung, Information, Aufklärung und Beratung auch in anderen Extremismusbereichen wahrnehmen.

Bewertung der Qualifizierungsmaßnahmen

Einschätzungen der Teilnehmenden lassen eine Bewertung der Qualifizierungsmodule im Hinblick auf deren Umfang, die darin behandelten Themen sowie die Gestaltung der Fortbildungsangebote zu. Insgesamt werden die genannten Aspekte von den Teilnehmenden durchgehend positiv bewertet.

Im Hinblick auf den vergleichsweise großen **Umfang** der für kommunale Berater/-innen verbindlichen Fortbildungen sind gegensätzliche Bedarfe zu berücksichtigen. Auf der einen Seite bedarf es eines bestimmten zeitlichen Aufwandes für die erfolgreiche Vermittlung der erforderlichen theoretischen Inhalte und praktischen Anwendungsbeispiele. Andererseits sind die Teilnehmenden berufstätig und müssen die Module über einen Zeitraum von zwei Jahren mit ihren beruflichen und privaten Belangen und Interessen in Einklang bringen können. Sind die mit der Qualifikation verbundenen zeitlichen Belastungen zu groß, kann dies die Attraktivität des Qualifikationsangebotes für die Zielgruppe beeinträchtigen. Diesen ambivalenten Ansprüchen nach hinlänglicher inhaltlicher Tiefe und praktischen Übungen einerseits sowie einer zumutbaren zeitlichen Belastung andererseits werden die Qualifikationsmodule nach Einschätzung der Teilnehmenden im Wesentlichen gerecht, wie die folgenden Aussagen illustrieren. Positiv hervorgehoben werden dabei insbesondere die berufliche Vereinbarkeit, eine gelungene Kombination von theoretischen und praktischen Schulungsinhalten sowie deren praktische Relevanz für den Berufsalltag der Teilnehmenden.

Die [inhaltliche] Tiefe war/ist für meine Arbeit ausreichend. Ist bestens mit meinem Beruf vereinbar, da als Qualifizierung notwendig. (BP 3)

Fortbildungsmodule eignen sich sehr gut um direkt in die praktische Präventionsarbeit (an der Schule) einzusteigen. Umfang war gut, für tiefere Informationen ist es auch okay sich selbst weiterzubilden (Literaturtipps). (BP 5)

Voll zufrieden stellend!! (BP 4)

Könnte noch umfangreicher sein und noch mehr in die Tiefe gehen. Auch könnte man noch mehr Praxisbeispiele für die Beratung durchsprechen. Generell würde ich mir eine intensivere und längere Weiterbildung wünschen. (BP 11)

Gut, umfangreich. (BP 9)

Mit dem Beruf vereinbar, aber mit der Familie nicht so gut – lieber mehr Wochenendseminare (dann muss Partner im Zweifel nicht Urlaub nehmen). Letztendlich könnte es immer mehr in die Tiefe gehen. Und dann liegt es auch an den Referenten, wie viel man daraus mitnehmen kann. (BP 10)

Durch die aufbauenden Module gut strukturiert. Ausreichende Wissensvermittlung – gute Balance zwischen Theorie und Praxis, auch in die Tiefe gehend. Durch diese Qualifizierung konnte ich mir notwendiges Wissen aneignen und sehr gut in die Berufspraxis integrieren. (BP 7)

Absolut mit dem Beruf vereinbar. Habe ein gutes Wissen aneignen können, dass mir beruflich viel Know-how mitgeben konnte. Gute Balance zwischen Theorie und Praxis, auch in die Tiefe gehend. (BP 8)

Mit dem Beruf vereinbar. (BP 6)

Voraussetzungen, Wünsche und Bedarfe der Teilnehmenden differierten zum Teil in Bezug auf Umfang und Themen der Module. Während einige Teilnehmende zuvor in anderen Bereichen der sozialen Arbeit tätig gewesen sind, hatten andere Islamwissenschaften studiert und verfügten über entsprechende Vorkenntnisse. Abhängig von ihren Vorerfahrungen und beruflichen Hintergründen wünschten sich die Teilnehmenden mehr oder weniger umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen. In einigen Fällen lagen Bedarfe eher in grundsätzlichen thematischen Einführungen, während beim Vorliegen entsprechender Grund- und Spezialkenntnisse eher der Wunsch nach spezielleren Vertiefungsthemen geäußert wurde.

Die Auswahl der Themen gab einen guten Überblick über die Situation und Islam, Islamismus und Salafismus in der BRD. Thematisiert wurden auch die Radikalisierung bzw. die Wege in die Radikalisierung. (BP 3)

Auswahl der Themen war gut, sie sind absolut relevant. (BP 8)

Die Auswahl der Themen ist gut aufeinander abgestimmt. Die einzelnen "Bausteine" machen die Qualifizierung vollständig. Ich habe gerade nicht den Eindruck, dass ich einen Bedarf an weiteren Themen habe, bzw. dass ein Thema fehlt. Bei Bedarf kann dies immer geäußert werden. (BP 7)

Gut. (BP 10) (BP2)

Die Themen waren interessant und für die Arbeit relevant. Generell gibt es aber noch so viele Themenbereiche die interessant und relevant wären. (BP 11)

Die Ausbildungen haben mir gut geholfen, in das Feld hinein zu kommen, bei Bedarf an weiteren Informationen werde ich vom DZBW gut unterstützt. (BP 6)

Voll zufrieden stellend!! (BP 4)

Insgesamt waren die Teilnehmenden auch mit den Inhalten, der Themenwahl sowie der modularen Abstimmung der Qualifizierungsmodule sehr zufrieden. Zum einen schätzten sie die Relevanz der vermittelten Inhalte für ihre Tätigkeit als Berater/-in als hoch ein. Zum anderen sahen sie sich gut in das Thema der religiös motivierten Radikalisierung eingeführt und als gut für ihre Tätigkeit qualifiziert an. Dementsprechend wurden nur wenige **thematische Ergänzungsvorschläge** gemacht.

„Auch anderen (religiösen) Extremismus als den muslimischen ins Auge nehmen (Freikirchen, Sekten aber auch Ausländerextremismus). Rechtliches Modul (Persönlichkeitsrechte, Meldepflichten, Jugendschutz etc.). (BP 5)

Aktuelle Situation und neue Faktoren/ Erkenntnisse fehlen mir. (BP 9)

Mit Blick auf die **Gestaltung** und **methodische Durchführung** der Qualifizierungsmodule betonten die Teilnehmenden ein gelungenes Verhältnis theoretischer Inputs und praktischer Übungen. Weitere Aspekte betrafen u.a. die Verständlichkeit der Inhalte sowie die als hoch eingeschätzte Qualifikation der Referenten.

War wirklich super alles, qualifizierte Referenten, viel Raum für eigene Fragen. (BP 5)

Die Gestaltung der Workshops bot eine gute Balance (in doch gedrängter Zeit) die nötigen Inhalte zu vermitteln und ein gutes Verhältnis von theoretischem Input und praktischer Mitarbeit zu schaffen. (BP3)

Immer sehr gut organisiert in jeder Hinsicht! (BP 4)

Gut bisher. (BP 9)

Die Vermittlung des Wissens war verständlich. Evtl. könnte man noch mehr Übungen im Bereich Beratung, bzw. Vermittlung von Fachwissen machen. (BP 11)

Die Module sind sehr verständlich aufgebaut. Nach der Wissensvermittlung werden praktische Übungen durchgeführt – was die Thematik gut veranschaulicht. Im Anschluss besteht immer die Möglichkeit der Diskussion. Die Art der Vermittlung ist stets freundlich und kompetent. Die Mitarbeiter_innen des Demokratiezentrum nehmen Anregungen wahr und setzen diese zeitnah um (falls möglich). Rahmen für Verbesserungsmöglichkeiten bzw. -ideen vorhanden. (BP 7)

Hm, liegt wieder an den Referenten. Je nachdem eben. (BP 10)

Die praktischen Übungen waren für mich hilfreich. (BP 6)

Die Module sind sehr verständlich aufgebaut. Die Art der Vermittlung ist auch sehr gut. (BP 8)

Die genannten Bewertungen verschiedener Aspekte der angebotenen Qualifikationsmodule flossen zusammen in eine subjektive Einschätzung der Teilnehmenden dazu, wie gut sie sich auf ihre **Tätigkeit als Berater/-in vorbereitet** sahen. Neben einer angemessenen Ausbildung sahen die Befragten aber auch andere Faktoren, wie eine gute Vernetzung im Sozialraum, als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit in dieser neuen Funktion an.

Ich kann nur sagen, dass ich mich als Respekt Coach in dem Bereich religiös begründeter Extremismus gut auskenne und viele Erkenntnisse der Fortbildung direkt in meine Arbeit einfließen lassen kann. Für die Präventionsarbeit an der Schule spielen natürlich auch noch andere Themen eine Rolle (Demokratiestärkung, Umgang mit Diskriminierung, Empowerment, Selbstwirksamkeit etc.). Inwieweit ich konkret als Kommunalen Berater aktiv werden kann, weiß ich noch nicht. Ein Modul steht

auch noch aus: Deradikalisierung. Ich bin zur Zeit aber auch als Referent für das Demokratiezentrum im Einsatz (Workshop Straight Ahead). (BP 1)

Ich fühle mich auf die Aufgabe der kommunalen Beraterin sehr gut vorbereitet. (BP 7)

Es war für mich gut, die ersten beiden Beratungen im Tandem mit einem erfahrenen Kollegen machen zu können. (BP 6)

Ausreichend. (BP2)

Da die Module Systemische Beratung und Kontaktperson Derad noch anstehen, fühle ich mich bisher gut vorbereitet. Die Aufgaben hängen auch von der Initiative der jeweiligen Berater/-in ab, das ist deutlich geworden. Wie sehr vernetzt sie sich in ihrer Region, wie sehr macht sie sich und ihr Angebot bekannt? (BP 10)

Beim Erkennen von Narrativen gut, einiges muss aufgefrischt werden. (BP 9)

Sehr gut. (BP 4)

Nach 2 Modulen würde ich mich nicht als Experte bezeichnen. Trotz der Weiterbildung muss ich mir durch Fachliteratur und weitere Fortbildungen noch mehr Fachwissen aneignen. Ich würde mir daher vertiefende Seminare wünschen. (BP 11)

Ich habe gutes Basiswissen. Dies gilt es, in der Praxis weiter zu entwickeln. (BP 3)

Ich fühle mich auf meine Aufgabe gut vorbereitet. (BP 8)

Im Grundtenor kamen die Teilnehmenden zu der Einschätzung, dass ihnen im Rahmen der verbindlichen Qualifikationsmodule ein gutes Basiswissen vermittelt wurde. Damit fühlten sie sich für Aufgaben als kommunale Berater/-innen angemessen gerüstet. Zugleich gingen die Befragten davon aus, das erworbene Wissen zukünftig durch praktische Erfahrungen und gezielte Fortbildungen anreichern zu können.

Dementsprechend ist für kommunale Berater/-innen die Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung pro Jahr verbindlich vorgesehen. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg sowie die Fachstelle PREvent!on bieten dazu einen Fundus an Fortbildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen an.

Als Ziele ihrer zukünftigen Tätigkeit als Berater/-in erwähnten die Teilnehmenden u.a., Radikalisierungsprozesse in ihrem eigenen beruflichen Wirkungskreis zu erkennen und zu bearbeiten, sich in der Kommune bekannt zu machen, zu vernetzen und als Ansprechpersonen zu fungieren, im Bedarfsfall an die Fachstelle oder das Demokratiezentrum Baden-Württemberg zu verweisen sowie über das Thema zu informieren und Multiplikatoren zu sensibilisieren.

Als Kontaktperson zu agieren, Radikalisierungstendenzen im Berufsalltag rechtzeitig zu erkennen und präventiv dagegen vorzugehen. Wissen bzgl. Islam, Radikalisierung, Prävention und Deradikalisierung in Workshops oder Vorträgen zu vermitteln. Ersteinschätzungen vorzunehmen, falls die Vermutung einer Radikalisierung (religiös begründet) vorliegt. Netzwerkarbeit. (BP 7)

Ich denke es geht immer darum, den Gemeinschaftssinn zu stärken, die Menschen zusammen vor Ort ins Gespräch zu bringen und damit Vorurteile und Ausgrenzungen zu verhindern. Bei Jugendlichen denke ich, ist es zudem sehr wichtig, sie im Bereich der Medienpädagogik gezielt zu schulen. (BP 1)

Im Landkreis bekannter zu werden und Institutionen den Mut vermitteln, uns bei Vorkommnissen anzufragen. (BP 6)

Netzwerkarbeit, Vermitteln von Angeboten und Knüpfen von Kontakten. (BP 2)

Ansprechperson und als solche bei den relevanten Stellen bekannt sein. Unsicherheiten etwas entgegensetzen können und zu einem guten und von unbegründeten Sorgen freien Miteinander beitragen. Im Zweifel an die zuständige und qualifizierte Stelle weiterverweisen können. (BP 10)

Gefährder erkennen, resozialisieren. (BP 9)

Wissensvermittlung zur Thematik (religiös und auch politisch begründeter Extremismus) und Ansprechpartner vor Ort mit dem Wissen um die richtigen Stellen, wenn Fachwissen gefragt ist. Des Weiteren als Vermittler zwischen „Fall“ und Konnex bei Deradikalisierung. (BP 3)

Radikalisierungstendenzen im Berufsalltag rechtzeitig zu erkennen und präventiv dagegen vorzugehen. Wissen bzgl. Islam, Radikalisierung, Prävention und Deradikalisierung in Workshops oder Vorträgen zu vermittelt [...]. (BP 8)

Ein Ansprechpartner vor Ort sein, Präventionsangebote zur Hand haben, gut im Landkreis vernetzt sein. (BP 4)

Zugang zum Schulsystem schaffen. Workshops an Schulen bewerben und für Klassen organisieren. Ansprechpartner für Schulen und andere Kooperationspartner bei Fragen zum Themenbereich religiös begründetem Extremismus, sowie die Weitervermittlung zu andern Fachstellen. (BP 11)

Je nach beruflichem Hintergrund sahen die Teilnehmenden vielfach ihre jeweiligen Kollegien, Klientinnen und Klienten sowie Kinder und Jugendliche (in Schulen) als erste **Zielgruppen** an. Von dort aus galt es dann den eigenen Wirkungskreis in die Kommunen zu erweitern.

*Schüler*Innen und Jugendliche aber auch andere Zielgruppen, wie bspw. perspektivlose muslimische Geflüchtete. Ich denke auch, dass zunehmend das Thema Freikirchen eine Rolle spielen wird (hierbei geht es weniger um Terrorismus aber sehr wohl auch um demokratiefeindliche Einstellungen). (BP 1)*

Meine Klienten, Ehrenamtliche, Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, Kolleginnen und Kollegen. (BP 8)

Schulen, Gemeinden, Vereine. (BP 6)

Die Akteure im Schulsystem insbesondere Kinder und Jugendliche, Lehrkräfte, Eltern, aber auch Kooperationspartner wie z.B. öffentliche Jugendhilfeangebote. (BP 11)

Kinder – und Jugendliche, aber auch alle Fachkräfte, die mit dieser Zielgruppe arbeiten in Schulen, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Eltern! (BP 4)

*Multiplikator*innen (BP 2)*

Meine Klientel, Mitarbeiter und Kolleg_innen, Ehrenamtliche, Netzwerkpartner.

(BP 7)

*Schüler*innen und alle anderen Akteure im schulischen Umfeld, allgemein junge Menschen. (BP 3)*

*Bewohner in der Flüchtlingsunterkunft, Kolleg*innen beraten. (BP 9)*

Pädagogisches Personal. (BP 10)

Regionale Demokratiezentren

Die Mitwirkung bei der Ausschreibung, Auswahl, Einrichtung, Qualifizierung und Unterstützung Regionaler Demokratiezentren (RDZ) ist seit 2017 ein Arbeitsschwerpunkt der Fachstelle PREvent!on. Bis 2019 konnten acht RDZ eingerichtet werden, die thematisch die Arbeitsschwerpunkte des Landesdemokratiezentrum (Rechts- und religiös motivierter Extremismus sowie Betroffene rechter Gewalt) auf regionaler Ebene abbilden sollen. Sie fungieren als regionale Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentren im Handlungsfeld Extremismus, präventive Bildungsarbeit und Demokratieförderung. Die Regionalen Demokratiezentren sensibilisieren Akteure in den Kommunen für diese Themen, stehen als Ansprechpartner zur Verfügung, machen aktiv die Angebote des Demokratiezentrum bekannt, unterstützen Akteure bei der Umsetzung von Angeboten, Fachtagen und bei der Weiterbildung von Mitarbeitenden. Die Angebote werden entweder direkt von den Mitarbeitenden der Regionalen Demokratiezentren, durch eine der landesweiten Fachstellen des Demokratiezentrum oder durch das Hinzuziehen von Referenten und Referentinnen aus dem Bereich der Extremismusprävention umgesetzt. Die Regionalen Demokratiezentren stehen zudem im Austausch mit weiteren staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort und versuchen eine kommunale Präventionsstrategie auf den Ebenen der pädagogischen Arbeit und auch auf politischer Ebene zu etablieren. Dabei gehen sie von den konkreten Problemstellungen vor Ort aus. Um eine solche Strategie zu etablieren und um Betroffene und Beratungssuchende zu unterstützen, benötigt es eine möglichst breite Vernetzung in den Städten und Gemeinden. Kriterien für die Auswahl von Bewerbern für die Einrichtung eines RDZ sind daher u.a. eine vorhandene Vernetzung in den jeweiligen regionalen Sozialräumen und bestehende Themenbezüge.

Für die Evaluation stellen die Mitarbeitenden der RDZ wichtige Informationsquellen dar, um Hinweise auf die Rahmenbedingungen, Erfolgsfaktoren und Probleme für die Arbeit der RDZ zu erhalten und diese für die weitere Entwicklung der RDZ nutzbar zu machen. Darüber hinaus liefern die Befragungen Informationen darüber, wie die Mitarbeitenden der RDZ verschiedene Leistungen der Fachstelle PREvent!on bewerten. Dazu zählen etwa Aspekte des Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahrens, die Teilnahme an Qualifikationsmaßnahmen sowie Unterstützungsleistungen für die RDZ.

Zu diesem Zweck wurden mit Mitarbeitenden aller RDZ leitfadengestützte Experteninterviews geführt, die zwischen 30 und 100 Minuten dauerten.

In der Praxis weisen die **institutionelle Anbindung** der RDZ sowie **die professionellen Hintergründe** der Mitarbeitenden eine große Bandbreite auf. So sind die Regionalen Demokratiezentren beispielsweise bei verschiedenen städtischen Ämtern, beim Kreisjugendring, dem Kreisjugendreferat des Landratsamtes, dem Stadtjugendausschuss oder bei bestehenden Projekten der Extremismusprävention angedockt. Motiv dieser Institutionen für ihre Bewerbung als RDZ war in vielen Fällen die Wahrnehmung neuer Problemstellungen (Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ab 2015, die Ausreise radikalierter Jugendlicher, die Existenz bestimmter Szenen in der Stadt etc.), zu deren Bearbeitung noch wenig Expertise vor Ort vorhanden war. Als weitere Motive werden etwa die Erschließung zusätzlicher finanzieller Ressourcen oder der Wunsch nach fachlicher Expertise vor Ort genannt.

Es geht ja auch darum, dass der Bedarf groß war, das anzusiedeln. Die Stadt hat riesigen Bedarf. Bei der salafistischen Szene in der Stadt, die ganz schwierig ist. Und die Rechtsradikalen, die Stadt ist bekannt für die Rechtsradikalen. Mein Schwerpunkt bei dieser Arbeit ist die salafistische Szene, weil ein Schüler von mir damals nach Syrien zum IS gegangen ist und das hat mich angekratzt. Auch die Rechts-extremisten sind ein Schwerpunkt, den die Demokratiestelle in den Blick nimmt. (BP 21 #00:02:01-4#)

Wir haben uns den Landkreis sehr genau angeschaut, bevor wir uns überlegt haben diesen Antrag da eben mit dem Landkreis zu stellen [...]. Als wir mitbekommen haben, dass das ausgeschrieben wird, haben wir einfach schon gesagt, wir fänden das ganz, ganz klasse wenn das hier vor Ort kommt, aufgrund gewisser Vorfälle sag ich mal. Wir haben einen ziemlich großen Zustrom gehabt von Flüchtlingen 2015, das hat sich in den Schulen natürlich auch bemerkbar gemacht Da hatten wir, sag ich mal nicht nur schöne Momente, sondern auch viele Problemlagen gezielt zu bearbeiten. Aus diesen Erfahrungen heraus, war uns einfach klar, da wird in Zukunft ganz viel Arbeit auf uns zukommen und deshalb bewerben wir uns. (BP 22 #00:14:22-7#)

In der Stadt existieren bereits viele Angebote. Was z.B. pädagogische Angebote in den Schulen angeht, da sind die Schulen sehr stark aufgestellt und haben sehr viele Angebote, auf die sie zurückgreifen können. Aber was die Beratung angeht, da sieht die Sache anders aus. Da habe ich das Gefühl, das ist ein Punkt der stark ausgebaut werden könnte. Da ist viel Bedarf sowohl was Einzelpersonen angeht als auch was Vereine und Verbände angeht, die Beratung brauchen, um Aktionen in diesem Bereich zu machen oder weil sie in ihren Strukturen Probleme erkennen. Oder weil es Äußerungen von Menschen gibt, die da Stimmung machen oder solche Dinge. Da habe ich das Gefühl, da wird in Zukunft ein großer Bedarf entstehen. (BP 24 #00:22:29-4#)

Man hat damals gemerkt, dass das Thema religiös begründeter Extremismus eben auch in dieser Stadt ein Thema ist und wollte eine Stelle schaffen, die vor allem

Ansprechpartner, Ansprechperson für pädagogische Fachkräfte und Schulen in der Jugendarbeit ist. Das Thema Rechtsextremismus wird hier nicht so problematisch gesehen. Also die Leute haben eher das Vertrauen damit umzugehen. Die Fachkräfte in Schule und Jugendarbeit haben eher das Zutrauen damit umzugehen, im Unterschied eben zu religiös begründetem Extremismus, Islam allgemein. Da sind einfach sehr, sehr viele Unsicherheiten. (BP 25 #00:17:40-9#)

Also jetzt, wo ich ein paar Wochen dabei bin, kriege ich schon mit, dass es immer wieder Fragen oder Problemfälle dazu gibt, zu dem Thema. Und ich denke jetzt werden wir auch mal deutlich machen, dass es eine Anlaufstelle dafür gibt. [...] Es war einfach interessant für den Landkreis eine Außenstelle vom Demokratiezentrum anzusiedeln, weil schon viel Aktivität da ist. Und wir schon weit weg sind auch von allen anderen. Also wir sind halt immer so im Zipfel von Deutschland. Deswegen ist es schon ganz gut, wenn wir uns da auch noch stärken können und ein Teil des Konzepts ist auch, dass wir Multiplikatoren ausbilden und noch mehr Berater. Wir haben schon einige Berater im Kreis, aber dass wir einfach auch die Workshops und anderen Angebote bei uns anbieten können, dass wir dann nicht immer Fachkräfte aus Stuttgart herholen müssen. (BP 23 #00:11:21-9#)

Also ich finde die Grundidee der regionalen Demokratiezentren sehr gut. Das ist genau das, was mir gefehlt hat. Diese Regionalisierung. Dass nicht immer alles in Stuttgart ist, sondern eben in der Breite Informationen da sind. Denn auf dieser kommunalen Ebene wissen die Leute vor Ort am besten wie und wo man ansetzen kann. Man kennt die Strukturen vor Ort, man kennt die Menschen vor Ort, die einzelnen Akteure. Das ist einfach entscheidend, ja um sinnvoll entscheiden zu können. (BP 25 #00:38:10-1#)

Vernetzung

Zu den Aufgaben der RDZ zählt es, die Angebote des Demokratiezentrums in den Städten und Gemeinden bekannt zu machen, als Ansprechpartner bei Verdachtsfällen von Extremismus zu fungieren und die kommunalen Akteure bei der Entwicklung von Präventionsstrategien zu unterstützen. Diese Aufgaben können nur effektiv erfüllt werden, wenn die Mitarbeitenden in den Gemeinden vernetzt und in ihrer Funktion bekannt sind. Bei den primärpräventiven Angeboten des Demokratiezentrums gilt dies in besonderem Maße für die Zielgruppe der Jugendlichen. Um diese zu erreichen, müssen die RDZ Kontakte zu Schulen und Akteuren der sozialen Arbeit herstellen und Vertrauen wecken.

Die RDZ unterhalten in den meisten Fällen verschiedenartige und vielschichtige Beziehungen zum Schulsystem sowie zur Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen. Über diese enge Vernetzung können sie ihre neue fachliche Expertise als RDZ an die Akteure kommunizieren.

Wir sind auch viel dort vor Ort und vernetzen uns. Dort mach ich ganz viel in diesem Präventionsbereich, weil ich durch die Schulsozialarbeit einfach sehr, sehr gut vernetzt bin im Landkreis. Ich habe gute Kontakte zu den Schulen und den Rektoren und da war ich eigentlich ziemlich viel unterwegs. (BP 22 #00:05:22-6#)

Mit dem Ziel, eigentlich ein bürgerliches Bündnis zu schmieden aus Organisationen, wie wir das sind, alle freien Jugendträger dieser Region sind dort Mitglied. Egal ob diakonisch oder von der Caritas, also alle sind da mit drin, die in dieser Region arbeiten. Die Landkreise sind vertreten, die Polizei ist vertreten, ehrenamtliche Kräfte sind mit dabei. (BP 27 #00:37:04-5#)

Also ich bin im Gemeinderat, bin Präventionsratsvorsitzende und habe ein Bürgerbündnis gegründet, ein Bürgerbündnis für Demokratie. Unter anderem darüber kam ich auch in Kontakt mit dem Demokratiezentrum, weil ich einfach mit anderen zusammen gesagt habe, es ist hier zu viel von rechts, was hier in Erscheinung tritt und da wollen wir jetzt einfach aktiv werden. Das war unser Anlass und darüber bin ich auch in Kontakt gekommen mit dem Demokratiezentrum. Mit dem Kreisjugendreferenten hatte ich schon über andere Zusammenhänge, über ein anderes Präventionsprojekt Kontakt. (BP 23 #00:03:15-6#)

Und dann kam eben die Option Demokratiezentrum, weil man sich gesagt hat, wir nehmen die Finanzierung mit, kaufen uns quasi mit ein, dass wir auch noch die anderen Themenfelder mit abdecken müssen. Aber wir haben dann zumindest meine Arbeit darüber gesichert. (BP 25 #00:13:35-0#)

Genau, man darf nicht vergessen, es gibt einen Nachteil, wenn man bei der Stadt ist, muss man manchmal nicken was der Bürgermeister will. Aber zugleich muss man den vorteilhaften Effekt betrachten, dass wenn man irgendwo beim Träger anruft, die froh sind wenn die Stadt sich meldet. Dass die sich eine Kooperation wünschen, das ist ungewöhnlich, das ist nicht oft so. Man ist in seiner Verwaltungsstruktur drin. Das war wichtig und was sogar noch wichtiger war, dass ich bei der Schulsozialarbeit war. Wir haben alle Schulen bei uns in der Stadt gehabt und die Schulsozialarbeit ist auch bei der Stadt angesiedelt und die Stadt ist Träger. Das heißt: Win-Win Situation. (BP 21 #00:10:33-2#)

Durch die Partnerschaften für Demokratie, durch die bestehenden Netzwerke, die wir im Laufe der Jahre eingerichtet haben, war der Verein für Jugendhilfe dafür prädestiniert auch noch diese Stelle einzurichten. (BP 26 #00:07:30-8#)

Was gut war, durch die Vernetzung als Teamleiter und als Inhaber der Demokratiestelle, waren mir andere Zugänge möglich. Z.B. da konnte ich ansetzen, mit dieser Schule konnte ich reden, meine Zugänge, dadurch, dass ich bei der Verwaltung war, bei der Stadt, da hatte ich andere Zugänge als ein freier Träger, der sich das ganze erarbeiten muss. (BP 21 #00:09:31-7#)

Die Vernetzung erwies sich als zeitaufwändig. Wie in den Aussagen der Mitarbeitenden deutlich wird, hat dieser Prozess mehrere Monate in Anspruch genommen und die Arbeit in der Implementierungsphase bestimmt.

[...] wenn ich das von der Pike auf nochmal aufbauen müsste, mit dem und dem und dem arbeiten muss, hätte ich ein Dreivierteljahr gebraucht um die Stelle zu justieren. Aber so ist es mir möglich gewesen für die Stelle einen Bekanntheitsgrad zu entwickeln, dass jeder sie gekannt hat. Ich wurde bei jeder Sozialraumkonferenz eingeladen, beim Ordnungsamt, beim Jobcenter, bei freien Trägern. (BP 21 #00:09:31-7#)

Die ersten vier Monate habe ich einfach nur dazu genutzt, die bestehenden Netzwerke wieder zu aktivieren, oder in einem anderen Kontext zu aktivieren, aber ich würde das schon als gutes Feedback betrachten, dass ich angefragt werde. (BP 26 #00:21:02-8#)

Kooperationspartner

Es kann nicht pauschal gesagt werden, welche kommunalen Akteure und potentiellen Kooperationspartner eine besondere Bedeutung bei der Extremismusprävention haben. Vielmehr ist dies u.a. von den Themen (Rechtsextremismus, religiös motivierter Extremismus) sowie von den jeweiligen Akteurskonstellationen vor Ort abhängig. Kenntnisse der Akteurs- und Trägerstrukturen vor Ort sind für eine gezielte Identifikation und Auswahl potentieller Kooperationspartner sehr förderlich und verkürzen diese notwendige Implementierungsphase.

Trotz lokaler Unterschiede werden die verschiedenen Fachabteilungen der Kommunalverwaltungen, Schulen, Vereine, die Polizei sowie Akteure der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen als besonders relevante Kooperationspartner bezeichnet.

Also Schulen, Verwaltungsabteilungen, Ordnungsamt, ABS, das waren Player. Die Polizei, die Elternvereine, die verschiedenen deutsch-türkischen, deutsch-ungarischen Vereine. Also alle sind zum Zuge gekommen, wo man ansetzen kann [...]. Auch war ich mal in den Kindergarten eingeladen. (BP 21 #00:13:31-2#)

Natürlich ist unser Kooperationspartner der Kreisjugendring, das ist natürlich schon ein wichtiger Kooperationspartner, auch wenn wir Veranstaltungen planen. Aber ansonsten hier im Landkreis bin ich ganz, ganz eng vernetzt mit den Schulsozialarbeitern. Da gibt es immer so ein regionales Treffen. Das Landratsamt ist für uns nicht ganz unwichtig. Vor allem das Amt für Migration und Integration. Dann ist dort auch das Bildungsbüro angesiedelt. Die sind so übergeordnet und für den Kontakt zu Schulen und Bildungseinrichtungen wichtig, auch z.B. Kolping, die machen die ganzen Deutschkurse für Geflüchtete. Die haben in diesem Bereich viel Einfluss und organisieren viel. Das ist auch ein wichtiger Kooperationspartner. Und dann haben wir jetzt noch die die Respekt-Coaches dazubekommen. Von daher ist da jetzt nochmal ein wichtiger Kooperationspartner dazugekommen, weil diese Respekt-Coaches direkt bei bestimmten Schulen vor Ort sind. Und da kooperieren wir jetzt

natürlich ganz eng, weil wenn die direkt in den Schulen sind, können die natürlich ganz anders über die Problemlagen berichten, die sich da einfach so abzeichnen. Und da fragen wir z.B. ganz oft an, "da wäre der und der Workshop, was könnten wir da organisieren?" Auch für die Lehrer. Das macht jetzt so einen Sprung nach oben, wo ich sage die sind ein wichtiger Kooperationspartner. (BP 22 #00:43:39-3#)

Also ganz klar, Stadtverwaltungen, bzw. Ämter für Jugend und Soziales aus den größten Städten des Landkreises. Das sind so die wichtigsten Akteure, würde ich sagen. Weil sie dann wiederum größere Menschengruppen repräsentieren. Also wenn ich eine Integrationsbeauftragte von der Stadtverwaltung da hab, dann weiß ich, da werden meine Infos ziemlich weit gestreut. Genau, dann ganz klar Schullektoren, bzw. da gehe ich eher über die Schulsozialarbeiter, also die Schiene, dass die dann wiederum die Angebote des DZ bei ihren Leiterinnen und Leitern bekannt machen. Es gibt auch so Arbeitskreise, wo ich dann schon das RDZ vorgestellt habe und in diesen Arbeitskreisen sitzen dann einfach mehrere Akteure aus dem sozialen- und Bildungsbereich. Man erreicht dann dadurch einfach größere Zielgruppen, indem man da vor Ort gewesen ist. (BP 26 #00:25:07-3#)

Also man kann da schon mal anfangen mit der Polizei. Mit der Präventionsabteilung der Polizei. Da tauschen wir uns immer mal wieder aus, zu deren Perspektive auf das Thema. Wir besprechen einzelne Gruppierungen, Moscheegemeinden, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Gibt es neue Entwicklungen usw.? Was können wir sagen? [...] Bei der Stadt muss man nochmal differenzieren. Es sind verschiedene Ämter, die für die Schule, die für die Jugendarbeit zuständig sind. Die Organisationsstrukturen innerhalb der offenen Kinder- und Jugendarbeit, da vor allem die Mitarbeitenden-Ebene. Es gibt da den Koordinierungskreis offene Kinder- und Jugendarbeit. Das ist ein enger Partner, wo ich regelmäßig die Arbeit vorstelle und Werbung dafür mache. Die Mitarbeitenden-Ebene im Unterschied zur Leitungsebene. Wir haben mit verschiedenen anderen Gruppierungen, z.B. pro familia Einrichtungen, viel zu tun. Genau, das ist so der Überblick. [...] Also was mir vorhin noch eingefallen ist bei Kooperationspartnern oder Netzwerkpartnern, das sind natürlich auch andere religiöse Gemeinden, also Moscheen, Synagogen usw. Mit denen arbeiten wir hinsichtlich Projekten und Schulklassen zusammen. Die sind auch noch eine wichtige Zielgruppe als Kooperationspartner. [Außerdem] eine psycho-soziale Beratungsstelle, weil wir auch gemerkt haben, dass ganz oft psychische Probleme in Einzelfällen relativ schnell erkennbar sind, wo wir dann einfach weitervermitteln. Also es ist generell ein wichtiger Part, den ich in meiner Aufgabe sehe, noch mehr diese Vernetzung zu anderen Beratungsstellen, zu anderen Themen, Schnittmengen herzustellen. Vielleicht kann man sich gut ergänzen oder austauschen. (BP 25 #00:41:17-1#)

Ressourcen

Für die Aufgabenwahrnehmung der Regionalen Demokratiezentren sind die Träger mit einem Teilzeitstelle von 20% bis 40% eines Vollzeitstellenäquivalents ausgestattet. Nach Einschätzung einiger Mitarbeitenden liegt der faktisch erbrachte Zeitaufwand über diesem Stellenäquivalent, zumindest dann, wenn die Aufgaben in einer als zielführend erachteten Weise erbracht werden.

Eigentlich sind mit diesen 12.500 Euro⁸ die wir bekommen so 20% abgedeckt an Arbeitszeit, man muss ja auch Fahrtkosten dazurechnen, diese ganzen anderen Sachen, die da noch dazukommen. (BP 22 #00:17:42-2#)

Ja gut, ich habe eine 25%-Stelle, das sind 10 Stunden im Monat. Das geht bei mir auch nur deswegen, weil mein anderer Job auch verhältnismäßig flexibel ist und sehr viel in den Abendstunden stattfindet. [...] Das Handy ist meistens offen, wenn ich nicht gerade Beratungen mache oder Vorträge halte. Dann beantworte ich die Fragen auch und sage nicht: Ich habe 10 Stunden und die teilen wir auf in zwei halbe Tage und gut ist. Das geht bei dem Job nicht. (BP 28 #00:00:51-7#)

Also die Stelle ist ja begrenzt gewesen auf 20%. Ich glaube, egal welche Stelle man macht, 50%, 30%, man gibt immer 100% Energie. Und ich finde so eine Stelle, so eine wertvolle Stelle auf eine Art, muss eine ganze Stelle sein. Vor Ort, dass man die Arbeit adäquat und gut arbeiten kann, die Vernetzung gut gestalten kann. (BP 21 #00:09:31-7#)

Also wir zwei machen jetzt die Themen, die das Demokratiezentrum betreffen zu zweit. Wobei mein Kollege 10% hat und ich 30%. (BP 23 #00:06:06-8#)

Es war klar, ich kann keine 50%-Stelle damit ausfüllen, weil ich als Leitungskraft schlicht und einfach zu teuer bin. Gleichzeitig war aber klar, wir wollen diese lang-jährige Expertise weiter behalten und nicht jemand anderen haben, der das dann macht. Weil bei mir eben schon vieles seit Jahren zusammenläuft. (BP 27 #00:55:32-9#)

Fach- und Koordinierungsstelle auf 60% und 20% regionales Demokratiezentrum. (BP 26#00:02:44-3#)

Bewertung des Bewerbungsverfahrens

Eine umfangreiche Arbeitsaufgabe der Fachstelle PREvent!on war in den letzten Jahren die Mitarbeit bei der Ausschreibung, Auswahl und Implementierung der Regionalen Demokratiestellen. Dabei galt es, Interesse auf Seiten der Antragsteller zu wecken, Anforderungen zu formulieren, einen formellen Bewerbungs- und Auswahlprozess zu gestalten und die Einrichtung der

⁸ In diesem Fall handelt es sich um ein zweigeteiltes RDZ, auf die sich die Fördersumme von 25.000 Euro je zur Hälfte verteilt.

RDZ zu begleiten. Fraglich ist – auch im Hinblick auf zukünftige Vergabeverfahren – wie die Antragsteller das Verfahren wahrgenommen haben.

Antragstellungen für Projekte sind ja immer sehr bürokratisch und mit viel Papier verbunden. Aber ich fand jetzt diese Antragsstellung, auch dadurch, dass wir aus der Praxis genug Material hatten, nicht so schwierig und eigentlich auch gut zu bewerkstelligen. (BP 22 #00:15:57-0#)

Sehr transparent war das auf jeden Fall und auch nachvollziehbar, warum die das alles von uns haben wollten. Der Aufwand hielt sich meiner Meinung nach in Grenzen. Wir haben lediglich eine Interessenbekundung gebraucht, einen Antrag und Sachbericht, warum der Landkreis dafür geeignet wäre mit einem kleinen Finanzierungsplan. Im Prinzip war es das auch schon, also das hat sich wirklich in Grenzen gehalten. (BP 26 #00:09:57-4#)

Ich denke alles in allem, die Antragsstellung an sich war sehr unbürokratisch, einfach, unkompliziert, da hatten wir keine großen Probleme. (BP 24 #00:06:39-7#)

Wir haben eine Konzeption geschrieben. Das was wir umsetzen können. Auch mit Schwerpunkten, die ja auch bei jedem ein bisschen anders sind. Wo es Abstimmungsbedarf gibt, weil wir eine andere Konzeption haben als andere Stellen, die erst geschaffen wurden und sich direkt über den Auftrag des Demokratiezentrum definieren. Bei uns steht z.B. noch mit drin, dass wir gerade dabei sind eine Präambel und Verfahrensregeln erst einmal zu entwickeln. (BP 27 #00:57:26-6#)

Nach Einschätzung der Mitarbeitenden ist es der Fachstelle PREvent!on unter Beteiligung der anderen Fachstellen sowie unter der Federführung der Landeskoordinierungsstelle gelungen, einen transparenten Bewerbungs- und Auswahlprozess durchzuführen, wobei insbesondere ein ausgewogenes Aufwand-Nutzen-Verhältnis hervorgehoben wurde.

Bewertung der Qualifikationsmaßnahmen

Die Konzeption und Umsetzung von Qualifizierungsmodulen sowie die Durchführung entsprechender Schulungen sind zentrale Aufgabe der Fachstelle. Zur Beurteilung des Erfolges der Schulungsmaßnahmen kann auf die Einschätzungen der kommunalen Berater sowie der Mitarbeitenden der RDZ zurückgegriffen werden, für die eine Teilnahme an in der Regel obligatorisch ist.

Ich muss sagen, ich fand die Module sehr gut strukturiert, auch inhaltlich. Ich hatte nie das Gefühl ich sitz hier meine Zeit ab und oh je, das ist mir ja eigentlich alles schon so bekannt. Natürlich war es mir nicht ganz unbekannt, aber es war auf jeden Fall nochmal vertiefend, ich kann darauf zurückgreifen. Und was ich wirklich als superklasse empfunden habe war die Gruppe. Wir waren ja um die 20 und das war ein tolles Miteinander, ein toller Austausch, auch, wenn wir selbst etwas erarbeiten mussten. Das kenne ich von anderen Veranstaltungen nicht so in dieser Form. Aber dadurch, dass sich jeder für dieses Thema einfach interessiert und auch

so aus der Praxis kommt, finde ich, hatte man gute Anknüpfungspunkte zum Austausch und zum miteinander Erarbeiten und Ausarbeiten. Und ich muss auch sagen, dass die gut organisiert waren, da gibt es gar nichts und wir hatten immer klasse Referenten. [...] Ja auf jeden Fall, also ich für mich persönlich habe davon sehr profitiert. (BP 22 #00:19:46-2#)

Ich habe mir das so vorgestellt, wie es im Prinzip war, ich fand das super. Ich fand auch den Zeitraum, dass man 2 Jahre Zeit hat diese Qualifizierung abzuschließen, fand ich gut. Weil, wenn man berufstätig ist, ist es ziemlich schwierig so drei Tage am Stück an einem Modul teilzunehmen. Von daher sind zwei Jahre eine angemessene Zeit, fand ich gut. Auch die Inhalte, auch wenn ich nicht aktiv als Beraterin tätig bin, hat mich das weitergebracht. In meinem beruflichen Feld auf jeden Fall. Und die Erwartung so völlig erfüllt [...]. Ich finde das ganz angemessen. Mehr hätte ich nicht leisten können, weniger fände ich glaube ich zu wenig. Von daher finde ich das ganz gut so. (BP 26 #00:12:48-3#)

Die Schulung selbst: Grandios! Ich finde auch spannend, wenn jemand mal von seiner Religion erzählt. [...] Was mir ein bisschen an PREvent!on gefehlt hat, dass mir beim Thema religiös motivierter Extremismus, streng genommen die klerikalen Christen gefehlt haben und die Sekten. (BP 27 #01:23:50-1#)

In begründeten Ausnahmefällen wurde von einer verpflichtenden Teilnahme an den Qualifikationsmodulen abgesehen, wenn vorhandene Qualifikationen im Bereich der Extremismusprävention dem Kenntnisniveau der Schulungen und dem Arbeitsansatz der Fachstelle entsprachen.

Als die Förderung kam für das Demokratiezentrum habe ich mir die Einstiegsmodule mal angeschaut oder das Einstiegsmodul zu dem Thema. Tatsächlich sind wir dann übereingekommen, dass ich jetzt nicht unbedingt alle Module durchlaufen muss, weil sie gesehen haben, wir arbeiten weitestgehend auf dieselbe Art und Weise. Die Analyse der Problemlagen, die Ansätze zu Lösungen zu finden sind alle sehr ähnlich [...] Wir haben aktuell 3 oder 4 Menschen in der Ausbildung zum regionalen Berater, zur regionalen Beraterin im religiös begründeten Extremismus. Da war die Rückmeldung weitestgehend positiv. Also die konnten, meistens auch wie ich islamwissenschaftlich geprägte Menschen, oder aus dem Bereich Kriminologie, die das alles praktisch gut fanden. So viel kann ich sagen. (BP25 #00:09:21-1#).

Neben Inhalten und Format hoben die Teilnehmenden die gute berufliche Vereinbarkeit des modularen Qualifikationsangebots hervor. Bis zu zwei Jahre haben die Aspiranten Zeit, die erforderliche Anzahl von Modulen zu absolvieren, wodurch diese vergleichsweise gut mit beruflichen und privaten Verpflichtungen in Einklang zu bringen ist.

Aufgaben und Ziele des RDZ

Innerhalb der grundlegenden Rahmenzielsetzungen haben die Mitarbeitenden der RDZ Entscheidungsspielraum bei der Auswahl von Initiativen und Vorgehensweisen. Abhängig von den

Rahmenbedingungen, Strukturen und Bedarfslagen vor Ort variieren daher die Akzente in der Auswahl von Zielgruppen, Themenschwerpunkten und vermittelten Angebotsformaten.

Das Ziel, das wir vor Ort haben, ist die Schüler möglichst zu erreichen, Vorurteile abzubauen. Also in der Prävention sehe ich eigentlich wirklich ganz, ganz viel. Aber auch in der Sensibilisierung und Aufklärung von Fach- und Lehrkräften. Das habe ich jetzt in vielen Schulen gemerkt: Es ist wenig Wissen da über diesen Themenbereich. Wir hatten einfach auch schon 3 bis 4 extreme Beispiele an Schulen, wo überhaupt nicht reagiert wurde. Wo es hinterher auch zu unschönen Vorfällen kam. Und Schule, das wissen sie ja, ist eine Institution, die ist nicht ganz einfach zu handeln. Weil Schulen ja auch nicht gerne offen darüber sprechen, dass diese Problemlage bei ihnen existiert. „Also bloß nicht, dann wird das öffentlich und was sagt man dann?“ Das ist sehr, sehr schwierig. Das sehe ich aber auch als eine Hauptaufgabe: Rektoren, Lehrer zu ermutigen das wirklich anzugehen und das nicht unter den Teppich fallen zu lassen. Dass man da halt ins Gespräch kommt, ich will keine Panik verbreiten auf gar keinen Fall. Aber, dass man vielleicht doch angemessen reagieren kann in bestimmten Fällen und das nicht einfach nur totgeschwiegen wird. (BP 22 #00:24:42-8#)

Im Rahmen des RDZ ist die zentrale Aufgabe die Koordination, also Koordinierung von Angeboten des DZ BW im Landkreis. [...] Auf jeden Fall die Arbeit mit Schulklassen, Demokratieförderung in Schulklassen, bzw. Jugendgruppen oder in Teams von Ehrenamtlichen, das ist so mein zentrales Thema. Also Demokratieförderung allgemein. Demokratiebildung in Schulklassen. (BP 26 #00:14:38-2#)

Wir bieten an: Vorträge, Fortbildungen, Workshops für pädagogische Fachkräfte in Schulen und Jugendarbeit. Haben aber eben auch Projektstage und Formate für Schulklassen und Jugendgruppen im Angebot. Was wir darüber hinaus gemacht haben war, dass wir eine Form von Erstberatung gemacht haben. Das wir gesagt haben, Fachkräfte können sich an uns wenden, wenn sie sich Sorgen machen um Schüler, Schülerinnen und so weiter. Wir versuchen erste Einschätzungen zu liefern, Hilfestellung und wenn wir sagen das geht schon über den präventiven Bereich hinaus vermitteln wir dann weiter. (BP 25 #00:02:42-1#)

Also ich sehe persönlich meine Rolle als Anlaufstelle, nicht als beratende Person, das kann ich auch nicht leisten. Ich bin halt auch mit Verwaltungs- und Vernetzungsaufgaben so stark betraut, dass ich das zusätzlich nicht leisten kann, außer in Form einer telefonischen Erstberatung oder einem ersten Klärungsgespräch. Dann aber sehe ich die Vermittlung als eine wichtige Aufgabe an. Welche Beratungsstelle ist für diesen Fall geeignet? Welche Beratungsstelle hat vielleicht auch gerade Ressourcen den Fall zu bearbeiten und das dann zu vermitteln. (BP 24 #00:25:31-1#)

Als RDZ geht es für mich vor allem darum und das müssten wir glaube ich noch stärker machen aus meiner Perspektive, diese Metaebene der Radikalisierung in den Blick zu nehmen. Ob ich jetzt beim Rechtsextremismus oder beim Salafismus

bin oder wie auch immer, dass ich da zumindest ein bisschen sicher bin, ich erkenne zumindest mal das eine oder andere. Aber auch klar zu haben, dass die Logik eigentlich die gleiche ist. Und dass es aus meiner Perspektive der Jugendarbeit darum geht diese Verhältnisse zu verändern.[...] Das ist die andere Aufgabe des RDZ, also quasi nicht nur Kooperationspartner zu suchen, sondern eben auch zu gucken: Was können wir stärken vor Ort? [BP 27 #01:37:29-4#]

Also für mich ist im Moment eigentlich der dringendste Punkt, viele, viele kleine Initiativen die sehr engagiert sind, seien es z.B. Betroffene, die Empowermentgruppen gründen oder seien es auch etablierte Vereine, Träger die eben versuchen in diesem Themenfeld aktiv zu werden, zusammenzubringen, miteinander zu vernetzen. Andererseits diese mit Methoden zu versorgen, damit sie die ganzen Angebote in die Breite tragen können. (BP 24 #00:12:21-1#)

Es ist zumindest ein Teilaspekt, den ich auch über das RDZ zu platzieren versuche. Zu sagen: Extremismusprävention beginnt eben auch da, den Jugendlichen wieder die Räume zukommen zu lassen. Dafür ist es ganz wichtig diese Zugänge, diese Wege in den Extremismus deutlich zu machen. (BP 27 #01:47:51-3#)

Was viel mehr Arbeit macht und wo ich auch viel aktiver bin, ist die präventive Arbeit an Schulen, in Jugendgruppen und so weiter. Das man da Workshops anbietet und Multiplikatoren ausbildet. (BP 28 #00:09:48-6#)

Der erste Schritt wird Sensibilisierung sein. Dass wir mal Angebote machen für Multiplikatoren, die in der Jugendarbeit oder auch in Schulen tätig sind. Dass wir überhaupt mal auf das Thema religiös bedingter Extremismus aufmerksam machen. Also jetzt wo ich ein paar Wochen dabei bin, kriege ich schon mit, dass es immer wieder Fragen oder Problemfälle dazu gibt, zu dem Thema. Und ich denke jetzt werden wir auch mal deutlich machen, dass es eine Anlaufstelle dafür gibt. Ich sehe jetzt auch die Aufgabe in nächster Zeit, dass ich Lehrern, Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Jugendarbeitern Angebote mache. (BP 23 #00:06:06-8#)

Wenn die Leute immer mehr wissen, bei dem kann ich erst einmal anrufen, ohne dass der sagt: Du bist es. Auch die Kollegen vor Ort kann ich erst mal anrufen, das sind erst mal die, die fragen: Was ist denn passiert? Was ist los? Wo können wir Euch helfen? Gerade auch im Sinne von PREvent!on, das wird jetzt die große Aufgabe sein, die Zugänge zu schaffen. (BP 27 #01:42:26-0#)

Arbeits- und Aufgabenschwerpunkte sahen die Mitarbeitenden der RDZ, dem primärpräventiven Ansatz der Fachstelle entsprechend, vor allem in der Sensibilisierung und Aufklärung von Fachkräften und Multiplikatoren insbesondere an Schulen. Sie beabsichtigten damit, grundlegend zum Thema des religiös motivierten Extremismus zu informieren, Schwellenängste abzubauen, die Angebote der RDZ sowie des Demokratiezentrum bekannt zu machen und persönliches Vertrauen zu schaffen.

Es wurden ganz unterschiedliche Wege gewählt, um Zugang zu den Zielgruppen zu erhalten. Das Spektrum reichte von der Durchführung von Fachtagen oder Veranstaltungen über die

Nutzung institutioneller Zugänge bis zur Umsetzung externer Angebote zur Herstellung von Kontakten zu Fachkräften und Schulen. Der Zielgruppenzugang erfolgte jeweils unter Berücksichtigung u.a. der eigenen institutionellen Anbindung und eigener Ressourcen sowie der Akteurskonstellationen und Bedarfe vor Ort.

Also mittlerweile habe ich den Eindruck, dass wir angekommen sind, gerade in diesem Bereich. Da haben wir jetzt aber auch einen unglaublichen, wie soll man sagen, Fortschritt erzielt, durch diese Anne Frank Ausstellung [...] Wir hatten jetzt diese Wanderausstellung aus Berlin dreieinhalb Wochen hier vor Ort. Das war zwar ein ziemlicher Kraftakt, den wir mit Partnern jetzt hier gestemmt haben. Aber dadurch haben wir unglaublich viele Schulen erreicht und konnten uns eigentlich sehr gut bekannt machen. Da habe ich jetzt gemerkt, das war so ein Türöffner. Und das hat jetzt nochmal einen großen Schub gegeben. Weil wir jetzt nicht nur mit diesem Negativen, Extremismus, Radikalisierung, sondern eher auch mit Bildungsangeboten in diesem Bereich: "Was kann man tun?" assoziiert werden. So langsam nimmt man uns dann auch in anderen Zusammenhängen wahr. (BP 22 #00:29:29-1#)

Das waren erstmal kleinere Veranstaltungen für 20-25 Personen. Das haben wir dann verteilt über E-Mail-Verteiler, über die städtischen Verteiler. Die Stadt hat das natürlich aktiv mitbeworben, von daher hatten wir da eine gute Hilfestellung. Im Prinzip müssen wir aber seit 2017 keine Werbung mehr machen. Also die Anfragen kommen von selber, ja. Wir haben zwei kürzere Fachtage organisiert für 60-70 Personen. Darüber haben wir auch die Bekanntheit gesteigert. Wir sind also in der Lage, dass wir sagen, wir müssen aktiv keine Werbung mehr machen für unseren Schwerpunkt. Die Arbeit kommt von selbst. (BP 25 #00:24:38-8#).

Regionale Demokratiezentren sollen als regionale Dependenz des Landesdemokratiezentrum dessen verschiedenen Themenschwerpunkte (religiös motivierter Extremismus, Rechtsextremismus sowie die Beratung von Opfern rechter Gewalt) aufnehmen und bearbeiten. Verschiedene Akteure wiesen zumindest institutionell bereits Bezüge zum Thema Extremismus auf und haben bereits im Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus“ oder der „Beratung für Betroffene von rechter Gewalt – Leuchttlinie“ mitgewirkt. Den Problemlagen vor Ort entsprechend, setzten die RDZ unterschiedliche thematische Schwerpunkte und Akzente, sind grundsätzlich jedoch Ansprechpartner für alle Themenfelder des Demokratiezentrum.

Das regionale Demokratiezentrum deckt ja drei Schwerpunkte ab. Also sowohl die Anlaufstelle Kompetent vor Ort als auch Leuchttlinie. Also die Beratung von Betroffenen von rechter Gewalt als auch PREvent!on. Diese drei. Also religiös bedingter Extremismus. [...] Genau, in erster Linie bin ich Anlaufstelle und ich vermittele dann weiter. Also ich berate nicht selbst, sondern ich vermittele dann die Berater oder auch die Angebote, wenn es Workshop Angebote oder sowas geben sollte, das vermittele ich dann. Ich bin sozusagen zwischen der Zentrale und den Personen, die auf uns zukommen angesiedelt. Also da diese Koordinierung, das kann ich auch ohne die Qualifizierung machen. Ist halt gut, wenn ich die Inhalte kenne und

mich dann gegebenenfalls auch mal woanders in der Praxis, in der Beratung üben kann. Aber im Moment ist das Konzept so, dass ich dann an Berater weitervermittele. (BP 23 #00:06:28-1#)

Das hat für uns schon länger eine Rolle gespielt. Wir sind Anlaufstelle für dieses Beraternetzwerk „Kompetent vor Ort“. Der Leiter hat die Ausbildung zum Berater schon vor 6-7 Jahren gemacht. Und bei uns sind auch 2-3 Personen als Honorarkräfte angesiedelt, die das eben auch machen. Und der koordiniert für den Landkreis schon so seit 6-7 Jahren. (BP 22 #00:02:46-5#)

Ja genau, ich mache ja praktisch beide Bereiche, also ich bin bei PREvent!on und eben in dem rechtsextremen Bereich. Also ich besuche beide Module und das wäre eigentlich schon die Intention, die dahintersteht, dass ich hinterher da dann auch tätig werde. (BP 22 #00:05:48-9#)

Ich würde sagen, ich versuche alle drei Richtungen, religiös begründete Richtung, Richtung Rechts, Richtung Opfer rechter Gewalt zu gehen. Indem ich einfach mit den entsprechenden Fachstellen zusammenarbeite und entsprechende Angebote versuche umzusetzen. Von daher würde ich jetzt keine konkrete Richtung bevorzugen oder sagen, die wäre wichtiger im Landkreis als die anderen. (#00:16:01-9#)

Im Einzelfall bedarf es der Nachsteuerung, wenn Akteure in einem bestimmten Themenfeld bereits spezialisiert gearbeitet haben und die vorhandenen Ressourcen sowie bisherigen Arbeitsroutinen mit dem erweiterten Themenspektrum eines RDZ in Einklang gebracht und Zuständigkeiten geklärt werden müssen.

Ich besetze das Thema Rechtsextremismus nicht inhaltlich. Ich besetze es lediglich als Vermittler, Kreiskoordinator quasi. Also falls ein Fall reinkommt, gebe ich es weiter [...]. Also der Einstieg war eigentlich gut und einfach und sehr angenehm, aber ich merke gerade in Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen, dass da andere Erwartungen an mich gerichtet sind, als ich die damals [...] besprochen habe.[...] So ist jetzt ein bisschen der Druck da, dass wir noch mehr Werbung machen für die Ausbildung zum Kommunalberater/in für den Bereich Rechtsextremismus (BP25 #00:16:57-5#).

Angebote in der Gemeinde

Inhaltlich bilden die RDZ grundsätzlich die ganze Angebotsvielfalt des Landesdemokratiezentrum ab und machen diese in den Zielgruppen vor Ort bekannt. Dabei reicht das Spektrum der Angebotsformate von Vorträgen über Fortbildungen bis zu Theaterstücken. Abhängig von den Bedarfen und Wünschen der Zielgruppen werden die Angebote entweder von den Mitarbeitenden der RDZ selbst oder durch vermittelte Experten realisiert. Die RDZ beraten zudem bei der Auswahl geeigneter Angebote, stellen im Idealfall einen persönlichen Kontakt zwischen Interessierten und Anbieter her und begleiten die Interessierten auch nach der Angebotsumsetzung. Durch ihre dauerhafte Präsenz vor Ort und den Kontakt zu den Zielgruppen fördern die RDZ die Nachhaltigkeit der Präventionsangebote in den Kommunen.

Fortbildungen, Vorträge, in Klassen gearbeitet, mit Jugendlichen gearbeitet, also alles Mögliche. Theaterstücke, Präventionsansätze, wir haben alles was unser Demokratiezentrum BW anbietet reingespeist. (BP 21 #00:15:49-4#)

[...] wenn eine Anfrage kam und gesagt hat: „Das brauche ich, das brauche ich, das brauche ich.“ Dann haben wir zusammen überlegt, was kann das Demokratiezentrum anbieten, was wichtig ist und hier mit den Kollegen telefoniert und eine Art Strukturplan aufgestellt. „Das und das können wir.“ - und da haben sich die Leute dann ausgesucht was sie wollen. Also auch nicht was vorsezen, aber auch nicht was ganz Exotisches rausholen, sondern wir haben viele gute Angebote. Dann haben wir das weitergegeben, weitervermittelt. (BP 21 #00:25:35-1#)

Also Vorträge, Workshops von mir sind in der Regel so aufgebaut, einmal eine Form von Mainstream Islam zu skizzieren. Und dann in Abgrenzung dazu darzustellen, wo beginnen religiöse problematische Positionen, um dann darauf aufbauend zu skizzieren, was im konkreten Fall den Salafismus attraktiv macht für junge Leute. Welche jungen Leute damit besonders angesprochen werden, wo sie angesprochen werden. Um dann was man quasi dagegen tun kann, ganz konkret in Schule und Jugendarbeit. Also das wichtigste ist die Sensibilisierung und die Unterscheidung, was ist eine legitime Forderung und was ist eine problematische Äußerung, wo man im schulischen Kontext, im Kontext von Jugendarbeit zumindest mal das Gespräch suchen oder ein Stoppzeichen setzen sollte. (BP 25 #00:22:51-9#)

Was für mich immer wichtig war, dass die Kollegen begleitet worden sind zu der Schule, dass die auch vorgestellt wurden. Da geht es für mich dann auch um Wertschätzung. Das man nicht irgendwo in eine Schule geht und sagt: "Hallo ich bin's." und wieder geht. Sondern dass man sagt: "Der heißt so..." und man ihn gut aufnimmt. Weil ich weiß, wenn man irgendwo in einer fremden Stadt hingehet ist es immer schwierig. Dass der Kontakt vorher gut aufgebaut wurde. (BP21 #00:25:35-1#)

Unterstützung durch die Fachstelle

Die Fachstelle PREvent!on hat nicht nur die Aufgabe die Mitarbeitenden der RDZ zu qualifizieren, sondern diese auch dauerhaft in ihrer Arbeit zu unterstützen. Dies geschieht etwa durch die Bereitstellung von Materialien für selbst durchgeführte Veranstaltungen und Workshops, die Vermittlung von Experten und Angebotsformaten (Vorträge, Workshops etc.) oder durch eingehendere Beratung bei extremistischen Verdachtsfällen. Die Leistungsfähigkeit der RDZ ist damit auch von der Zusammenarbeit mit der Fachstelle und der Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten abhängig.

Und wenn es solche Fragen gibt, da habe ich auf jeden Fall das Gefühl, dass ich eine gute Stärkung habe im Rücken. (BP 23 #00:13:30-3#)

Angebote, Referenten, Planung von pädagogischen Tagen, Fachtagen. Da waren die Kollegen sehr dienlich, sehr freundlich. Ich weiß, dass sie hoch belastet waren,

viele Anfragen hatten, aber man hat versucht jeden gut zu bedienen. (BP 21 #00:20:33-3#)

Da profitiere ich natürlich auch von den Materialien, die sie den Honorarkräften oder den Multiplikatoren auf ihrer Internetseite zur Verfügung stellen. (BP 22 #00:22:04-3#)

Ja klar, also jetzt ganz konkret zu den Workshopumsetzungen, es gibt einen Pool an Sachen, die man sich runterladen kann, Materialien. Und natürlich auch irgendwelche Werbeartikel, sowas bekommt man auch. (BP 26 #00:21:35-9#)

Wobei ich selber ja einen sehr guten, also ich bin ja bestens betreut von den verschiedenen Fachstellen. Also wenn da irgendwelche Fragen sind, kann ich mich da immer hinwenden und wir sind da in Kontakt. (BP 23 #00:08:22-1#)

Also wir haben die Regelung, dass ich meine Materialien verwende, die ich schon hier hatte. Bei denen, die jetzt ausgebildet worden sind, die werden mehr das Prevent!on Material verwenden. Aber punktuell, wo der Bedarf ist, da werde ich ausgestattet, mit allem was ich brauche im Rahmen des Demokratiezentrum, ja. (BP 25 #00:34:59-1#)

Ja! Für mich, die Denkfabrik, Think Tank, die sind echt effektiv, die sind cool. Die Leute die da Ideen bringen. Ich bin nicht so der Kreative, ich bin eher der der umsetzt und verfeinert, mit meiner Art. Aber die Denkfabrik, beim Demokratiezentrum muss ich sagen: Alle Achtung! Mit so wenig Mitteln! (BP 21 #00:20:06-7#)

Wenn ich was brauche, würde ich da anrufen. Ich müsste da nicht extra anfragen, das scheint alles relativ unkompliziert, ich kann bei den Leuten hier im DZ anrufen und sagen: "Ja ich habe dann und dann einen Workshop. Ich bräuchte die und die Materialien." Die werden mir zugeschickt, also ziemlich unkompliziert. (BP 26 #00:22:23-7#)

Die Rückmeldungen der RDZ-Mitarbeitenden zu den Unterstützungsleistungen der Fachstelle PREvent!on waren generell positiv. Dies gilt sowohl für die zur Verfügung gestellten Materialien als auch für die bedarfsgemäße Beratung. Insbesondere bewährte sich aus Sicht der RDZ das Konzept der vertikalen Vernetzung zwischen den RDZ und der Fachstelle PREvent!on bzw. dem Landesdemokratiezentrum. Dies ist als eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg des strategischen Ansatzes der Prävention von religiös motiviertem Extremismus in Baden-Württemberg anzusehen. Kommunale Berater und Mitarbeitende der RDZ müssen im Bedarfsfall, z.B. bei Verdacht auf eine religiös motivierte Radikalisierung, zuverlässig auf umfassend qualifizierte Expertinnen und Experten zurückgreifen können. Nur unter dieser Voraussetzung können sie als erste niederschwellige Ansprechstationen in lokalen Bezügen fungieren. In ernstesten, möglicherweise sicherheitsrelevanten Fällen, muss gleichzeitig eine weitere Bearbeitung durch spezialisierte Ansprechpersonen sichergestellt sein. Dieses System des fachlichen Rückhalts in einer vertikal eng vernetzten Struktur funktionierte nach Einschätzung der RDZ-Mitarbeitenden.

Also es ist so, dass ich das im Telefonat, wenn ich merke es ist wirklich ernst zu nehmen, dann dring ich möglichst schnell auf ein persönliches Gespräch. Also, dass man das nicht am Telefon behandelt, sondern dann sag ich schon " Oh, ich fände jetzt schon ein Beratungsgespräch oder ein persönliches Gespräch besser." Da habe ich mich meistens mit den Personen dann an einem Ort getroffen, wo sie sich sicher fühlen. Meistens ist das nicht bei uns im Büro, da möchten sie nicht hinkommen. Also irgendwie ist da so eine Hemmschwelle da. Und wenn ich dann so ein Erstgespräch hatte und das einfach aufgenommen habe, habe ich das meistens an unser Beraternetzwerk, das wir hier haben, Kompetenz vor Ort, gemeldet. Wir treffen uns auch relativ regelmäßig, ich bringe das dann dort ein, kann auch relativ schnell dort Beratung finden. Oder auch in Stuttgart, es kam auch schon vor, dass ich direkt nach einem Telefonat da angefragt habe. "Was meint ihr? Wie würdet ihr das einschätzen?" Und dann aber ebenfalls auch wirklich den betroffenen Personen oder auch Institutionen rate, einen Berater von diesem Netzwerk wirklich vor Ort in die Institution zu holen. Da hatten wir zwei Fälle, die haben dort ganz eng gearbeitet, auch präventiv. Also wir hatten jetzt nichts wo wir dann sagen: "Ok, der ist jetzt z.B. ein Gefährder in irgendeiner Art und Weise." Es waren immer noch so Dinge sag ich mal, die im Anfang noch stecken geblieben sind, aber die man bearbeiten musste. Da waren jetzt zwei Berater ganz, ganz lange an einer Schule tätig, fast ein halbes Jahr. (BP 22 #00:34:26-6#)

Wobei meistens kommen so Meldungen aus der Bevölkerung oder aus Institutionen wie jetzt Schulen auch Verbände, Wohlfahrtsverbände oder so. Also ich bin ja eher vorsichtig. Ich nehme das erstmal auf und frage dann bei den nächsten wie das eingeschätzt wird. Also ich bin jetzt erstmal nur Anlaufstelle, ohne dass ich das jetzt schon bewerte. Also ich nehme es erstmal nur auf, die Information und suche mir dann eben den Rat bei den Qualifizierteren. (BP 23 #00:13:30-3#)

Vernetzung der RDZ untereinander

Die Fachstelle strebt neben der vertikalen auch eine horizontale Vernetzung der Regionalen Demokratiezentren untereinander an. Vor Ort agieren die Mitarbeitenden in ihrer Funktion zu meist alleine, haben demzufolge im Alltag kaum Gelegenheit, sich über ihre Arbeit unter Gleichen austauschen. Da sie zugleich innovativ nach Wegen des Zielgruppenzugangs suchen oder sich mit potentiell belastenden Radikalisierungsprozessen auseinandersetzen müssen, erscheint eine Vernetzung untereinander sinnvoll. Zu diesem Zweck bietet die Fachstelle jährliche Netzwerktreffen an, bei denen den Teilnehmenden neben fachlichen Inputs auch Gelegenheit gegeben werden soll, sich über persönliche Erfahrungen, Erfolgs- und good-practice-Beispiele sowie Probleme auszutauschen.

Ja, also ich find dieses Netzwerktreffen sehr, sehr gut. Da kommen wir gut dazu uns einfach auszutauschen: "Was läuft bei dir gut? Was hast du da für Erfahrungen gemacht?" Ich persönlich habe Kontakt zu einem anderen RDZ aufgenommen, weil

wir hier vielleicht ein anderes Programm zusammen starten wollen. (BP 22 #00:46:58-1#)

Den Kontakt finde ich ganz gut. Es reicht völlig aus, dass wir uns ein paar Mal im Jahr sehen und bei irgendwelchen Veranstaltungen sind. Man kennt sich ja mittlerweile. Und wenn irgendwas bei irgendeinem RDZ stattfindet, dann bekommen wir die Infos meistens per E-Mail, also da hat man die Möglichkeit dazu zu kommen. (BP 26 #00:28:10-3#)

Die Austausch halte ich für sehr wichtig und [...] habe schon erlebt, was das für ein Gewinn sein kann sich zu vernetzen und auszutauschen. Was man da alles mitnehmen kann. Von der einfachen Frage, wie macht ihr das? Wie schreibt ihr die Finanzen auf oder so, also verwaltungstechnische Fragen bis hin zu Kooperationen bei Veranstaltungen, gemeinsame Buchungen von Referenten bei Veranstaltungen, die z.B. zeitlich dicht aufeinander folgen. Oder sich gegenseitig als Teilnehmer bei Fortbildungen einzuladen, die man macht. All das halte ich für sehr sinnvoll und gut. Deswegen freue ich mich immer auf Vernetzungstreffen und versuche die immer wahrzunehmen, um auch die Menschen hinter den Stellen kennen zu lernen. Auch deren Ressourcen, deren Fähigkeiten kennenzulernen, um bei Gelegenheit darauf zurück greifen zu können. (BP 24 #00:35:20-6#)

Den Netzwerktreffen wurde von den meisten Mitarbeitenden eine hohe Bedeutung beigemessen, weniger der fachlichen Impulse wegen, sondern weil diese Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung hohe Wertschätzung genossen. Aus den Gesprächen ergaben sich bilaterale Planungen für gemeinsame Angebote zu bestimmten Themen, wechselseitige Konsultationen und kollegiale Beratungen.

Die Fachstelle sollte diesem Wunsch bei der Ausgestaltung der Treffen Rechnung tragen und dem persönlichen Gespräch der Teilnehmenden breiten Raum lassen, auch wenn dies zeitlich auf Kosten der fachlichen Inputs geht.

Kommunale Berater in der Kommune

Eine wesentliche Säule der Regionalisierungsstrategie der Fachstelle sind kommunale Beraterinnen und Berater vor Ort. Sie nehmen im Bedarfsfall eine erste Problemanamnese vor, schätzen die Ernsthaftigkeit eines Radikalisierungsverdachts ein oder setzen Beratungsprozesse um. Es bedarf, abhängig von der Größe des Zuständigkeitsbereiches und des Problemausmaß vor Ort, einer ausreichend großen Anzahl von Beratenden, um die vorhandenen Bedarfe bedienen zu können. Fraglich ist, wie es gelingt, Personen für diese Tätigkeit zu gewinnen.

In unserer Stadt direkt nicht. Ich habe aber dafür gesorgt, dass jetzt sechs Berater in Ausbildung sind, die später die Aufgaben übernehmen werden. Viele sind auf mich zugekommen auf Veranstaltungen und haben sich für die Beraterausbildung interessiert. Ich habe denen die Bilder weitergeleitet. Ich glaube fünf oder sechs müssten es sein, die gerade die Ausbildung machen. (BP 21 #00:21:12-7#)

Ja, es ist so, das ist das Beratungsnetzwerk hier mit dem Landkreis. Wir sind zusammengeschlossen und momentan sind wir, glaube ich, sieben fertig Ausgebildete. Da sind Leute aus der Jugendarbeit drin und z.B. ein Streetworker ist dabei. Dann haben wir auch einen, der kommt aus der Gewaltprävention, ist türkischer Abstammung und macht auch ganz viel mit straffälligen Jugendlichen. Der hat diese Beraterausbildung. (BP 22 #00:37:43-3#)

Ich habe zwei Menschen gewinnen können, die jetzt gerade die PREvention Fortbildung machen. [...] Die haben auch schon selbst Konzepte erarbeitet, also die sind seit mehreren Jahren schon in der Jugendarbeit zum Thema Extremismusprävention, vor allem religiös begründeter Extremismus tätig. Haben da eigene Konzepte und Methoden mit Schulklassen erarbeitet, mit Jugendlichen verschiedener Altersstufen und sind da von meinem Gefühl her, wie ich es überblicken kann, auf dem Weg ein interessantes Konzept zu erarbeiten. Ich halte es für genauso wichtig, das auch wieder zurück zu füttern, auch zum Beispiel in den einzelnen Regionalen Demokratiezentren werden sehr gute Konzepte erarbeitet, sehr gute Methoden. Die wieder zurückzubringen, auch in den RDZ kann etwas entstehen, was auch in das Demokratiezentrum Baden-Württemberg übergeht und sich von da aus wieder verteilt auf die anderen Regionalen Demokratiezentren, das halte ich für eine wichtige, bedenkenswerte Sache. (BP 24 #00:42:02-9#)

So zehn Leute würde ich sagen. (BP 26 #00:19:51-0#)

Na ja, also ich bin jetzt sehr froh, dass ich diese drei bis vier Menschen habe, an die ich das abgeben kann. Weil ich ja zunehmend gemerkt habe, es ist ja eine halbe Stelle [...]. (BP 25 #00:28:22-1#)

Also ich glaube die Motive sind einfach, dass sie im Arbeitsbereich immer mehr mit diesen Dingen konfrontiert worden sind, was sie dann auch dazu veranlasst hat. Sie haben auch ganz, ganz viel Eigeninteresse sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen [...] Ich habe schon gezielt diesen Flyer für die Ausbildung einfach an Personen geschickt, die ich erlebt habe, einfach so durch meine Arbeit, wo ich gedacht habe, das wäre sehr wünschenswert, wenn wir die gewinnen könnten für die Beraterausbildung. (BP 22 #00:41:51-6#)

Die habe ich auch aus meinen bestehenden Netzwerken mehr oder weniger dazu eingeladen. Jetzt in dem Fall, sind die Multiplikatoren meistens Schulsozialarbeiter aus den Schulen [...] Ich glaube sie haben sich begeistert, indem sie dieses Format kennengelernt haben, also indem jemand vom DZ kam und das Format einfach vorgestellt hat, dadurch konnten sie sich begeistern. Ich glaube sie wollen auch einfach was Neues machen. (BP 26 #00:19:38-5#)

Die kommunalen Berater werden motiviert durch Vorträge, die Mitarbeiter aus Sersheim oder Stuttgart bei uns gehalten haben. Dann hatte ich die im Adressverteiler und ich habe mir sofort einen Newsletter zugelegt. Den bediene ich monatlich und da wird das beschrieben. Das und das gibt es bei uns und wer hat Lust darauf?

Und dann melden die sich. Wir haben auch die Multiplikatorenschulungen publik gemacht über den Newsletter und da kamen dann die Anfragen. Was die motiviert? Ich denke mal, dass sie auch an ihren Schulen merken wo es klemmt. (BP 28 #00:22:21-0#)

Also in einem Fall ist es so. Da ist es jemand, der sich eben auch in seinem Studium schon intensiv schon mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Und dann eben den Sprung in die Praxis wagen wollte. Also ihn hat dieser Praxisbezug sehr gereizt. Bei anderen ist es so, auch aus dem Studium heraus jetzt, was vor allen Dingen beim Islamwissenschaftsstudium ganz praktisch ist, was fange ich damit an? Was bietet sich rund um das Thema Islam in Deutschland an? (BP 2 #00:11:02-2#)

In unterschiedlichem Maße können die RDZ bereits auf ausgebildete kommunale Beraterinnen und Berater zurückgreifen bzw. haben diese für eine Teilnahme an den Qualifizierungsmodulen gewonnen. Zumeist bestand der Wunsch, die Anzahl der kommunalen Beraterinnen und Berater vor Ort mittelfristig noch zu steigern. Grundsätzlich gelang es jedoch, Interessierte aus verschiedenen Professionen für diese Aufgabe zu gewinnen. Neben verschiedenen individuellen Motiven für die Teilnahme an einer Beratungsausbildung bestand vor allem der Wunsch, eigene Wissensdefizite abzubauen sowie höhere Handlungssicherheit bei entsprechenden Problemen im eigenen Arbeitsalltag zu erwerben.

Wünsche und Potentiale

Insgesamt waren Mitarbeitende der regionalen Demokratiezentren mit ihren Aufgaben, der Unterstützung durch die Fachstelle PREvent!on sowie ihren bisherigen Arbeitserfolgen in einem hohen Maße zufrieden. Es wurden jedoch zwei Aspekte als verbesserungswürdig erachtet. Als zu gering wurde in den meisten Fällen das Stundendeputat angesehen, das für die Aufgabewahrnehmung im RDZ zur Verfügung stand. Sofern dies beziffert wurde, hielten die Mitarbeitenden, abhängig von den Bedarfen vor Ort, Personalressourcen von einer bis eineinhalb Stellen für erforderlich, um die gestellten Aufgaben adäquat bearbeiten zu können.

Als ebenso wichtig wurde eine Verstetigung und Entfristung der Stellen in den regionalen Demokratiezentren angesehen. Eine nachhaltige Arbeit gegen Extremismus sei nur möglich, wenn eine Verlässlichkeit der RDZ als Ansprech- und Netzwerkpartner gewährleistet sei. In besonderem Maße gelte für diese Arbeit, dass es des Aufbaus einer Vertrauensbasis bedürfe, um in Problemfällen hinzugezogen zu werden und Zugang zu den Zielgruppen zu erhalten. Erworbenes Vertrauen stelle ein Kapital dar, das gerade in diesem sensiblen Handlungsfeld dauerhaft gesichert werden sollte – allzumal an einer dauerhaften Relevanz des Themas Extremismusprävention mit seinen verschiedenen Ausprägungen kein Zweifel gehegt wurde.

Idealerweise manifestiere sich eine solche Verstetigung darüber hinaus in einer sichtbaren Verortung in eigenen Räumlichkeiten. Damit ausgestattet könnte die Sichtbarkeit und Zuordnung in der Gemeinde verbessert werden.

Zum Start 50%, Ergebnis dann 1 bis 1,5 Stellen für eine Stadt wie unsere [...]. Man sieht nachher, wie wichtig das Thema ist. Wie schlau man sein muss, um dem

Thema gerecht zu werden. Und auch, wieviel gute Analyse die Stadt wirklich braucht. Es wären von 50-75% dann bis 1,5 Stellen. (BP 21 #00:30:24-8#)

Mehr Arbeitszeit würde ich mir schon wünschen. Konkret würde das heißen mehr Budget, weil, dadurch erhöht sich ja auch automatisch mein Arbeitsumfang und das ist mehr als nötig. Wenn ich überlege, dass ich theoretisch nur einen Tag (in der Woche) für das RDZ arbeite ist das total utopisch. Ich bin mindestens zweieinhalb Tage unterwegs, nur für das RDZ. Ansonsten, wenn ich mir so vorstelle, dass ich so feste Öffnungszeiten, wo ich präsent sein müsste, wäre das überhaupt nicht machbar mit dem Arbeitsumfang vom RDZ. Von daher, ganz konkret: Mehr Budget und mehr Arbeitsumfang. (BP 26 #00:30:42-6#)

Also man sollte eigentlich schon eine ganze Stelle haben. Also um es in der ganzen Bandbreite ordentlich zu bearbeiten, entweder eine ganze Stelle oder zwei halbe Stellen. Also das wäre schon wichtig. Also, wenn man es schafft eben die entsprechenden Berater auszubilden und ein entsprechendes Netzwerk zu haben, dann reicht es. Also die Struktur funktioniert eigentlich nur, wenn man genügend Berater und Beraterinnen ausgebildet hat. (BP 25 #00:34:59-1#)

Ich hätte gerne ein paar Stunden mehr in der Woche, nicht viel, aber dass es statt 10 gut 15 Stunden wären, damit man eben etwas mehr tun kann. Dass die Stelle entfristet wird, dass man jetzt schon langfristiger und nachhaltiger planen kann, [...] im Interesse der Struktur, die wir da jetzt installiert haben in den Landkreisen. (BP 28 #00:43:29-8#)

Ich glaube ich habe mehr als 20% reingebuttert, an dieser Stelle, deswegen die Wertigkeit, dass man die Leute zerreißt, sollte neu bewertet werden. (BP 21 #00:11:47-8#)

Also was ich mir wünschen würde, wäre mindestens ein Berater, eine Beraterin in dem Themenfeld, gut ausgebildet, die auch hauptamtlich arbeitet, also nicht auf Honorarbasis. Das müsste keine volle Stelle sein, aber eine halbe Stelle. (BP 24 #00:21:42-7#)

Was ich mir wünschen würde und was ich ganz toll fände wäre, wenn wir wirklich so eine Art Demokratiezentrum hätten. Wissen sie was ich meine? Wo wir vielleicht diese ganzen Partnerschaften zusammenfassen könnten. Wo wir einfach gemeinsame Büroräume hätten, weil wir da einfach mit diesem Thema befasst sind und ich fände das toll, wenn dieses geballte Wissen auf einer Stelle zusammengefasst wäre und wir uns auch wirklich austauschen und kooperieren könnten. Ich glaube das würde ganz tolle Synergieeffekte geben und wir wären für die Leute auch einfach sichtbarer. Weil so sind wir zwar Demokratiezentrum und unser Träger ist der Kreisjugendring. Es ist für manche Leute aber ganz schwer zu erkennen. "Wer sind sie jetzt?" Wo man sagt, wir haben hier im Landkreis wirklich ein Zentrum, mit Räumlichkeiten auch für Veranstaltungen, dann wären wir glaub ich unglaublich sichtbar für alle. (BP 22 #00:50:48-9#)

Das erfordert natürlich auch spezielle Ausstattung, und dass natürlich die Laufzeit entfristet wird, mehr oder weniger. Weil es ist ja jetzt nun mal bis Ende des Jahres befristet, natürlich sagt man uns das Programm "Demokratie leben!", wo das ja angesiedelt ist, geht weiter. Aber bei Projekten, wissen sie ja, find ich ist das immer etwas seltsam, man stößt etwas an, man steckt viel Arbeit rein. Und ab 2020 heißt es dann nicht mehr Demokratiezentrum, sondern Radikalisierungszentrum oder wie auch immer unter einem anderen Namen, mit anderen Projektgeldern aber eigentlich demselben Inhalt. Das habe ich schon oft erlebt und ich finde, das ist für die Leute auch irritierend. Das ist nicht nachhaltig. Das ist dann umgeschichtet, umgesattelt und man fängt immer ein Stück weit von vorne an. Also vielleicht mehr bei der Nachhaltigkeit gucken. Wenn man schon dabei ist auch schauen, wie kann man das Ganze dann auch auf solche Füße stellen, dass es erhalten bleibt und nicht dann irgendwann wieder versickert in diesem Projektdschungel. (BP22 #00:50:48-9#)

Diese Abhängigkeit von Projektgeldern ist natürlich eine große Frage. Man baut Strukturen auf, die dann tragfähig sein sollten. Wir haben zwar eine Bestätigung bekommen, dass das weiterbestehen bleibt, in welcher Form auch immer. Aber das ist auf jeden Fall, dass der Projektcharakter wegfallen sollte ist aus meiner Sicht enorm wichtig. Weil, ich verstehe auch Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner, die dann schon zum hundertsten Mal eine Projektidee hören und dann irgendwann müde sind, dann mit noch einem und noch einem Projekt zu kooperieren. Egal wieviel Elan und Energie sie haben. Ich kann es durchaus nachvollziehen, dass man auch mal durcheinanderkommt in diesem Projektumfeld. Also weg vom Projektcharakter hin zu tragfähigen Strukturen, das wäre so mein Appell an das politische Amt. (BP 26 #00:34:26-4#)

Was ich halt blöd finde, dass die Gelder begrenzt sind. Man könnte die Gelder ja auch mitnehmen ins nächste Jahr. Weil, die Gelder sind immer für ein Jahr frei und dann muss man sie zurückgeben. Und manchmal macht man ja in einem Jahr mehr und im nächsten weniger. Das fand ich ein bisschen unglücklich. (BP 21 #00:33:55-7#)

Also was halt, aber das werden alle anderen wahrscheinlich auch schon gesagt haben, dass einfach diese begrenzten Förderzeiträume es schwierig machen nachhaltig zu arbeiten. Das ist so. Und was sich durch die Entfristung des Programms jetzt ändert, das wird sich dann auch erstmal noch zeigen. Aber wenn man es denn wirklich genau nimmt, müsste man sich fast zum Ende jeden Jahres erstmal arbeitslos melden und gucken, ob eine neue Förderung bewilligt wird und dann kann man erst weitermachen. Das macht in der Realität wahrscheinlich niemand, weil es geht da schon irgendwie weiter. Aber auf dem Papier bleibt halt immer diese Restunsicherheit. (BP 25 #00:38:10-1#)

Entfristung ist sehr wichtig. Es kann nicht sein, dass man alle zwei Jahre das Ganze nochmal beantragen muss. Ich glaube nicht, dass Radikalisierung dann endet,

wenn die Stelle endet. Radikalisierung ist ein Dauerthema. Das Thema, solange es Menschen auf der Welt gibt wird das Thema aktuell sein. (BP 21 #00:31:01-5#)

Berichtspflichten und andere administrative Obliegenheiten wurden von den Befragten ambivalent beurteilt. Während einige Mitarbeitende die Rechenschaftsberichte und Dokumentationspflichten als verhältnismäßig und zumutbar erachteten, waren andere der Meinung, diese stünden in keinem Verhältnis zum geförderten Stundendeputat und ließen zu wenig Zeit für die eigentliche Sacharbeit.

Was das RDZ angeht, finde ich das gar nicht so viel. Das ist machbar. Es handelt sich um ein paar Berichte, um einen Bericht im Quartal und einen ganz normalen Verwendungsnachweis am Ende des Jahres und einen Folgeantrag für das nächste Jahr. Das hält sich schon im Rahmen. (BP26 #00:32:43-0#)

Meine Grundkritik: Wir haben einen Verwaltungsaufwand im Hintergrund der vollkommen überzogen ist. Also meiner Meinung nach ist es so: Wenn ich einen Vertrag mache, dass ich den erfüllen muss. Wenn ich einen Vertrag unterschreibe, ich fülle die Stelle gemäß dieser Konzeption aus und erhalte dafür diese oder jene Summe. Erklären Sie mir doch bitte, warum ich dann darüber noch Belege abgeben muss? Ich habe doch einen Vertrag und da sind wir in der Haftung drin. Wenn ich es nicht mache und das kommt heraus, dann darf man mich ja gerne in Regress nehmen. Aber was ist das denn für eine Logik zu sagen: Jetzt beweis mir, dass Du nach Vertrag gehandelt hast? (BP 27 #01:03:31-3#)

Ich finde, das ist wirklich sehr viel, sehr viel Arbeit. [...] Dies soll überhaupt kein Vorwurf sein, aber es stellt sich schon die Frage wie man die Aufwände verringern kann, um überhaupt die tatsächliche Arbeit zu gewährleisten. (BP 24 #00:37:36-0#)

Alternativansatz: Mobile Beratung

Möglicherweise bestehen zum Aufbau von Regionalstrukturen und zur Qualifikation von Fachkräften vor Ort durch die Fachstelle PREvent!on alternative Ansätze der Extremismusprävention, die dem gewählten Vorgehen vorzuziehen sind. Ein vergleichbares Ziel, die Stärkung lokaler Ressourcen zur Vorbeugung von Extremismus, verfolgt die sogenannte Mobile Beratung.

Es handelt sich dabei um ein insbesondere in Brandenburg weiterentwickeltes Konzept, das mittlerweile bundesweit Verbreitung gefunden hat. Ein 1992 als „Feuerwehr“ gegründetes Mobiles Beratungsteam, beriet zunächst im Auftrag des Sozialministeriums Kommunen, die mit rassistischen Vorfällen und Strukturen konfrontiert waren. Dieses zunächst aus kleinen Anfängen hervorgegangene Team wurde 2006 im Rahmen des Gesamtkonzepts „Tolerantes Brandenburg“ in das neue Institut „Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“ überführt, um auf die lokalen Anforderungen differenzierter eingehen zu können (Jaschke 2011, 39). Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist ein seit 25 Jahren (weiter-) entwickeltes

Konzept, das in einer heterogenen Trägerstruktur in den sechzehn Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet wird (Bundesverband Mobile Beratung 2017a, S. 5). Leitziel Mobiler Beratung ist es, lokale Akteure in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie der Stärkung einer demokratischen Alltagskultur zu unterstützen. (Bundesverband Mobile Beratung 2017b, S. 1).

Mobile Beratung versteht sich als professionelle Unterstützungsstruktur, die Personen befähigen soll, Problemlagen künftig eigenständig beziehungsweise unter Einbindung lokaler Kooperationspartner zu bearbeiten. Grundlagen dafür sind eine ausgeprägte Ressourcenorientierung sowie in jedem Beratungsprozess eine Analyse vorhandener Akteure, Potentiale und Ressourcen im Sozialraum. Ausgehend von der Idee „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten, werden Menschen vor Ort angeregt, sich in ihrem Alltag aktiv für demokratische Prozesse einzusetzen und ihr Umfeld mitzugestalten. In Folge dieses Empowerment-Ansatzes sollen die Beratenden in einem Prozess der Selbstermächtigung die Wirksamkeit ihres persönlichen Handelns erfahren (Klare & Becker 2019, 27).

Zu den methodischen Grundsätzen der Mobilen Beratung zählen folgende Aspekte (Klare & Becker 2019, 25):

- Bedarfs-, Anlass- und Ressourcenorientierung
- „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Empowerment
- Gemeinwesenorientierung und „Denken in Zusammenhängen“
- Professionelle Distanz und moderierender Ansatz

Zielgruppen der Mobilen Beratung sind alle kommunalen Akteure, die sich mit den genannten Phänomenen beschäftigen. Dazu zählen:

- Zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke
- (Sport-)Vereine und Verbände
- Kommunale Politik und Verwaltung
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- Bildungseinrichtungen und Schulen
- Migrantische Selbstorganisationen
- Soziale und kulturelle Einrichtungen
- Kirchen und Religionsgemeinschaften
- Gewerbetreibende und Unternehmen

Das Konzept der Mobilen Beratung weist in der Gemeinwesenorientierung und bei den adressierten Zielgruppen Schnittmengen zur Regionalisierungsstrategie des Demokratiezentrum Baden-Württemberg auf. Mobile Beratung wird auch in Baden-Württemberg betrieben. Im Verbund mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg leistet etwa die Fachstelle mobirex

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Doch ist mit der Regionalisierungsstrategie der Fachstelle PREvent!on ein alternativer Weg beschritten worden. Im Fall der Mobilen Beratung wird ein Pool spezialisierter Berater auf Landesebene gebildet und im Bedarfsfall in die Gemeinwesen vermittelt. Dort haben Sie insbesondere die Aufgabe, die Akteure vor Ort zu befähigen Extremismus entgegenzuwirken. Im Gegensatz dazu werden von der Fachstelle PREvent!on Personen aus der Kommune qualifiziert, neben ihrer eigentlichen Arbeit als niederschwellige Ansprechpartner zu fungieren, Beratungen und Sensibilisierungsangebote durchzuführen und ggf. an spezialisierte Beratungsstellen zu vermitteln. Hinzukommen als regionale Bindeglieder die Regionalen Demokratiezentren, die Themen des Demokratiezentrum regional abbilden, dessen Angebote in den Kommunen bekannt machen, als Ansprechpartner fungieren und die kommunalen Berater/-innen in den Gemeinden vernetzen und unterstützen. Es stellt sich daher im Rahmen der Evaluation die Frage, worin Vorzüge und Stärken aber auch Probleme der verschiedenen Ansätze bestehen. Es sind daher die kommunalen Berater/-innen um ihre schriftlichen Einschätzungen der Vor- und Nachteile der beiden Ansätze gebeten worden, die in der folgenden Tabelle vergleichend dargestellt sind:

Tabelle 1: Vergleich der verschiedenen Beratungsansätze aus Sicht der kommunalen Berater/-innen

	<i>Mobile Beratung</i>	<i>Kommunale Berater/-innen</i>
<i>Vorteile</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Flexibilität und Neutralität ▪ Volle Fokussierung auf Aufgabenbereich möglich ▪ Bessere Qualifizierung bzw. bessere Möglichkeit ergänzender Qualifikation ▪ Aneignung von Berufspraxis im Arbeitsfeld mit mehr Handlungssicherheit ▪ Es können zielgenau Kommunen ausgewählt werden ▪ Hauptamtlich Ausgebildete und zentral Beschäftigte können besser kontrolliert werden ▪ Die hauptamtlichen Berater/-innen sind Experten in Ihrem Fachgebiet 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ortsnahe, schnellere Umsetzung, Netzwerke sind vorhanden, „man kennt sich“, die Strukturen in der Kommune sind bekannt ▪ Netzwerk vorhanden, Strukturen sind bekannt, Beziehungsebene vorhanden ▪ Gute Vernetzung, mehrere Personen zuständig, mehr Augen sehen mehr ▪ Kommunale Berater werden durch die Qualifizierungsreihe in das Netzwerk der anderen Berater und der zentralen Landesstelle eingebunden. Es entsteht dadurch für sie ein dritter Ort sozusagen, der sie unabhängiger von den lokalen Strukturen macht ▪ Kennenlernen und Austausch zwischen den einzelnen kommunalen Beratungsstellen (Vertrauen)

Nachteile

- Haben die Ressourcen sich auf dem fachlich aktuellen Stand zu halten
- Vermitteln Ihr Wissen an Akteure vor Ort
- Regelmäßiger Austausch bzw. Supervision möglich
- Sinnvoll für kleinere Orte
- Eine Zentrale, übersichtlichere Organisation
- Qualifizierte Personen, immer auf dem neusten Stand
- Freie Berater sind unabhängiger
- Spezialisiert für konkrete Themenbereiche
- Berater kennen lokale Gegebenheiten und Ansprechpersonen
- Sie sind vor Ort bekannt bzw. in Netzwerke eingebunden und können daher im Zweifel schneller Vertrauen erlangen
- Geografische Nähe – können auch für ein kurzes Gespräch vorbeikommen oder auf einer Veranstaltung in der Öffentlichkeit angesprochen werden
- Ansprechpartner in der Kommune vor Ort. Kennen das System und die Akteure in den Kommunen
- Sind flexibler einsetzbar
- Es ist niederschwelliger
- Netzwerkarbeit ist einfacher
- Kennen der Region
- Präsenz vor Ort, Kennen der örtlichen Strukturen
- U.U. bestehendes Netzwerk bzw. Aufbau eines solchen
- Einbindung in die Kommune, Kenntnisse der Infrastruktur, kriegen Fälle eher mit
- Berater wäre bekannter
- Sinnvoll für Großstadt / evtl. Region
- Möglichkeit der Verweisberatung bzw. Vermittlung an Fachstellen
- Die Gegebenheiten vor Ort sind in diesem Modell den zentral eingesetzten Beratern nicht bekannt, es ist viel schwerer ein Netzwerk zu erarbeiten und auch vor Ort bekannt zu sein. Solche Beratungen sind auch immer eine „Personensache“. Jemanden, den ich aus der Kommune kenne spreche ich viel eher an,
- Objektivität könnte verloren gehen
- Keine
- Verfügbare Zeit gering
- Eher Ehrenamtscharakter; erfordert hohes (freizeitliches) Engagement

- als fremde Personen, die dann auch noch „aus Stuttgart kommen“
- Berater kennen Strukturen vor Ort kaum
- Nacharbeit und Nachhaltigkeit erschwert
- Hemmschwelle ist höher, sich an eine Landesstelle zu wenden als an eine lokale verortete
- Lange Wege, Wartezeiten
- Kennen nicht die Gegebenheiten vor Ort
- Kein direkter Bezug
- Hochschwellig
- die alltäglichen Schwerpunkte vor Ort sind nicht bekannt
- Fahrtwege, wenig schnelle Reaktionszeit, wenig Kenntnis der Örtlichkeiten
- Längere "Andockphase"
- Keine
- Bekanntheitsgrad des Berater-netzwerkes in Gemeinden
- Reisetätigkeit
- Wenig regionale Kenntnisse
- Zusatzqualifizierungen schwer zeitlich organisierbar
- Keine Sicherung des Qualitätsstandards, ggf. Überforderung, viel Verantwortung
- Ungenügend Zeit, da es „nebenher“ geschieht
- meist machen sie dies neben ihrer Haupttätigkeit und haben dadurch nicht die Ressourcen sich intensiv mit aktuellem Fachwissen, Recherche etc. zu beschäftigen.
- Geeignetes Personal vor Ort zu finden, geeignete Träger zur Umsetzung
- Angst vor Stigmatisierung
- Berater sind nicht hauptamtlich qualifiziert, sondern „nur“ nebenberuflich tätig.

Die Befragten haben eine differenzierte Einschätzung der beiden Konzepte vorgenommen und vergleichend Vor- und Nachteile nebeneinandergestellt. Als Vorteile der Mobilen Beratung wurden insbesondere die fachliche Expertise und Spezialisierung der Berater in ihrem Themengebiet, deren Ressourcen, sich fachlich fortzubilden und deren flexiblere Einsatzmöglichkeiten angesehen. Als größter Nachteil des Konzepts der Mobilen Beratung wurden schlechtere Kenntnisse der Gegebenheiten, Problemkonstellationen und Strukturen vor Ort herausgestellt. Daraus resultiere eine längere Phase der Analyse und Vertrauensbildung in einer Kommune. Zudem sei die Hemmschwelle für die Betroffenen höher, sich an ihnen unbekannte Personen zu wenden.

Im Gegensatz dazu wurden die Integration und Vernetzung kommunaler Berater/-innen in den Gemeinden sowie deren vorhandene Kenntnis der Akteure, Strukturen und Probleme vor Ort als besondere Stärken eingeschätzt. Zudem bestehe eine Beziehungs- oder Vertrauensebene zu vielen Akteuren vor Ort, weshalb das Beratungsangebot niederschwelliger sei. Des Weiteren seien die kommunalen Berater/-innen in den Zielgruppen bekannter und – auch bei geringfügigeren Anlässen – leichter ansprechbar. Als einen weiteren Vorteil sahen die Befragten ihre Einbindung in ein Netzwerk wechselseitiger Unterstützung und Konsultation an. Es bestehe die Möglichkeit des vertrauensvollen, kollegialen Austausches mit anderen Berater/-innen oder Mitarbeitenden der Regionalen Demokratiezentren. Zudem könne im Bedarfsfall fachliche Unterstützung der Fachstelle oder des Demokratiezentrums in Anspruch genommen bzw. an diese Stellen verwiesen werden. Als größtes Manko sahen die Berater/-innen die ihnen zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen an. Ihre Beratungstätigkeit müsse mit ihrem Beruf in Einklang gebracht werden, weshalb ihnen weniger Zeit für Beratungen und Weiterbildungen zur Verfügung stehe.

Zur Prävention von Rechtsextremismus bietet das Demokratiezentrum Baden-Württemberg sowohl Beratung durch kommunale Berater/-innen als auch Mobile Beratung an. Im Fall der Fachstelle PREvent!on ist jedoch alleinig der Weg der kommunalen Beratung eingeschlagen worden, um Akteure in den Kommunen im Bereich der Extremismusprävention nachhaltig zu befähigen und zu stärken. Die kommunalen Berater/-innen bewerten die Regionalisierungsstrategie des Demokratiezentrums unter Abwägung der Vor- und Nachteile positiver als den vergleichbaren Ansatz der Mobilen Beratung. Als größte Stärke sehen sie den leichteren Zielgruppenzugang an. Besonderes Gewicht erhält dieses Kriterium in einem Flächenland wie Baden-Württemberg mit vielen kleineren ländlichen Gemeinden. Die Bereitschaft, sich mit Problemwahrnehmungen an externe Berater aus der Landeshauptstadt zu wenden, ist wenig ausgeprägt. Mobile Beratung steht daher in ländlichen Räumen vor Herausforderungen, die sich häufig an fehlenden oder schwierig zu identifizierenden Zugängen in die Gemeinwesen festmachen. Die Offenheit gegenüber externer Beratung ist tendenziell geringer und zivilgesellschaftliche Strukturen sind weniger ausgeprägt als in städtischen Gemeinden. „Man kennt sich“ in kleineren Kommunen und einzelne Akteure sind nicht selten mit einer hohen Deutungsmacht ausgestattet (Klar & Becker 2019, 30). Kommunale Berater/-innen und Mitarbeitende in den Regionalen Demokratiezentren haben dabei den gravierenden Vorteil, die Personen und Akteursstrukturen vor Ort zu kennen, über ein größeres Vertrauenspotential zu verfügen und damit niederschwelliger agieren zu können.

Mit Blick auf die Mobile Beratung kommen Klar & Becker (2019, 33) zu dem Schluss, dass die regionale Verankerung von Teams hilfreich sein könne, über den einzelnen Beratungsfall hinausgehend Kontakt- und Beziehungsstrukturen zu entwickeln, die Hürden für künftige Beratungsanfragen abbauen und damit die längerfristige Bearbeitung von Problemen in den jeweiligen lokalen Kontexten erleichtern. Genau diese Funktion erfüllen die Regionalen Demokratiezentren. Zudem vernetzen sie die kommunalen Berater/-innen und steigern aktiv den Bekanntheitsgrad vorhandener Angebote des Demokratiezentrums. Damit werden vor Ort Strukturen geschaffen, die bei Problemen unmittelbar Unterstützungsleistungen erbringen können. Neben den kommunalen Beratern/-innen und Mitarbeitenden der RDZ gehören zu diesem Netzwerk

auch Akteure der Regelstrukturen (Schule, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit etc.), die bereits aufeinander eingespielt sind. Die vertikale Vernetzung ermöglicht zudem eine Verzahnung von zivilgesellschaftlichen Akteuren auf der kommunalen Ebene mit staatlichen Akteuren auf Landesebene. Entsprechende Hilfsangebote, aber auch Repressionsmaßnahmen (zum Beispiel bei einer erkannten Radikalisierung) können somit sofort greifen.

6. Fazit und Ausblick

Die Beteiligung und Unterstützung von Akteuren in den Kommunen sind wesentlich für den Erfolg von Kampagnen und Programmen zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus. Im Hinblick auf Prävention können die Gemeinwesen ein Zusammengehörigkeitsgefühl bieten und extremen Ideologien entgegentreten. Akteure im lokalen Sozialraum sich radikalisierender Personen können zudem als Frühwarnsysteme fungieren, indem sie potenziell gefährdete Personen identifizieren (Biene 2018). Die Forschung hat gezeigt, dass die Einbindung von Gemeinwesen die Arbeit der Sicherheitsbehörden ergänzen und Möglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen von gewaltbereitem Extremismus bieten kann (RAN 2018). In der Interventionsphase können Gemeinwesen dabei helfen, Kampagnen zu konzipieren und durchzuführen, denn radikalisierte Personen hören eher auf Stimmen aus ihrer eigenen Gemeinschaft. Darüber hinaus verleiht die Gemeinschaft lokalen Kampagnen und Initiativen Legitimität und Glaubwürdigkeit. Die Einbindung von Gemeinwesen kann auch Zugang zu individuellen Netzwerken schaffen, um gefährdete Personen zu erreichen. Gemeinwesen ins Boot zu holen, ist auch in weiterer Hinsicht hilfreich, zum Beispiel für die Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Demokratie (RAN 2018).

Daher gilt es für die Einbindung und Stärkung von Gemeinden Strukturen und Unterstützungsangebote zu schaffen. In Baden-Württemberg ist vom Landesdemokratiezentrum zu diesem Zweck, mit Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, die Fachstelle PREvent!on eingerichtet worden, die 2015 ihre Arbeit aufgenommen hat. Deren Hauptaufgaben bestanden in den ersten Jahren insbesondere darin, Angebotsformate für die Sensibilisierung und Aufklärung zum Thema religiös motivierter Radikalisierung zu entwickeln, in der Konzeption und Umsetzung eines Fortbildungsangebotes für die Qualifikation von Fachkräften in den Kommunen und im Aufbau eines Netzes von regionalen Demokratiezentren, die das Landesdemokratiezentrum auf regionaler Ebene abbilden.

In Abstimmung mit dem wissenschaftlichen Fachdienst des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) wurde ein modulares Fortbildungs- und Ausbildungsangebot entwickelt, dass Mitarbeitende von Regionalen Demokratiezentren und kommunale Berater/-innen sowie interessierte Fachkräfte für ihre Aufgaben in der Extremismusprävention qualifiziert.

Der Fachstelle PREvent!on ist eine schnelle Umsetzung der Regionalisierungsstrategie des Demokratiezentrens gelungen. Im Rahmen der finanziellen Ressourcen sind Regionale Demokratiezentren ausgeschrieben und implementiert sowie Mitarbeitende für diese Funktion qualifiziert worden. Parallel konnte ein wachsender Kreis kommunaler Berater/-innen akquiriert und qualifiziert werden. Damit sind die strukturellen Voraussetzungen für eine lokale und regionale Extremismusprävention sowie die Dissemination der Angebote des Landesdemokratiezentrens in der Fläche geschaffen worden.

Diesen Prozess bewerten die Mitarbeitenden der Regionalen Demokratiezentren positiv. Sie schätzen das Bewerbungsverfahren als transparent und den damit verbundenen Aufwand als

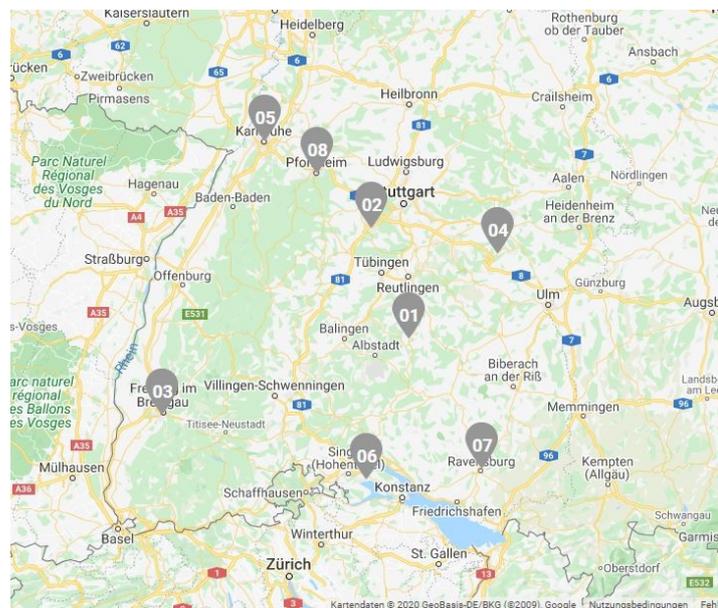
verhältnismäßig ein. Von größerer Bedeutung ist jedoch, dass sie sich nach Teilnahme an den Qualifikationsmaßnahmen und durch den Einsatz der vom Demokratiezentrum sowie der Fachstelle PREvent!on zur Verfügung gestellten Angebote und Materialien gut auf ihre Aufgaben vorbereitet sehen. Dazu zählen die Sensibilisierung und Aufklärung von Multiplikatoren, Jugendlichen und Fachleuten in den Kommunen, die Ersteinschätzung potentieller Radikalisierungsprozesse, die Bekanntmachung von Präventionsangeboten, Vernetzung von Präventionsakteuren, Konzeption kommunaler Präventionsstrategien und ihre Funktion als Ansprechpartner. Einen großen Bedarf sehen die Mitarbeitenden mit Blick auf religiös motivierte Radikalisierung im Bereich der Aufklärung und Information. Anders als beim Rechtsextremismus seien viele Mitarbeitende in Schulen, Verwaltungen und in der sozialen Arbeit unsicher, woran sich problematische Fälle religiöser Weltanschauung von traditionellen Formen der Religionsausübung unterscheiden ließen. In weiten Teilen resultiere diese Unsicherheit aus Unkenntnis über den islamischen Glauben im Allgemeinen sowie die Befürchtung zu stigmatisieren und fälschlicherweise zu verdächtigen. Hier besteht ein anhaltender Informations- und Aufklärungsbedarf, um bestehende Unsicherheit in den verschiedenen Professionen abzubauen.

In einem Einzelfall ist es in der Startphase zu differierenden Annahmen über das thematische Aufgabenspektrum des Regionalen Demokratiezentrams gekommen. Den Mitarbeitenden der Regionalen Demokratiezentren ist daher bereits in der Bewerbungsphase explizit deutlich zu machen, dass sie das ganze Themenspektrum des Demokratiezentrams in der Region vertreten. Transparenz bei allen Beteiligten ermöglicht es, etwaige Hindernisse wie Mangel an Ressourcen oder fachlicher Expertise rechtzeitig zu überwinden.

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Besetzung des Themas, der Aufbau von Vernetzungsstrukturen und die Implementierung Regionaler Demokratiezentren, bis zu etwa sechs Monate in Anspruch nehmen, wenn bereits Zugänge in einzelne Zielgruppen bestehen und die Akteure vor Ort vernetzt sind. Dies macht deutlich, dass die Schaffung nachhaltiger Strukturen Sichtbarkeit, Akzeptanz und Vertrauen voraussetzen, die nicht binnen weniger Wochen herzustellen sind.

Derzeit konnten mit den vorhandenen Ressourcen acht regionale Demokratiezentren ausgeschrieben und realisiert werden. Wie Abbildung 6 illustriert, bestehen Lücken insbesondere noch in einigen ländlichen Regionen Baden-Württembergs. In den größeren Städten wie Stuttgart, Karlsruhe oder Mannheim ist die Träger- und Angebotsdichte so hoch, dass Beratungsnetzwerke vorhanden sind und themenbezogen mitqualifiziert werden

Abbildung 6: Verteilung der RDZ in Baden-Württemberg



können. Gerade in den ländlichen Regionen jedoch ist der Bedarf an Angeboten der Demokratieförderung und Extremismusprävention besonders hoch. Um bestehende Lücken im Rahmen der Regionalisierungsstrategie des Demokratiezentrum im ländlichen Raum zu schließen, wäre es zielführend, wenn in der Hälfte der 44 baden-württembergischen Landkreise regionale Demokratiezentren eingerichtet werden könnten. Damit würde ermöglicht, dass für Ratsuchende in Baden-Württemberg jeweils in ihrem regionalen Umfeld (etwa in den Oberzentren) ein Beratungsangebot vorgehalten würde. Um die genannten Aufgaben in einem solchen Zuständigkeitsbereich wie intendiert wahrnehmen zu können, müssten die Regionalen Demokratiezentren je nach Bedarfen (extreme Szenen o.ä.) und weiteren Spezifika (Fahrzeiten, Kooperationspartner, Anzahl der Berater etc.) in der Region mit durchschnittlich einer vollen Personalstelle ausgestattet sein.

Weitere Pfeiler im Regionalisierungskonzept des Demokratiezentrum ist neben Fachleuten und Dozierenden, die auf Honorarbasis Angebote umsetzen, ein wachsender Kreis kommunaler Berater/-innen vor Ort. Deren Aufgaben bestehen darin, in ihrem beruflichen Umfeld und im Gemeinwesen als niederschwellige Ansprechpersonen zu fungieren, bei Fragen, Problemen und Verdachtsfällen zu beraten, eine Ersteinschätzung vorzunehmen und Beratungsfälle ggf. an Sachkundige weiter zu vermitteln. Damit fällt ihnen eine zentrale Funktion bei der frühen Erkennung von Radikalisierungsprozessen und bei der Einbindung des sozialen Umfeldes (Schule, Familie etc.) in die Präventionsarbeit zu. Obwohl diese Aufgaben neben den hauptberuflichen Tätigkeiten der kommunalen Berater/-innen wahrgenommen werden, ist es der Fachstelle gelungen, eine wachsende Anzahl von Freiwilligen zu akquirieren. Ein wesentlicher Grund für ein Engagement in dieser nebenberuflichen Tätigkeit war in vielen Fällen der Wunsch, vorhandene Informationsdefizite abzubauen und das Fach- und Handlungswissen für die eigene Berufstätigkeit zu steigern. In der pädagogischen und Verwaltungspraxis besteht ein intrinsischer Bedarf, größere Kompetenzen in der Wahrnehmung und Einschätzung sowie im Umgang mit religiös motiviertem Extremismus zu erwerben. Diesem Bedarf ist mit entsprechenden Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Rechnung zu tragen. Für kommunale Berater/-innen hat die Fachstelle PREvent!on daher ein modulares Qualifizierungskonzept entwickelt, das über einen Zeitraum von zwei Jahren die verpflichtende Teilnahme an fünf Modulen von insgesamt neun Tagen Dauer vorsieht und damit im Umfang über dem Durchschnitt internationaler Curricula für die Ausbildung von Fachkräften in der tertiären Prävention liegt. Durch einen engen fachlichen und kollegialen Austausch mit dem wissenschaftlichen Dienst des Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) wird die Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher und phänomenologischer Erkenntnisse in den Qualifizierungsangeboten gewährleistet. Die ambivalente Anforderung an fachlich gebotene inhaltliche Tiefe bei gleichzeitiger Vereinbarkeit mit dem Berufs- und Privatleben, wird aus Sicht der Teilnehmenden erfüllt. Inhaltlich wird eine weitgehend gelungene Balance zwischen theoretischen und praktischen Elementen attestiert.

Auf Basis der geschaffenen Strukturen ist die Inanspruchnahme der Angebote des Demokratiezentrum im Bereich der Prävention von religiös motiviertem Extremismus in den letzten Jahren stetig angestiegen. Die Fachstelle hat in den letzten Jahren in knapp 100 Veranstaltungen 4.500 Fachkräfte und Multiplikatoren (aus der Lehre, der sozialen Arbeit etc.) sowie in gut 750

Veranstaltungen 19.500 Schülerinnen und Schüler in den Gemeinden Baden-Württembergs mit ihren Sensibilisierungs- und Informationsangeboten erreicht.

Obwohl die Jugendstiftung im Bereich des Rechtsextremismus auch mobile Beratungsangebote unterhält, wurde zur Prävention von religiös motiviertem Extremismus eine alternative Struktur aufgebaut: Kommunale Berater/-innen in den Kommunen bieten niederschwellige Beratung im Bedarfsfall an. Außerdem sind sie qualifiziert, fortgeschrittene, kritische oder sicherheitsrelevante Radikalisierungsstadien zu identifizieren und in solchen Fällen an die spezialisierten Fachkräfte des konex zu verweisen. Mitarbeitende der Regionalen Demokratiezentren vernetzen und unterstützen die kommunalen Berater/-innen vor Ort, machen die Präventionsangebote des Demokratiezentrums bekannt, besetzen das Thema und führen Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen durch. Die Fachstelle PREvent!on qualifiziert und unterstützt die Strukturen in der Fläche, erarbeitet und administriert Präventionsangebote landesweit und steht – neben den Fachleuten des Kompetenzzentrums gegen Extremismus – in der Fallarbeit beratend zur Seite. Das entwickelte Konzept entspricht europäischen Erkenntnissen zu vielversprechenden Ansätzen der Extremismusprävention, auf deren Basis die Bedeutung erkennbarer Kontaktpersonen in der Gemeinde hervorgehoben wird. Dabei könne es sich beispielsweise um einen örtlichen Polizeibeamten oder Sozialarbeiter handeln, der vertrauenswürdig und einfühlsam sein müsse (RAN 2019).

Beim Vergleich dieser beiden Ansätze sehen kommunale Berater/-innen Stärken der mobilen Beratung vor allem darin, dass Mitarbeitende hauptamtlich arbeiten und im Themengebiet eine größere fachliche Expertise aufbauen können. Nachteile dieses Ansatzes seien die fehlende Vernetzung und mangelnde Kenntnis der Akteure und Strukturen vor Ort, die daraus resultierende Hörschwelligkeit des Angebotes, die Notwendigkeit eines langwierigen Vertrauensaufbaus sowie Schwierigkeiten, Prozesse nachhaltig zu begleiten. Komplementär werden Stärken kommunaler Berater/-innen in der Kenntnis von Problemstellungen, Personen und Institutionen sowie persönlichen Zugängen in das Gemeinwesen gesehen. Daher sei das Beratungsangebot niederschwelliger und könne auch in geringfügigen Fällen zeitnah in Anspruch genommen werden. Berater/-innen können Problemstellungen auch nach Abschluss von Beratungsprozessen im Blick behalten, wodurch die Nachhaltigkeit von Lösungsansätzen gestärkt wird. Als besondere Stärke wird von kommunalen Beratern/-innen ihre Einbindung in ein Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk angesehen, das ihnen Handlungssicherheit vermittelt und kollegiale Rückversicherung sowie Möglichkeiten zur Reflexion bietet. Als den größten Nachteil dieses Ansatzes sehen die Berater/-innen die aufgrund ihrer nebenberuflichen Tätigkeit begrenzten Ressourcen an. Die Tätigkeit erfordere daher ein hohes persönliches Engagement, u.a. bei der Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen neben der eigentlichen Berufstätigkeit. Auch bestehe keine Möglichkeit, sich so intensiv und vertiefend mit Fachthemen zu beschäftigen, wie dies hauptberuflichen Beratern möglich sei.

Unter Abwägung der jeweiligen Stärken und Schwächen sprechen insbesondere bei der Prävention von religiös motiviertem Extremismus im Vergleich zur Mobilen Beratung die gewichtigeren Argumente für den Regionalisierungsansatz des Demokratiezentrums. In verschiedenen Professionen bestehen sowohl weitverbreiteter Informations- und Aufklärungsbedarf als auch

Kompetenzdefizite im Hinblick auf religiös motivierte Radikalisierung. Eine verbreitete Struktur von regionalen Demokratiezentren und kommunalen Berater/-innen kann diese Bedarfe in der Fläche besser bedienen als etwa ein Pool spezialisierter Berater auf Landesebene. Sukzessive wächst zudem ein Seismographen-Netzwerk von Fachkräften heran, durch das neue Phänomene in den Kommunen früher erkannt werden. Vor Ort bestehende Strukturen und Kompetenzen können damit frühzeitig genutzt werden, um auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Für den Umgang mit dem eingangs beschriebenen Problem des für den Bereich der religiös motivierten Radikalisierung kennzeichnenden *critical disconnect* lässt der Regionalisierungsansatz ebenfalls höhere Wirkung erwarten. Gerade in diesem von Unkenntnis geprägten Bereich, steht der Motivation zur Meldung eines Radikalisierungsverdachts die eigene Unsicherheit bei der Einschätzung einer beginnenden Radikalisierung entgegen. Es bedarf daher eines besonders niederschweligen Beratungsansatzes, um Menschen aus dem sozialen Nahfeld (Schule oder Familie) zu veranlassen, sich Rat zu holen.

Voraussetzung für das Funktionieren des Regionalisierungsansatzes ist jedoch, dass kommunale Berater/-innen und Mitarbeitende der Regionalen Demokratiezentren in ein Netzwerk kollegialer Beratung eingebunden sind (horizontale Vernetzung) und bedarfsweise jederzeit auf Unterstützung durch Experten zurückgreifen können (vertikale Vernetzung), wie dies im Fall des Demokratiezentrum der Fall ist. Einerseits ermöglicht dies eine niederschwellige Beratung und Aufklärungsarbeit in der Fläche, andererseits steht jederzeit spezielle fachliche Expertise in Zweifelsfragen zur Verfügung.

Das Thema Extremismusprävention wurde damit in eine Breite getragen, wie es einem staatlichen Akteur in der Kürze der Zeit und bei vergleichbarem Ressourceneinsatz nicht möglich gewesen wäre. Besonders zu Gute kam der Fachstelle dabei der vorhandene Zielgruppenzugang und die ausgeprägte Vernetzung der Jugendstiftung in der Fläche.

Eines solchen Zugangs bedürfte es auch, wenn das Regionalisierungsmodell des Demokratiezentrum in andere Bundesländer übertragen würde. Grundsätzlich hat sich das Konzept und dessen Umsetzung als zielführend erwiesen, die Kommunen in eine landesweite Struktur der Prävention von religiös motiviertem Extremismus zu integrieren. In einem landesweiten Netzwerk von regionalen und lokalen Akteuren werden vorhandene Ressourcen genutzt und Akteure in den vorhandenen Regelstrukturen in die Lage versetzt, Aufgaben der Primärprävention wahrzunehmen und als „Seismographen“ Radikalisierungsprozesse in der Fläche zu identifizieren. Auf diesem Wege konnten sie innerhalb weniger Jahre Tausende Jugendliche und Hunderte Multiplikatoren für das Thema sensibilisieren und Aufklärungsarbeit leisten. Voraussetzung für diese vergleichsweise sehr schnelle Umsetzung war jedoch, dass die Jugendstiftung Baden-Württemberg als Trägerin der Fachstelle über langjährige und vielfältige Beziehungen in diese Regelstrukturen verfügt. Diese konnten für die Bearbeitung des neuen Themenfeldes genutzt werden. Im Falle einer Umsetzung in anderen Bundesländern müsste ein Träger gefunden werden, der über ebensolche Zugänge zu den Regelstrukturen in der Fläche verfügt.

Der vorliegende Bericht beinhaltet die Ergebnisse einer Prozessevaluation der Fachstelle PREvent!on durch das Nationale Zentrum für Kriminalprävention. Im Zentrum der Untersuchung standen Fragen nach den konzeptionellen Grundlagen und strukturellen Rahmenbedingungen

der Fachstelle, ihren Aktivitäten sowie den Bewertungen durch zentrale Stakeholder. Ergebnisse der Untersuchung sollen insbesondere dazu dienen, nach abgeschlossener Implementierung und einigen Jahren der praktischen Arbeit, Informationen über die Zielerreichung und mögliche Optimierungspotentiale für die weitere Projektentwicklung zu liefern. Für eine summativ Ermittlung von Wirkungen des Projektes in den gesellschaftlichen Zielgruppen war es zum Zeitpunkt dieser Evaluation noch zu früh. Doch ist die Durchführung einer solchen summativen Evaluation zukünftig wünschenswert, um Aussagen zur Wirksamkeit des vielversprechenden Projektansatzes treffen zu können. Methodisch könnten Fallstudien in den Gemeinwesen wichtige Informationen etwa zum Bekanntheitsgrad der Angebote der Fachstelle sowie der regionalen Demokratiezentren, zu deren Inanspruchnahme und Bewertung durch die Zielgruppe generieren. Weitere erkenntnisleitende Fragen könnten auf die Bedarfe und Problemstellungen vor Ort, die Passgenauigkeit der Angebote des Demokratiezentrums sowie darauf gerichtet sein, ob und wie bestehende Probleme vor Ort durch Beratungsprozesse gelöst werden konnten. Ferner könnten Vernetzungsstrukturen in den Kommunen identifiziert, Beratungsabläufe und -prozesse analysiert, Probleme und Gelingensbedingungen der Kooperation ermittelt werden.

Literatur

- Baaken, Till, Becker, Rainer, Björge, Tore, Kiefer, Michael, Korn, Judy, Mücke, Thomas, Ruf, Maximilian & Walkenhorst, Dennis (2018). Herausforderung Deradikalisierung: Einsichten aus Wissenschaft und Praxis. PRIF REPORT 9/2018.
- Baier, Dirk (2018). Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11.&12. Juni 2018 in Dresden. Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven. Hannover.
- Biene, Janusz (2018). Radikalisierung als Flucht und kommunale Präventionsarbeit als Chance. PRIF BLOG. Abrufbar unter: <https://blog.prif.org/2018/06/06/radikalisierung-als-flucht-und-kommunale-praeventionsarbeit-als-chance/> [letzter Zugriff: 5.04.2020].
- Bressau, Günter (2019). Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Regional und vernetzt. In: STAATSANZEIGER Sonderbeilage Juni 2019.
- Bundesverband Mobile Beratung (2017a). Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. Dresden. Abrufbar unter: https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf [letzter Zugriff: 29.12.2019]
- Bundesverband Mobile Beratung (2017b). Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. Kurzfassung. O.O. Abrufbar unter: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/07/2018-06-28-Kurzfassung-Grundsatzpapier.pdf> [letzter Zugriff: 29.12.2019].
- Djadi, Fabienne (2019). Demokratiezentrum vor Ort! Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg stellt sich vor. In forum kriminalprävention 2/2019, S. 2 -3.
- Gruber, Florian & Lützing, Saskia (2017 b). Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Projektlandschaft. Modelabschlussbericht. Wiesbaden.
- Logvinov, Michail (2018). Radikalisierung als Depluralisierung. In forum kriminalprävention 4/2018. S. 27 – 31.
- Jaschke, Hans-Gerd (2011). Gutachten: Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung. Berlin.
- Klare, Heiko & Becker, Reiner (2019). Mobile Beratung – Entwicklung, Grundlagen und Spannungsfelder. In: Becker, Reiner & Schmitt, Sophie (Hrsg.) Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen. Frankfurt/M.
- Kober, Marcus (2017). Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiös motivierter Radikalisierung in Deutschland, In Journal for Deradicalization Summer 2017, Nr. 11, S. 219 – 257.
- Koehler, Daniel & Fiebig, Verena (2019). Knowing What to Do: Academic and Practitioner Understanding of How to Counter Violent Radicalization. In PERSPECTIVES ON TERRORISM Volume 13, Issue 3, S. 44- 62.

- Köhler, Daniel & Fiebig, Verena (2018). Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung. Qualifizierung von Fachpersonal als sicherheitspolitische Aufgabe. In *Kriminalistik* 8-9/2018, S. 519 – 525.
- Koehler, Daniel (2017). *Understanding Deradicalization. Methods, tools and programs for countering violent extremism*. London.
- Leimbach, Katharina, Mathiesen, Asbjørn & Meier, Bernd-Dieter (2017). Prävention von Radikalisierung und extremistischer Gewalt. In *Neue Kriminalpolitik*, 29, 413-423.
- Lützing, Saskia & Gruber, Florian (2017). *Extremismusprävention in Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential. Modelabschlussbericht*. Wiesbaden.
- Neumann, Peter R. (2016). *Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa*. Berlin.
- Nordbruch, Götz (2016). Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen und gesellschaftlicher Marginalisierung in religiösen Radikalisierungsprozessen. IN *Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Pädagogischer Umgang mit Antimuslimischem Rassismus. Ein Beitrag zur Prävention der Radikalisierung von Jugendlichen*. Sersheim.
- Ostwaldt, Jens (2018). Closing the "Critical Disconnect". The establishment of regional prevention networks at the interface of prevention and deradicalisation work using the example of the Federal State Democracy Centre Baden-Wuerttemberg. In *Journal for Deradicalization* Spring 2018 Nr. 14, S. 218 – 248.
- Ostwaldt, Jens & Coquelin, Mathieu (2018a). Radikalisierung – Theoriemodelle für die Praxis. In *forum kriminalprävention* 2/2018. S. 10-13.
- Ostwaldt, Jens & Coquelin, Mathieu (2018b). Radikalisierung. Theoriemodelle für die pädagogische Praxis. Sersheim. Verfügbar unter: https://demokratiezentrum-bw.de/wp-content/uploads/2018/06/Ostwaldt_Coquelin_DZBW_Radikalisierung_Handout.pdf [04.10.2019].
- Radicalization Awareness Network (2018). *Ex-post-Beitrag. Einbindung von Gemeinden in die Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus*. Berlin.
- Radicalization Awareness Network (2019). *RAN-Sammlung Konzepte und bewährte Praxis. Prävention der zu Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus führenden Radikalisierung. Gemeinschaftsengagement und Unterstützung*.
- Srowig, Fabian, Roth, Viktoria, PISOIU, Daniela, Seelwald, Katharina, & Zick, Andreas (2018). Radikalisierung von Individuen: Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze. *PRIF REPORT* 6/2018.
- Steffen, Wiebke (2015). Prävention der salafistischen Radikalisierung (Teil 1). Eine Zustandsbeschreibung der Prävention des internationalen Terrorismus in Deutschland. In *forum kriminalprävention* 4/2015. S. 10-17.
- Trautmann, Catrin & Zick, Andreas (2016). Systematisierung von in Deutschland angebotenen und durchgeführten Präventionsprogrammen gegen islamistisch motivierte Radikalisierung.

ung außerhalb des Justizvollzugs. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Bielefeld.

Williams, Michael, Horgan, John & Evans, William (2015). The Critical Role of Friends in Networks for Countering Violent Extremism: Towards a Theory of Vicarious Help-Seeking. In Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression Vol. 8 Nr. 1. S. 45-65.

